

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pro Nummer 10 Pf., monatlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Pf., wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertes Sonntagshefte „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inseate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sam- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Aus der gestrigen Nummer mußten in letzter Stunde verschiedene wichtige Mitteilungen herausgenommen werden, da der Parteitag-Bericht einen nicht vorhergesehenen Umfang annahm. Wir bitten das zu entschuldigen.

Das preussische Herrenhaus im „großen“ Jahr.

Die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen werden für unsere Partei in der nächsten Zeit die innerpreussischen Verhältnisse in den Vordergrund des Interesses rücken. Haben wir dabei das Auge vorwiegend auf das Abgeordnetenhaus zu richten, dem ja in erster Linie mit das bekannte, im Auftrage des Parteivorstandes verfaßte Handbuch für die Landtagswahlen gewidmet ist, so darf doch auch das Herrenhaus in Anspruch nehmen, wenigstens in etwas vor dem Schicksal der Vergessenheit gerettet zu werden. Dies um so mehr, als sich innerhalb seiner seignoralen Mauern von Parteihäutungen im landläufigen Sinne nicht reden läßt und hier die nackten Interessen in jenem hoffähig waltenden und würdevoll polierten Gesellschaftstöne sich breit machen konnten und können, der sich mit den „Staatsgeschäften“ in wenig Sitzungen im Jahre abzufinden und sie jeweils bis zur Dinerzeit im traditionellen Rausch zu erledigen weiß.

Reichten die Dienste, die das Herrenhaus während der Konfliktzeit Bismarck gegen die fortschrittsparteiliche Mehrheit des derzeitigen Abgeordnetenhauses geleistet, in der Hoffnung des Junkertums eine weitere und größere politische Rolle zunächst zu begründen und zu verbürgen scheinen, so sah das Herrenhaus sich nach 1890 und dem Erfolge des Norddeutschen Bundes, als Bismarck sich entschieden den Liberalen näherte, bitter enttäuscht. Wiederholt trifft man in den Sitzungsberichten jener Zeit auf Auslassungen, die dem Gefühl der Mißstimmung unverborgenen Ausdruck gaben. Einsichtigere Köpfe konnten sich zwar der Notwendigkeit einer Erweiterung des Zoll- und Handelsgebietes nicht verschließen. So folgte man der Entwicklung polternd und mit verächtlichem Ingrimm. Noch unmittelbar vor dem „großen“ Jahr, das Deutschland die Einheit bringen sollte, im November des Jahres 1890, als sich anlässlich eines für den Norddeutschen Bund zu schaffenden obersten Handelsgerichts eine Debatte über den Einheitsstaat entsponnen hatte, stimmte einer der einflussreichsten Junker, Graf zur Lippe, die bewegliche Klage an: „Fehlt es zur Zeit noch an einer ausdrücklichen Desabourierung des Herrenhauses, die ganze Entwicklung führt zur Schwächung und Vernichtung derjenigen Körperschaft, von der, dessen bin ich gewiß, einst in den Wächern der Geschichte zu lesen sein wird, daß sie in den Zeiten der Gefahr und des inneren Konflikts eine feste und zuverlässige Stütze der königlich preussischen Regierung gewesen ist.“ Es ist dieselbe Gelegenheit, bei der eben jene junkerliche Seele den gesüßelten Ausdruck that, der das Stigma unseres ganzen späteren Verfassungslebens geworden ist und heute mehr als je Geltung besitzt, daß die Bedeutung einer Verfassungsurkunde und ihrer Wirkung viel weniger von ihrem Wortlaut als von der Uebung und Handhabung des Gebrauchs abhängig sei. Heute wie Graf Münster verschlehten sich zwar nicht, daß bei einer Fortentwicklung des preussischen Königtums zur Kaiserwürde „jetzt, da Preußen Deutschland in der Gewalt hat“, die Junkerclique in Arme und Verwaltung wohl auf ihre Kosten kommen möchte. Andererseits aber befristete man — und das ist der Kernpunkt, der die Erklärung für die damalige Haltung der Herrenhäuser abgibt — von einer Erweiterung des Zollgebietes und von Zugeständnissen an Handel und Industrie eine Schädigung der heiligen Interessen der Großgrundbesitzer. In der unverblühtesten Weise sprach dies eben jener Graf Münster aus, als 1890 das Gericht aufstand, die preussische Regierung beschuldigte zur Förderung des Eisenbahnbaues eine Prämienanleihe von 100 Millionen Thalern aufzunehmen, und dieserhalb im Herrenhause eine Interpellation eingebracht ward. Hier sagte er u. a.: „Es hat in allen Kreisen der Bevölkerung diese Nachricht eine große Verwirrung erregt, namentlich beim Grundbesitz, der fürchtet, daß die Kreditverhältnisse erheblich dadurch tangiert und zu seinem Nachteil alteriert werden würden. Der Grundbesitz glaubt, daß er das Recht habe, als Lieblingskind der königlichen Staatsregierung behandelt zu werden, und fürchtet, daß er sehr leicht durch Vorgehen dieser Art zum Stiefkind werde.“

Ist dieser Ausdruck mit Recht zum gesüßelten Wort geworden, so ward die darin enthaltene Befürchtung, wie die ganze mehr als dreißigjährige Geschichte des Deutschen Reiches lehrt, niemals Wahrheit. Großgrundbesitz und Großindustrie hatten sich bald genug gefunden, und wie man heute den Verzicht auf die Taschen des Volkes gemeinsam inspiert, so haben in der Gründerperiode die Kardorff-Profide und Wenner mit gleicher Virtuosität wie die Miquel einzuheimen verstanden. Vor dem „großen“ Jahr freilich schwamm das Junkertum in eitel stülischer Enttäuschung ob jeden mühelosen Verdienstes. So that in der Diskussion über vorerwähnte Anleihe ein Herr von Below den famosen Ausdruck, der sich heute der gesamten Junkertypen zur Beherzigung im Stammbuch schreiben ließe: „Der Mensch ist dazu bestimmt, im Schwelge seines Angehens sein Brot zu verdienen, und jedes Verdienst, das nicht daran geknüpft ist, rüchert den nationalen Charakter. Und nun sollte die königl. preussische Regierung selbst diese Ursache des Ruins des öffentlich-stülischen Charakters proklamieren? Das bloße moralische Gefühl — ich spreche von dem Christentum und seinen Forderungen noch gar nicht — widerstreitet dem! Es ist in der That erfahrungsmäßig depressierend für den Menschen, einen Gewinn ohne Arbeit zu suchen.“

So sehen wir, wie der preussische Partikularismus des Junkertums, derselben Deute, die heute Reichstreue und Patriotismus in

Erzpaßt zu besigen vorgeben, der sich anbahnenden Reichsgründung gegenüber durchaus mißtrauisch verhält, wie die immerhin in jenem Vorgang zum Ausdruck gelangenden wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes hinter das eigene materielle Interesse zurückgestellt werden. Unzweifelhaft kam dieser Standpunkt noch zur Geltung, als während der Belagerung von Paris und nach der Kaiserproklamation das Herrenhaus eine Adresse an Wilhelm I. beriet. Schon die Begründung konnte es sich nicht ver sagen, die Unmoralität, die gegen den Reichstag des Norddeutschen Bundes vorgeherrschte hatte, in zwar lächerlicher, aber um so verstärkter Weise auf den neuen Reichstag zu übertragen. „Indem wir“, heißt es in derselben, „die Erweiterung der Kompetenz der Reichs-Gesetzgebung heute willig anerkennen, drücken wir indirekt damit aus, daß wir einen Rechtsanspruch haben, dieser Erweiterung der Kompetenz widersprechen zu können, von der wir in diesem Augenblick einen Gebrauch zu machen absehen.“ „Das Herrenhaus und die konservative Partei“, sagte damals ein anderer Redner aus dem edlen Stamme derer v. Kröcher, „haben in einem großen Teile ihrer Mitglieder sich nicht mit jugendlichem Elan an den deutschen Einheitsbestrebungen beteiligt, sondern mit besonnenem Prüfling, mit einer gewissen Reserve: nicht weil wir kein Herz hätten für die Macht und die Größe Deutschlands, sondern weil wir vor allen Dingen Preußen sind und die Beforgnis hegen, daß der Einheit andre größere Güter zum Opfer fallen könnten. Und ich füge hinzu, diese Beforgnis ist auch jetzt noch nicht völlig beseitigt.“ Diese größeren Güter, die man nicht opfern wollte, umfahen eben in erster Linie die materiellen Interessen des Junkertums, dann aber auch die instinktive Abneigung gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das man gar zu gern neben dem Bundesrat noch durch eine Kammer nach dem Muster des englischen Hauses der Lords korrigiert gesehen hätte. In resignierten Worten gab der alle von Kleist-Regow diesem Verlangen Ausdruck: „Das Deutsche Reich besteht! Wir werden es nicht ändern, niemand wird es so leicht ändern. Besteht es einmal, dann, meine Herren, müssen wir auch als Herrenhaus irgend eine bestimmte Stellung dazu gewinnen und uns über diese Stellung offen aussprechen. Dann müssen wir gleichzeitig die Bedenken aussprechen, die wir in keiner gegenwärtigen Organisation noch empfinden.“ Nur durch (die Bildung eines) Staatenhauses werden wir die Gefahren beseitigen können, die ein einseitiger Reichstag, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, für die Erhaltung der föderativen Natur des Reiches und damit der deutschen Mannigfaltigkeit und Freiheit hat. Er wird notwendig auf einen Einheitsstaat drängen und damit einen fortgesetzten Krieg gegen die bewährten einzelnen Staatswesen führen, wenn diese nicht in der Vertretung durch ein Staatenhaus selber ihre Garantie finden.“ Schon damals lief ein Herr v. Gruner gegen das allgemeine Wahlrecht zu Gunsten des preussischen Dreiklassenstems Sturm.

Nur wenige vermochten damals zu ahnen, bis zu welchem Grade es der Socialdemokratie gelingen würde, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts das Proletariat zur Einheit zu erziehen und seine Repräsentanten der deutschen Einheit selber zu machen. Die Frage ist heute nicht mehr, wie es dies noch für den Liberalismus eine Zeit lang war, ob Deutschland ein centralistischer Staat werden solle, es handelt sich um den monarchischen Charakter Deutschlands überhaupt. Als das Centrum noch der Reichsfeindschaft bezichtigt ward, konnte Ketteler im Reichstage einen Antrag, der für Weidenburg eine Genusverfassung vorschlug, mit der Begründung zurückweisen: „Wenn der Reichstag diese Vorlage annehmen will, so könnte ich nur für dieselbe stimmen unter der Bedingung, daß es so ließe: In jedem Bundesstaat muß eine aus direkten, allgemeinen und geheimen Wahlen hervorgehende Volksvertretung hergestellt werden. So sehr der heutige Merkantilismus aus der Person Kettelers Kapital zu schlagen sucht, keinem Centrumsmann würde es noch einfallen, eine derartige socialdemokratische Forderung im Reichstag zu erheben. In diesem Punkte haben sich die Konservativen, die vor 1870 die Merkantilisten trotz ihrer demokratischen Mäuren für den Konservatismus in Anspruch nahmen, nicht getrennt, ebenso wenig wie in dem andren, den der vorerwähnte Kleist-Regow hervorhob, daß die verbündeten Armeen und damit das Volk die Einheit Deutschlands repräsentierten und daß hierin die Gewähr des allgemeinen Wahlrechts lag. Schon dieser geschichtliche Zusammenhang läßt erkennen, wie jeder Versuch, dem Volke das bestehende Wahlrecht zu nehmen, auf die Dauer scheitern muß.“

Die Beratung der Adresse an Wilhelm I. ist die markanteste Episode, deren das preussische Herrenhaus im „großen“ Jahr sich rühmen kann. Seine ganze übrige gesetzgeberische Thätigkeit spielt sich ab mit jener feudalen Konfession, die auf das Mittogessen wartet, hin und wieder gewürzt mit einigen Ausdrücken junkerlicher Profitgier. Es braucht nicht wunder zu nehmen, daß ein edles Mitglied derer v. Below, als das Tabakmonopol Ende 1890 zur Sprache kam, in seinem Kommissionsreferat den Konsumenten ganz vergaß, um dann in einem Epilog das Verdamnis wie folgt nachzuholen: „Ich möchte doch ergänzend erwähnen, daß ich vergessen habe hervorzuheben, wie natürlich beim Monopol direkt und allein der Konsument die Steuer trägt.“ Ist diese Begründung einer indirekten Steuer ob ihrer klassischen Form und Einfachheit schon der konservativen Racheferung im kommenden Reichstag würdig, so nicht minder die Logik eines Herrn von Senfft-Pilsach, der sich folgende Bemerkung „erlaubt“: „Es ist zur Sprache gebracht worden, daß die indirekten Steuern gefördert werden möchten. Ich stimme dem vollständig bei und will nur darauf aufmerksam machen, daß die indirekten Steuern eigentlich viel weniger fühlbar sind als die direkten und größtenteils freiwillig. Wenn eine Weinsteuern zu hoch ist, der kann sich helfen! Er trinkt wenig oder keinen, er läßt sich keine feinen Weine kommen; sind ihm importierte Cigaretten zu teuer, so raucht er vielleicht infandische oder gewöhnlich, was noch besser ist, das Rauchen völlig ab. Ich weise nur darauf hin, daß bei dieser Gelegenheit manches zu machen ist.“ Diese für die Arbeiterklasse

gewiß sehr nachahmenswerte, nützliche und einfache Methode, die indirekten Steuern loszuwerden, wird noch überboten von dem Herrn v. Kleist-Regow, der es für „eine einseitige, unerbendige Auffassung“ der Staatsregierung erklärt, „die Steuern überhaupt allein auf das Einkommen aufzulegen. Die Staatsregierung hat den ganzen Menschen, das ganze Leben, die Lebensäußerungen der ganzen Nation ins Auge zu fassen.“ So empfiehlt auch er die indirekten Steuern, „weil man nicht merkt, daß man Abgaben giebt, vielmehr nur die Bedürfnisse, die man braucht, so viel teurer bezahlt“. Hervorgehoben aber ist das Geschrei nach indirekten Steuern durch die sogenannten Matrularumlagen, die Zuschüsse der Einzelstaaten zu den Reichsverwaltungsstellen. Die Einzelstaaten bekommen ungewollte Ausgaben zu tragen, die sie nicht beschlossen haben. Der Finanzpolitik derselben sind trotzdem die lebendigsten Quellen in den Höllen durch deren Ueberweisung an das Reich entzogen, die Ausgaben müßten daher durch Mittel, die den Einzelstaaten übrig gelassen sind, gedeckt werden, und kann ist das anders möglich als durch Erhöhung der direkten Steuern.“ Eine Aenderung ist „nur möglich durch Herstellung entsprechender umfangreicher indirekter Einnahmen für das Reich.“

Man sieht, als die Frage der indirekten Abgaben zuerst auftauchte und die proletarische Bewegung noch in ihren Anfängen stand, sprach das Junkertum es offen aus, wie damit eine Abwälzung der Reichskassen von den Besitzenden auf die Nichtbesitzenden begünstigt war. Die gleiche menschenfreundliche und staatserkhaltende Gesinnung offenbart es auf allen andern Gebieten. Da soll ein mit vielen Kindern gesegneter, arbeitsamer Familienvater, lediglich weil er mit Schulgeld im Rückstande ist, der Freizügigkeit verlustig geben, da man einer Gemeinde nicht zumuten könne, einem in der Verarmung Begriffenen ihre Thore zu öffnen, da steift man sich gegen die Aufhebung der Abgabe auf Gefindebücher, weil die Dienstboten doch Rahtung, Wohnung und Kleidung haben und deshalb fähig zu den wohlhabenden Klassen zählen, die Vergünstigung auch nur jenen vagabondierenden Dienstboten zu gute kommen würde, die alle paar Monate weiter ziehen.“ Daneben kommt dann der Haß gegen die moderne Schule und den modernen Staat zum Ausdruck, welsch lehrer nach der geschmackvollen Aeußerung des Herrn v. Kleist-Regow an Stelle des Christentums den Humanismus setzt, „allerdings gegenwärtig noch gehend vom Christentum und von ihm plattiert, aber je mehr er das Christentum abstreift, in voller Bestialität dastehend“. Dieser „Nader von Staat“ freilich, den bei andrer Gelegenheit Graf Balen unter leiser Heiterkeit als persönliche Erinnerung an Friedrich Wilhelm IV. anzog, trug diesem feudalen Herrn eine Rüge des Vorstehenden ein, weil man offenbar in hochgeputzter Gesellschaft beim Namen des Königs nicht lachen darf.

Gerade die Verhandlungen des „großen“ Jahres zeigen uns die Herrenhäuserclique in ihrer ganzen politischen und menschlichen Kleinheit, die nichts lemt außer ihren Titeln und ihrem Interesse. Der Ansturm des Proletariats wird über kurz oder lang auch diesem Reichnam zu seinem Sarge verhelfen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. September.

Das Apothekengeschäft.

Für den Besitz und den Betrieb der Apotheken bestehen in Preußen und den meisten andren deutschen Staaten zweierlei Rechtsformen: das Privilegium und die Konzession. Die Besitzer der privilegierten Apotheken, deren Privilegien meist aus älterer Zeit stammen, können ihre Privilegien und Apotheken zu jeder Zeit durch Verkauf u. an andre approbierte Apotheker abtreten. Die älteren Konzessionäre können ihre Apotheken ebenfalls zu jeder Zeit an andre Apotheker verkaufen und die Regierung ist dann verpflichtet, die Konzession an den ihr präsentierten einwandfreien Käufer zu übertragen. Vor mehreren Jahren wurde aber diese Veräußerlichkeit der konzessionierten Apotheken insofern etwas eingeschränkt, als die von da an erteilten Konzessionen erst nach zehnjährigem Besitz von dem Konzessionärsmpfänger weiter verkauft werden durften. Neuere Verordnungen bestimment ferner, daß die seit ihrem Erlaß erteilten Konzessionen beim Tode des Inhabers oder bei Aufgabe des Betriebes seitens dieses an den Staat zurückfallen, der sie dann seinerseits anderweitig vergeben kann. Die Modalitäten, unter denen die Geschäftseinrichtung von dem Konzessionär zu übernehmen ist, sind dabei nach bestimmten Grundfängen geregelt.

Durch alle diese Verordnungen glaubte die Regierung den Wucher mit den Apotheker-Privilegien und -Konzessionen und die hohen Preise für Apotheken bei Verkäufen zu verhitzen oder einzuschränken. Tatsächlich ist dieser Erfolg aber nicht eingetreten, vielmehr sind, wie genugsam bekannt, bis in die neueste Zeit die ungeheuerlichsten Preise für Apotheken bezahlt worden, die natürlich die Arzneikonsumenten wieder ausbringen sollten. — Deshalb beschäftigt sich das preussische Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten seit einiger Zeit mit einer anderweitigen Regelung des Apothekenwesens. Der Vorstand des deutschen Apothekervereins hat nun, besorgt um das Fortbestehen der schönen Idealwerte der Apothekenprivilegien und -Konzessionen, der Regierung einstimmig folgende fünf Vorschläge zur Beachtung unterbreitet:

1. Die Verpfändung eines Apothekers, der die Erlaubnis zur Neuerrichtung einer Apotheke erhält, zu einer angemessenen Abgabe an den Staat, erscheint gerechtfertigt.
2. Die Aufhebung der Veräußerlichkeit der Apotheken bedeutet keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt für die Pharmacie. Läßt man dabei den Privilegien die freie Veräußerlichkeit und Vererblichkeit, so beseitigt man nicht einmal die u n g e s u n d e P r e i s s t e i g e r u n g

der Apotheken, sondern man fördert sie. Zur Beseitigung der vorhandenen Mängel und zur Verbesserung eines einheitlichen Systems muß die Veräußerlichkeit aller Apotheken anerkannt und rechtlich festgelegt werden. Insbesondere darf die freie Veräußerlichkeit und Vererblichkeit der von 1811 bis 1894 konzeptionierten Apotheken nicht in Frage gezogen werden.

3. Es ist dringend zu wünschen, daß solche Apotheken entschuldigt werden, welche durch übermäßig hohe Preise über Gebühr belastet erscheinen. Für eine Reform in diesem Sinne ist die Zulassung des Staatskredits unerlässlich.

4. Apotheken, denen gegen eine Abgabe an den Staat die Veräußerlichkeit eingeräumt worden ist, sowie diejenigen, welche den im § 3 vorgesehene Staatskredit in Anspruch nehmen, sind nur mit jedesmaliger Genehmigung veräußerlich. Die Genehmigung erfolgt nach gesetzlich festzulegenden Grundregeln und nach Anhörung von dazu berufenen Sachmännern.

5. Die Erteilung von Konzessionen zur Anlage neuer Apotheken ist gesetzlich zu regeln und unterliegt dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Die Bestimmung 1 entspricht einem Schutzoll zu Gunsten der bestehenden Apotheken; denn die dann zu erlassende Arzneitage eine solche Höhe haben, daß diese Neukonzessionäre auch bei dieser „angemessenen Abgabe“ „handesgemäß“ bestehen können. Diese erhöhte Taxe kommt aber auch den schon bestehenden Apotheken zu gute, denn sie gilt auch für sie. Die Aufhebung der Veräußerlichkeit der erteilten persönlichen Konzessionen wird allerdings die ungesunde Preissteigerung der Apotheken allein nicht beseitigen, so lange nicht auch die Veräußerlichkeit der älteren Konzessionen und der Privilegien aufgehoben werden. Erst die gleichzeitige Aufhebung dieser und die freie Errichtung von Gemeinde-Apotheken wird die ungesunden Apotheken- und Apothekerpreise herabsetzen. Das stärkste aber ist, daß der Vorstand des Deutschen Apothekervereins ganz ungeniert Staatshilfe verlangt, um die in unsinniger Weise zu hoch bezahlten Apotheken zu „entschulden“, wohl durch Ausgabe von Hypothekencertifikaten zu ausnahmsweise niedrigen Zinssätzen. Dafür sollen diese entschuldeten Apotheken auch nur mit Genehmigung der Regierung verkauft werden dürfen, die aber nach „festzulegenden Grundregeln“ erteilt werden muß. So soll, nachdem die Vorbesitzer ihren fetten Nebbäck, den sie beim Verkauf gemacht, in Sicherheit gebracht, der Staat helfen, die armen Hineingefallenen zu „entschulden“.

Die Apothekenbesitzer sind ja fast alle auch Hauseigentümer; aber sie sind Hausagrarier mit protezierter Unverschämtheit, und es ist dringend nötig, daß im preussischen Landtage einige Socialdemokraten diesem Treiben gehörig entgegenzutreten.

Deutsches Reich.

Handelsvertrags-Verhandlungen mit der Schweiz. In wenigen Tagen werden, wie der „Hamb. Korresp.“ erzählt, auch mit der Schweiz mündliche Vorbesprechungen betreffs eines neuen Handelsvertrages eingeleitet werden. Die Besprechungen, für die ähnlich wie bei Russland, einige Wochen in Aussicht genommen sind, sollen diesmal an einem Orte Süddeutschlands stattfinden. Da der neue schweizerische Zolltarif, ebenso wie der deutsche, bereits im Anfang dieses Jahres bekannt geworden ist, so war es den beiderseitigen Regierungen möglich, sich über die hinsichtlich eines neuen Vertragstarifs bestehenden Wünsche genau zu informieren. Es ist daher anzunehmen, daß sowohl die deutschen wie die schweizerischen Delegierten vorbereitet in die Verhandlungen eintreten werden.

Für den deutschen Ausfuhrhandel ist die Schweiz ein sehr wichtiger Markt. Trotz ihrer nur 3 1/2 Millionen betragenden Bevölkerungsziffer hat sie im vergangenen Jahre für 908 Millionen Mark Waren aus dem Auslande bezogen, so daß auf den Kopf der Bevölkerung eine Einfuhr von annähernd 300 Mark Wert kommt. Deutschland ist mehr als irgend ein anderes Land an dieser Einfuhr beteiligt, im Durchschnitt der letzten Jahre belief sich sein Anteil auf rund 30 Prozent. Im Jahre 1902 führte Deutschland für 278 Millionen Mark Waren nach der Schweiz aus. Von dieser Ausfuhr entfallen annähernd 70 Millionen Mark auf Textil- und Konfektionswaren, etwa 44 Millionen Mark auf Erzeugnisse der Eisen- und Maschinenindustrie, 34 Millionen Mark auf Kohlen, 18 Millionen Mark auf Drogen, Farbwaren u. dergl., je zwölf Millionen Mark auf Leder und Lederwaren sowie auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, annähernd 10 Millionen Mark auf Metalle und Metallwaren.

Die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik ist Montagvormittag durch Professor Schmoller-Berlin in Hamburg eröffnet worden. Das Präsidium wurde aus Professor Schmoller, Staatsminister Dr. Freiherr von Vereloff, Gymnasialdirektor Dr. Thiel und Professor v. Hippelovich gebildet; zu Schriftführern wurden gewählt Professor Franke-Berlin, Rechtsanwält Dr. Hecker, Verlagshändler Geibel-Berlin und Rechtsanwält Dr. Ritter. Bürgermeister Dr. Durhard begrüßte die Versammlung in längerer Ansprache. Professor Schmoller dankte namens der Versammlung. Hierauf referierte Professor Franke-Berlin über die Lage der Arbeiter in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter. Er kommt in seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß die Verhältnisse der Seeleute sich in den letzten Jahren gebessert haben; wenn die Seeleute noch manches weitere erstreben, so sei dies keineswegs der übergroßen Begehrlichkeit der Seeleute zuzuschreiben. Es sei noch manches zu bessern und Sorge dafür zu tragen, daß für die besten Schiffe auch die beste Mannschaft geschaffen werde.

Einen andern Ton schlug der Korreferent Inspektor Pohls von der Amerika-Linie an, der ein prächtiges Loblied von der Fürsorge der großen deutschen Reedereien für ihre Angestellten zu singen verstand. Nach ihm dient die socialdemokratische Seemannspressen nur der Hege. Der von ihr geforderten staatsfeindlichen Ueberwachung der Seeschifffahrt bedürfe es, meint er, gar nicht, da es nachgewiesen sei, daß in den letzten Jahren, mehr als 1000 Ueberholungen von Schiffen von den Organen der See-Vereinsgenossenschaft und des Germanischen Lloyd stattgefunden haben, die also eine wichtige Kontrolle böten.

Nach einem friedlich auslaufenden kleinen Zwischen-Redeuell zwischen dem ansehenden ebenso empfindlichen als selbstbewußten Vorsitzenden der Seevereinigung, Reeder Krognann, und Professor Lönnies sprachen dann noch Dr. Hecker, Direktor Schausel von der Seevereinigung, Kapitän Freyer und Dr. Böhmert-Bremen.

Bei der Reichstagswahl in Dessau sind nach amtlicher Feststellung bei der Reichstags-Wahl am 11. d. M. für Schrader (Freisinnige Vereinigung) 14468 Stimmen, für Käppler (Soz.) 13048 Stimmen abgegeben worden. Bei der Erziehungswahl am 8. September wurden 12715 socialdemokratische, 11083 freisinnige und 3494 konserativ-bürgerliche Stimmen abgegeben. Ein Vergleich beider Abstimmungen ergibt, daß Schrader diesmal auch beinahe sämtliche konserervative Stimmen zugefallen sind. Seine Stimmenzunahme (3373) erreicht fast die Zahl der früheren konserativen Wähler.

Die Nationalliberalen und das sächsische Wahlrecht. Die sächsischen Nationalliberalen berieten am Sonntag unter Ausschluß der Öffentlichkeit über die sogenannte Reform des Landtags-Wahlrechts. Es wird berichtet, daß der von uns mitgeteilte Antrag des Landesauschusses „mit größeren redaktionellen Änderungen“ angenommen wurde.

Die Wahrheit über den Chinakrieg soll nun in nächster Zeit gerichtsündig gemacht werden; das Landgericht in Halle nimmt an, unser Genosse Kumer habe behauptet: „Deutsche Soldaten

haben China verunstaltet, geplündert und Frauen geschändet“, und es blieb dem in diese Zwangslage Versetzten nichts weiter übrig, als sich auf den Boden dieser Behauptung zu stellen und zu erklären: Ich werde den Beweis führen, daß das Geschehene ist, was ich zwar nicht behauptet habe, aber behauptet haben soll. Genosse Kumer wird auf Grund des in seinen Händen befindlichen umfangreichen Materials einen umfassenden Wahrheitsbeweis antreten. Da es sich hierbei jedoch um eine Angelegenheit von politischer Bedeutung handelt, so wäre es außerordentlich wertvoll, wenn alles zusammengetragen werden könnte, was an Beweismaterial noch sonst irgendwo vorhanden ist. Genosse Kumer hat deshalb den Wunsch, daß man ihm in der Sammlung dieses weiteren Beweismaterials nach Möglichkeit behilflich sein möge. In Betracht kämen:

1. Etlliche Zeugenaussagen von ehemaligen Mitgliedern des ostasiatischen Expeditionscorps über Verstörungen, Plünderungen oder Schändungen durch deutsche Soldaten. Die Zeugen müssen eigne Wahrnehmungen zu befehlen vermögen und militärisch vollkommen frei und unabhängig sein. Genaue Adressen solcher Zeugen sind deshalb wichtig.

2. Briefe von Chinesen, welche Angaben über die angegebenen Vorkommnisse enthalten. Es können jedoch solche Briefe nur gebraucht werden, wenn Name und jegige Adresse des Schreibers beigefügt werden kann. Der Name kann genannt werden, wenn er bei Veröffentlichung des Briefes bereits mit veröffentlicht wurde, oder wenn der Briefschreiber mit der Nennung seines Namens vor Gericht einverstanden ist.

3. Korrespondenz der Kriegsberichterhalter des „N.“ und Auslands über die Chinacampagne von 1900/1901. Präzise Angaben hierzu und ausreichende Adressen sehr wichtig.

Genosse Kumer wird außerdem Gutachten von China-Sachverständigen über den Feldzug vorlegen. Auch hier wäre ihm zur Verbollständigung seines Materials die Angabe genauer Adressen von China-Kennern erwünscht.

Schließlich wird die Herbeiziehung der Strafakten des ehemaligen ostasiatischen Expeditionscorps beantragt werden. Auch hier wären von großem Werte Mitteilungen darüber, daß und gegen welche Personen (genaue jegige Adresse) Urteile in der angeordneten Richtung gefällt wurden.

Zweckdienliche, aber nur ganz präzise Mitteilungen dieser Art erbittet sich Genosse Kumer unter seiner persönlichen Adresse bis zum 28. September nach Berlin, Lindenstraße 69. Die Presse wird um Abdruck ersucht.

Die Öffentlichkeit hat ein erhebliches Interesse an der Klärung über die Vorgänge in China und deshalb darf auch die Mitwirkung der Öffentlichkeit erwartet werden.

Verhaftung von Unteroffizieren der Pausch-Einrichtungen. Nach einer Anweisung des preussischen Justizministers sollen die Staatsanwälte in Zukunft bei Anzeigen, die wegen Nichtbefolgung von Vorschriften zur Verhütung von Baumfällen erstattet werden, auf Grund des § 367¹¹ des Strafgesetzbuches einschreiten. Als Vorschriften, deren Nichtbefolgung hierbei in Frage kommt, sollen im allgemeinen die von den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze erlassenen Vorschriften angesehen werden.

Die Bezirksparlamente in Elb-Lothringen, die am Sonntag stattfanden, brachten im Strahburger Südkanton einen schönen Erfolg. Genosse Peirotes erhielt 1342 Stimmen, der Centrumsmann Behl 858 und der Demokrat Freyh 626 Stimmen. Es muß deshalb eine nochmalige Wahl stattfinden. Die Bezirkstage haben außer ihrer Verwaltungstätigkeit noch die Aufgabe, den größeren Teil der Landesauschussmitglieder zu wählen.

Auch in einigen andern Wahlkreisen erzielten wir gute Ergebnisse. In der Stadt Thann erhielt z. B. Fabrikant Köhler-Weiler, bisheriger Vertreter (parteilos), von der liberalen Landespartei unterstützt, 497, Genosse Gsell-Wilshausen 479 Stimmen. Im Kanton Sulz erhielt Justizrat Kraft (liberale Landespartei) 1260, Schreinermeister Sied-Gebweiler (Soz.) 377 Stimmen. Im Kanton Althausen-Nord erhielt der Landwirt Duber (Demokrat) 402, Bürgermeister Gegauf-Wittenheim (gemeinsamer Kandidat der Liberalen und Rechtsliberalen) 1476, der Geschäftsmann Fries (unabhängiger Liberaler) 718, Redakteur Martin (Socialist) 1662 Stimmen. Es ist also eine Nachwahl erforderlich.

Nachspiel zu den Reichstagswahlen. Bekanntlich hat Liebermann von Sonnenberg gegen 14 Parteigenossen in Kassel Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In dieser Sache ist die Untersuchung jetzt geschlossen und die Akten dem ersten Staatsanwalt zugestellt. Als Antwort haben die Genossen Garbe und Karl Thiel ihrerseits jetzt Strafantrag gestellt gegen Liebermann v. Sonnenberg und den Amtsrichter Latmann, sowie gegen den Vorstand des „nationalen“ Wahlverbandes, Buchdruckermeister Thiele, gestellt, da sie erst durch die von den Genannten veröffentlichten Flugblätter zu ihren angeblich beleidigenden Veröffentlichungen provoziert worden sind.

Kriegervereinsliches. In Hürtz war kürzlich bei der Beerdigung des Mitgliedes eines Kriegervereins, das zu unsrer Partei gehörte, von dem Vereinsvorstand die Niederlegung eines Kranzes mit roter Schleife beantragt worden. Aus diesem Anlaß entspann sich eine heftige Polemik, die jetzt von seiten des Vorstandes der Hürtz Kriegergenossenschaft mit folgender, für die feine Bildung ihrer Verfasser zeugenden letzten Erklärung geschlossen wird: „Ein Kriegervereinsler, der zugleich Socialdemokrat ist, ist entweder ein Spion oder ein Gauner. Als Spion will er die Vereinthätigkeit an die socialistischen Reichsfeinde verraten, als Gauner die Unterstützungsgelder erschleichen, welche die Kriegervereine an bedürftige kranke Kameraden hinausgeben. In beiden Fällen verdient ein solcher falscher Mensch die größte Verachtung in Kriegervereinskreisen (bei der Socialdemokratie mag es anders sein) und gehört von der Vereinigung ausgestoßen, ja erst recht dann, wenn es ihm gefällt ist, bis zu seinem Tode unerkannt den Verräter an der Kriegervereins Sache zu spielen.“

Wir wollen den Kriegervereinslichen seinen Jargon dieser schönen Erklärung nicht entschuldigen, sind aber sonst ebenfalls der Ansicht, daß ein Socialdemokrat nicht in einen Kriegerverein gehört.

Der neue Reichsgerichts-Präsident. Der bisherige Reichsgerichts-Präsident v. Dehlschlager beabsichtigt in den Ruhestand zu treten. Als sein Nachfolger wird mit Bestimmtheit der Ober-Reichsanwalt Olschhausen genannt.

Ein tapferer Gemeinderat. Der Stadtgemeinderat in Mhlau in Sachsen, der die Einführung der Städte-Ordnung für große Städte beschlossen hatte, soll durchaus gezwungen werden, bei dieser Gelegenheit das Dreiklassenystem einzuführen. Der Bezirksauschuss als Aufsichtsinstantz gab das neue Statut zurück mit der Weisung, das Wahlrecht nach drei Klassen abzustufen. Der Gemeinderat hat darauf einstimmig beschlossen, gegen den Bezirksauschuss Beschwerde beim Ministerium zu führen. Es wird ihm nichts nützen, denn die gegenwärtigen Machthaber in Sachsen stehen nun einmal auf dem Standpunkte, daß sie das Volk zur Reaktion zwingen dürfen, so lange das Volk es sich gefallen läßt, aber anerkenntswert ist der Beschluß dennoch.

Die Nationalliberalen und das sächsische Wahlrecht. Die sächsischen Nationalliberalen berieten am Sonntag unter Ausschluß der Öffentlichkeit über die sogenannte Reform des Landtags-Wahlrechts.

Die bereits mitgeteilte Resolution des Landesauschusses der Partei wurde in folgender Form angenommen: „Wie wir bereits vor Jahren einmütig für eine Reform des Landtags-Wahlrechts eingetreten sind, so begrüßen wir jetzt lebhaft die Absicht der Regierung, eine Vorlage für eine solche Reform zu machen.“

Die Reform darf sich nicht auf einige Änderungen des bestehenden Gesetzes beschränken, sondern muß das gesamte Wahlrecht von Grund aus, ohne Scheu vor Verfassungsänderungen, in freierwilligem Geiste neu gestalten. Insbesondere fordern und vertreten wir:

1. direkte und geheime Wahlen;
2. neue Einteilung der Wahlkreise unter Beseitigung der Scheidung zwischen städtischen und ländlichen, womöglich mit geographischer Abrundung;

3. Abtufung des Wahlrechts, sei es nach Klassen auf Grund der Einkommensteuer, sei es nach dem Pluralsystem oder durch Verbindung beider;

4. Abänderung der in der ersten Kammer bestehenden berufständischen Vertretung nach der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Gruppen.

Für selbstverständlich halten wir, daß beim Inkrafttreten der Reform die zweite Kammer vollständig erneuert wird.

Bei dem Klassen-Wahlrecht wollen also die Nationalliberalen unter allen Umständen bleiben.

Ein scharfzüngiger Soldatenschilder ist der Sergeant Og. Gumbertmann vom 2. bairischen Feld-Artillerie-Regiment. Er wollte dem Kriegsgericht, das über seine an Soldaten verübten Mißhandlungen abzurteilen hatte, weis machen, daß alles nur ein „Scherg“ gewesen sei. Er ließ mehrere Soldaten, teils mit gefüllten, teils mit leeren Tränkern, circa zwanzigmal über einen an der Kaserne vorbeiziehenden ziemlich breiten Bach springen, wobei die Leute, die nicht weit genug springen konnten, in das Wasser stürzten. Einen Artilleristen zwang er, Cigarren zu rauchen, obwohl der Mann kein Raucher war; ein anderer mußte auf Kommando dazu ausspucken. Ferner befahl er zwei Soldaten, aus der Zeitung vorzulesen, und einige andre, die sich darüber lustig machten, ließ er die Kniebeuge machen und das Vorgelesene laut nachsprechen. Bei den geringfügigsten Anlässen mußten die Soldaten mit gestrecktem Tränkemeister mehrere Minuten lang in der Kniebeuge verharren, mit den Armen rollen und im Danermarsch um die Reitbahn laufen. Gelegentlich vergriff er sich auch thätlich an den Artilleristen. Ein Fahrer, der ein Pferd nicht rechtzeitig gefaltet hatte, erhielt von dem Stellvertreter Gottes einen Faustschlag auf den Mund, daß das Blut floß, ein anderer wurde von ihm als „lahme Sau“ betitelt. Das Kriegsgericht Würzburg besetzte ihn mit der milden Strafe von 42 Tagen Mittelarrest und sah von der Degradation ab, da seine Vergehen nicht der Ausmaß böswilliger Bestimmung seien und er nur beabsichtigt habe, den Untergebenen Bewegung zu verschaffen.

Wenn das Gericht erklärt hätte, der Mann sei nicht zurechnungsfähig, so hätten wir das eher verstanden.

Huoland.

Um Renans Denkmal.

Paris, 12. September.

Seit Wochen bildet Renans Denkmal den Gegenstand einer leidenschaftlichen Polemik zwischen den Liberalen und Antiliberalen. Die über „Unbuddsamkeit“ klingenden Liberalen können schon den Gedanken nicht ertragen, den Verfasser des „Lebens Jesu“ überhaupt durch ein Denkmal verherrlicht zu sehen. Und gar erst der Umstand, daß das Denkmal in Tréguier, der bretonischen Vaterstadt Renans, errichtet wird, hat sie aus aller Fassung gebracht. Die Ortsgemeinschaft aller Grade ging mit der Debatte voran, und ihr folgten die liberalen Schriftsteller und Zeitungsschreiber von Paris mit dem Akademiker Brunetiere und Drumont an der Spitze. Während diese mit liberaler Gelehrsamkeit Renans Lebensarbeit zu vernichten suchten, zeterte jene über den „Apostaten“, den „Zugner der Gottheit Jesu“ und heßt die frommen Bretonen zu einem thätigen Protest gegen die ihnen und der Kirche angethane „Schmach“ auf.

Das Denkmal wird am 13. September unter Beteiligung der Regierung feierlich enthüllt. Es wird sich nun zeigen, inwiefern die fromme Hoch Anklage gefunden hat. Bisher äußern sich ihre Früchte darin, daß ein Teil der Gastwirte ihre Lokale und Gerätschaften für das an die Denkmalsfeier sich anschließende Bankett verweigert haben. Die Einwohner der Stadt Tréguier selbst sind in ihrer Mehrzahl freilich republikanisch. Der dortige Gemeinderat hatte den Platz für das Denkmal mit 11 gegen 5 Stimmen bewilligt. Aber die Liberalen haben ihre Truppen aus der Umgegend nach Tréguier aufgezogen. Gleichzeitig mit der Denkmalsfeier sollen in der Stadtkirche sünderliche Messen und „Fuggebete“ abgehalten werden. Der Denkmalsplatz befindet sich aber in der nächsten Nähe der Kirche, so daß man kein Wort von den Denkmalsreden vernehmen würde. Die Behörden haben daher das Glockenläuten während der Feier verboten, genauer, den Zugang zum Glockenturm für die Zeit der Feier durch Gendarmen zu ver sperren beschlossen. Daneben befürchtet man aber gewalttätige Ausschreitungen seitens der fanatisierten bretonischen Bauern, die ihren größten Landsmann als den „Antichrist“ verabscheuen. Bei der Gelegenheit wollen die Liberalen auch an dem regierenden „Antichrist“, dem Ministerpräsidenten Combes, ihr Mitleiden kühlen.

Ueber die liberalen Vorbereitungen wird noch bekannt, daß seit mehreren Tagen in Tréguier sämtliche Pfeifen ausverkauft worden sind. Und die bretonischen Ubligen drohen ihre häuslichen — rickenden Flüssigkeiten gegen den offiziellen Zug und gegen das Denkmal zu spritzen, wie sie es im Vorjahre bei der Beerdigung der Kaiserin gethan haben. Endlich noch eine Radridi, die die Aufregung der Gemüter drastisch kennzeichnet: die Antiliberalen besfürchten die Sprengung des Denkmals und drohen ihrerseits, zur Vergeltung die Kathedrale in Brand zu stecken.

So hat denn der unerbittliche Liberaler die den sanften Philosophen der Duldbarkeit zum Probegegenstand der ärgsten Unbuddsamkeit gemacht, den echt religiösen Verherrlicher Jesu, der in einem so scharfen Gegensatz steht zu den deutschen Jesus-Kritikern, Bauer und Strauß, zum Sinnbild der Antireligiosität umgewandelt, den Namen des parteifremden und lampfscheuen Septilers in den niedrigsten Parteikampf gezerzt.

Inzwischen ist Sonntag in Tréguier bei strömendem Regen die Einweihung des Denkmals erfolgt. Ueber die Festfeier und die dabei von den Liberalen verfaßten Ruhestörungen berichtet der Telegraph, daß Ministerpräsident Combes Sonntagmorgen 9 1/2 Uhr zu Wagen von Pontreue, wo er die Nacht verbracht hatte, in Tréguier mit einer Eskorte Dragonern und Gendarmen anlangte. Trotz des ununterbrochenen Regens hatte sich überall eine große Zuschauermenge angesammelt, welche den Ministerpräsidenten mit Beifallsbekundungen empfing. Einige vereinzelte Gruppen pfliffen beim Vorbeifahren Combes, das Pfeifen wurde jedoch durch laute Hochrufe auf Combes und die Republik übertönt.

In Gegenwart des Ministerpräsidenten fand sodann unter anhaltendem Regen die Einweihung von Renans Denkmal auf dem Platz vor der Kathedrale statt. Während der Festrede traten Katholiken, welche der Messe beigewohnt hatten, aus der Kirche heraus und versuchten unter Pfeifen die Reihen der Truppen, welche den Festplatz umgaben, zu durchbrechen. Auf Befehl des Unterpräfecten drängte eine Infanterie-Abteilung nach der gesetzlichen Aufforderung zum Auseinandergehen die Teilnehmer an der Kundgebung in die Kirche zurück. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, wurde die Feier unter anhaltenden Hochrufen auf Combes und die Republik zu Ende geführt.

Während das Festmahl stattfand, wohnten die Liberalen dem Vespergottesdienste bei. Danach begaben sie sich von der Kathedrale aus, mit Stöcken bewaffnet, unter Pfeifen und heftige Rufe ausstehend in dicht geschlossenem Zuge durch die Straßen der Stadt vor das Gebäude, in dem das Festmahl abgehalten wurde. Hier stießen sie mit den Republikanern zusammen und es kam zu einer großen Schlägerei. Ein Offizier, der von einem Haufen Ruhefänger unter feindlichen Rufen umzingelt wurde, zog seinen Säbel. Die Menge wurde schließlich, nachdem die Gendarmen in starker Anzahl eingegriffen waren, auseinandergetrieben.

Bei dem der Einweihung folgenden Festmahl hielt der Ministerpräsident Combes eine Rede, in der er ausführte, in der heutigen Feier erblicke er ein Vorgehen des nicht sehr fernem Augenblicks, in dem die Bretagne das Joch der Junker und der Priester abschütteln und auf den Trümmern der alten Verurteile die besten Grundzüge der republikanischen Staatsform aufrichten

werde. Die Religion habe das Recht auf Freiheit, aber unter der Bedingung, daß sie nicht aus ihrem Bereich, der das Gewissen sei, heraustrete und sich nicht in das bürgerliche Gebiet der Politik einmische.

Combes kam dann weiter auf den Widerstand gegen das Kongregationsgesetz zu sprechen und sagte, die Mehrheit der Kammer werde das letzte Wort sprechen. Er belämpfte die Behauptung seiner Gegner, daß er ein Gefangener dieser Mehrheit sei. Dabei anerkennend er sich folgendermaßen über das Verhältnis des Kabinetts zu den Sozialisten: Die Opposition hofft freilich, daß sie die öffentliche Meinung bezüglich seiner Bestrebungen beunruhigen würde, indem sie sich als Gefangenen der sozialistischen Gruppe hinstellt, aber anstatt irgend einen Beweis für diese Behauptung zu liefern, citirt sie den Namen eines Deputierten (Zaurès), den sie als Anführer des Ministeriums bezeichnet. Wenn die Opposition glaubt, daß ich die freundschaftlichen Beziehungen, die mich mit diesem Manne verbinden, oder die parlamentarischen Beziehungen, welche mich mit seiner Gruppe verbinden, ablehnen würde, dann tritt sie. Ich bewundere übrigens wie die gesamte Kammer, ohne Unterschied der Parteien, die außerordentlichen Talente dieses Deputierten und ich erkenne seine unerschütterliche Selblosigkeit an. Seine Gruppe ist eines der Elemente der Majorität. Ich unterhalte dieselben herzlichen Beziehungen zu den Mitgliedern dieser Gruppe wie zu den Mitgliedern der anderen Gruppen. Ich bin ebensoviele ich Gefangener wie sie meine Gefangenen sind.

Zuletzt berührte der Ministerpräsident in seiner Rede die Stellung Frankreichs zum Ausland. „Das Bündnis mit Rußland“, schloß der Minister, „trägt einen mehr und mehr ausgesprochenen Charakter des Vertrauens und der Intimität; die Freundschaft mit Italien knüpft sich enger durch gegenseitige Zeichen aufrichtiger Herzlichkeit; die Besserung der Beziehungen zu England nimmt zu. Wir sehen jenseits der Grenze nur lächelnde Gesichter. Der Horizont gehört dem Frieden. Die Republik wird sich bemühen, ihn zu befestigen. Sie hat sich von der ersten Stunde an dem edlen Gedanken angeschlossen, die Lösung internationaler Streitigkeiten schiedsgerichtlicher Entscheidung zu übertragen. Der so erreichte Friede wird niemand demütigen. Ich hoffe, wir werden bald das Morgenrot des allgemeinen Friedens anbrechen sehen.“

Oesterreich-Ungarn.

Antisemitische Ausschreitungen. In Jablotow (Galizien) verbreitete sich Sonntagmorgen während eines Jahrmärktes das Gerücht, daß in dem Hause eines Juden eine Frau aus Valence, die den Kaufpreis für einen Ochsen erhalten hatte, ermordet sei. Obgleich die Ortsbehörden sich bemühten, die Grundlosigkeit des Gerüchtes nachzuweisen, griff eine Anzahl Bauern mehrere Juden an, von denen drei schwer und mehrere andre leicht verletzt wurden. Auch wurden in Häusern von Juden zahlreiche Fensterheben zertrümmert.

Frankreich.

Die Pest in Marseille. Die Marseiller Blätter bemühen sich im Verein mit der Behörde die Pestgefahr als beseitigt hinzustellen. Nach ihren Meldungen ist der Epidemie endgiltig Einhalt geboten. Wie das „Echo de Paris“ meldet, hätten jedoch die fremden Konsuln die Behörden benachrichtigt, daß sie für die nach ihren Pässern bestimmten Schiffe keine reinen Gesundheitspässe mehr ausstellen.

Italien.

Der Jar und die Sozialisten. Der „Avanti“ begründet die Haltung der italienischen Sozialisten gegenüber dem russischen Jar. Der Jar sei der unumkehrte Herrscher des russischen Reiches und sei als solcher verantwortlich für die Gewaltthatigkeiten und Verbrechen, die in seinem Reich von seinen Beamten und Kreaturen begangen werden. Mit dem Protest, der in der Kammer, in den Gemeinden und in allen Körperschaften und Vereinigungen, in denen Sozialisten vertreten sind, zum Ausdruck gebracht werden soll, müsse dem russischen Autokraten ins Bewußtsein gerufen werden, daß die europäische Zivilisation mit den Barbaren der russischen Gewaltthaten nicht einverstanden sei. Die italienischen Sozialisten protestieren gegen die Unterdrückung Rumlands und Polens, gegen die Greuel in Kischenev, Kiew usw., gegen die sibirischen Grausamkeiten, wie gegen die Unterdrückung jeder Meinungsäußerung und die Maßregelung der Gelehrten und Vergeivaltigung der Arbeiter. Das Pfeifen der italienischen Sozialisten werde in den Bergwerken Sibiriens und den sterblichen Auslands ein dankbares Echo finden.

Spanien.

Zur Frage der republikanisch-sozialistischen Alliance. Die bisher in den Ortsgruppen der sozialistischen Arbeiterpartei stattgefundenen Abstimmungen über den vom Madrider Ortsverband gestellten Antrag, mit den Republikanern bei den nächsten Munizipalratswahlen zusammenzugehen, zeigen, daß die Mehrheit der spanischen Parteigenossen von einer Alliance mit den Republikanern nichts wissen will. Bis letzten Donnerstag hatten in den Ortsverbänden 43 Abstimmungen stattgefunden; davon sind 16 für und 28 gegen die Alliance ausgefallen. Eine Reihe kleinerer Sektionen hat noch nicht abgestimmt, doch ist kaum anzunehmen, daß der Antrag der Ortsgruppe von Madrid die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit finden wird.

Cadix, 15. September. Die Besatzung eines aus Fernando Po kommenden Dampfers berichtet, die Eingeborenen hätten einen deutschen Kaufmann getödtet und ausgegraben. Die spanische Besatzung von Bata habe die Eingeborenen geschätzt, 7 getödtet und 25 von ihnen verwundet, ferner seien 5 Dörfer niedergebrannt worden. Die Spanier hätten bei dem Zusammenstoß mehrere Verwundete gehabt.

Holland.

Die Generalstaaten wurden gestern durch eine Thronrede eröffnet. Darin wird hervorgehoben: Die Regierung wolle durch eine in geordnetem Fortschritt weitergebildete sociale Gesetzgebung die Arbeiterbewegung unterstützen und dann werden Gesetzentwürfe angeklagt betreffend die Sonntagsruhe, Ausdehnung des Versicherungswesens, namentlich für alte und invalide Arbeiter, Feststellung der Wertschätzung, Revision der Polltaxe, Regelung des Ultronwesens, sowie der Beziehungen zwischen dem Civil- und dem Militärbehörden, Erneuerung der Artillerie-Ausrüstung, finanzielle Unterstützung für Indien und Maßregeln zur Verbesserung der Landwirtschaft in Java.

England.

Die Stimmung in England. London, 12. September. (Fig. Ver.) Eine eigenartige gespannte Stimmung beherrscht gegenwärtig die britische Nation. Man erwartet etwas, worüber man sich nicht klar ist; man erwartet irgend einen Mann, der England zur Tüchtigkeit, zur Organisation und zu wissenschaftlichem, systematischem Denken erziehen soll. Das Gefühl der Krise steht der Nation in den Gliedern. Der Bericht über den Krieg hat einen viel tieferen Eindruck auf die denkenden Schichten der Nation gemacht, als wir dachten. Die statistischen Tafeln der Regierung werden langsam verdaut. Die Selbstgefälligkeit der Engländer weicht der Zweiseltigkeit und mehr denn je blickt man auf die Vereinigten Staaten und Deutschland als nachahmenswerte Muster. Die Vertreter der britischen Wissenschaft, die diese Woche in Southport zu ihrem Jahreskongresse zusammenkamen, verlangen mehr Universitäten, mehr Staatshilfe, und vor allem mehr Ernst und weniger Pferde-rennen, mehr Studium und weniger Crickets- und Fußballspiele. Man klagt über die Vergnügungssucht des Volkes, über das Fortwärteln in der Politik und im ganzen öffentlichen Leben. Lord Rosebery fordert heute die ganze Nation auf, im Interesse der Sicherheit Englands Lord Kitcheners nach London zu berufen und ihm das Kriegsministerium zu übergeben.

In einigen Tagen (Montag) findet ein Kabinettsrat statt, von dem irgend eine bedeutungsvolle Erklärung erwartet wird. Das englische Kabinet hält oft Sitzungen ab, allein diesmal werden ganz außerordentliche Erwartungen an sie geknüpft. Wir zweifeln indes

an der Fähigkeit Englands, neue Wege einzuschlagen. England verehrt den common sense, den „gesunden Menschenverstand“, und mit diesem läßt sich eine neue Politik nicht begründen. Die neue Politik ist stets gegen den gesunden Menschenverstand. Das einzige Resultat der Stimmungsreise wird wohl die Auflösung des Parlaments sein und der große Sieg der liberalen Partei. Und dann wird alles beim alten bleiben. Denn die einzige Klasse, die England ein neues Princip geben könnte, ist die Arbeiterklasse. Diese steht aber — dank der fortpflanzenden Arbeit der liberalen Politiker und Schriftsteller — im Sumpfe des Liberalismus.

Ueber das Resultat des Kabinettsrats, der, wie in obiger Korrespondenz erwähnt wird, am Montag in London stattgefunden hat, ist noch nichts Genaueres bekannt. Dem Vernehmen des „Standard“ zufolge wird die Regierung bei dem Entschlusse bleiben, seine Erneuerung der Finanzpolitik (Zollpolitik) vorzunehmen, bis ein Appell an das Land gerichtet worden sei. Während der Dauer des jetzigen Parlaments solle die Thätigkeit der Minister auf die Erörterung der Untersuchungsresultate beschränkt sein. Der Vorschlag, Vorzugstarife innerhalb des Reiches einzuführen, solle auf unbestimmte Zeit verschoben werden und keinen Bestandteil der Gesamtpolitik der Regierung bilden. Andererseits sei die Regierung bereit, das Wiederbergeltungsrecht zu beanspruchen gegenüber den fremden Mächten, deren Polltaxe ausdrücklich darauf gerichtet seien, den englischen Handel zu vernichten oder zu beeinträchtigen.

Rußland.

Unruhen der Armenier in Tiflis. Wie die Zeitung „Kawkas“ meldet, versammelten sich gestern mittag in Tiflis gegen 2000 Menschen bei der Kathedrale. Nach dem Gottesdienst wurden Proklamationen in armenischer Sprache an die Menge verteilt, die zugleich die anwesenden Schuplente thätlich angriff. Polizeifolddaten, welche alsbald den Schuplenten zu Hilfe kamen, wurden von der Menge mit Steinwürfen und Revolvergeschüssen empfangen, worauf diese ebenfalls mehrere Schüsse abgaben. Die Ruhe wurde schließlich durch den Tifliser Polizeimeister, der mit berittenen Schuplenten erschienen war, und mit Hilfe hinzugelommener Kosaken wieder hergestellt. Von den Polizeifolddaten erlitten einige Verletzungen, von der Menge wurde eine Person tödtlich verletzt.

Zur Erläuterung sei bemerkt, daß die Unruhen durch einen Was des Jaren hervorgerufen sind, der dem armenischen Akerus und den Gemeinden die Verwaltung des Kirchenernögens entzieht und sie den Staatsbehörden überweist.

Serbien.

Die Anklageschrift gegen die in Nisch verhafteten Offiziere gründet sich darauf, daß in dem bekannten Aufruf folgende Anträge gestellt wurden: 1. alle Verschwörer vom 11. Juni zu töten, welchen Anträge drei Offiziere zugestimmt hatten, 2. die Erfüllung der von dem Offiziercorps an maßgebender Stelle korporativ zu stellenden Forderung auf Entlassung der Verschwörer vom 11. Juni nötigenfalls zu erzwingen. Die Anklageschrift bezeichnet als Leiter der Bewegung die Hauptleute Kowalowitz und Protitsch, den Oberleutnant Lugumerstki und den Lieutenant Drudarewitsch. Auf das in Frage kommende Vergehen ist in § 53 des serbischen Militär-Strafgesetzes Festungshaft bis zu einem Jahre gesetzt. Für die Anstifter zu diesem Vergehen ist in demselben Paragraphen im Zusammenhang mit § 47 des bürgerlichen Strafgesetzes mehrjährige Festungshaft, in beiden Fällen ohne Verlust des Ranges vorgeesehen.

Das Kriegsgericht tritt wahrscheinlich am 15. d. Mts. zusammen.

Die Meuterei im serbischen Offiziercorps dauert fort. Die Offiziere der Garnison Bazarowatz erklärten sich mit ihren Kameraden in Nisch solidarisch. Oberleutnant Wrantowitsch wurde mit 16 Offizieren verhaftet und nach Belgrad gebracht. Die Offiziere der Garnison Nisch erließen eine neue Proklamation, die mit dem Sage schließt: „Will der König sich von den Königsmördern nicht trennen, so legen wir ihm unsere Säbel zu Füßen und verzichten auf den Dienst.“ Andererseits behaupten die Königsmörder, die Verschworenen von Nisch wollten König Peter zwingen, das Land zu verlassen, und hätten die Absicht, den Fürsten Nikita von Montenegro auf den Thron zu erheben.

Vom Balkan.

Die bulgarische Regierung hat es für angezeigt gehalten, den Vorstellungen der Großmächte über ihre Förderung des macedonischen Aufstandes durch eine Drohnote zuvorzukommen. Wie dem „Lokal-Anzeiger“ aus Sofia gemeldet wird, richtet sie an die Mächte eine Zuschrift, worin sie erklärt, daß, falls der Ausbruch des bulgarischen Elementes nicht Einhalt geboten würde, Bulgarien sich gestuzungen sehen werde, seinerseits geeignete Maßregeln zu treffen.

Nach vor Erlass dieser Note ist eine Einberufung von sechs Jahrgängen der Reserve bei der Sotioter, Philipopolter und Sitowener Division, angeblich zu dreiwöchigen Übungen, angeordnet worden. Die einberufenen Reservisten dürften eine Verstärkung der betreffenden Divisionen um 20 000 Mann repräsentieren.

Türkische Rüstungen. Nach Meldungen aus Konstantinopel beträgt zur Zeit die Stärke der regulären türkischen Truppen in den aufständischen Bezirken Macedoniens 250 000 Mann. Außerdem stehen an Reservisten zur Verfügung: zwei mobile Redifbrigaden der Division Panbema mit 8 Bataillonen, welche bisher nicht herangezogen wurden, und die 8 Redifbataillone des Gardecorps (Konstantinopel), des kleinasiatischen Küstengebietes und des Schwarzen Meeres, welche nach Ausbruch des Vandenunwesens im Sandschak Airl-Nilise mobilisiert wurden, aber bisher in ihrem Bezirk verblieben.

Landtagswahl.

Specialitäten des preussischen Dreiklassenwahlsystems.

Immer interessanter Ungerechtigkeiten treten zu Tage, wenn man sich eingehend mit dem preussischen Dreiklassen-Wahlsystem beschäftigt. Die Stadt Gnesen hat Konfessionsschulen, zu deren Unterhalt drei Schulgemeinden gebildet sind. In diesen zählen, wie man uns berichtet, die Katholiken 150 Proz., die Evangelischen 60 Proz., die Jüdischen 30 Proz. der Einkommensteuer. Diese Summe, die für die zum großen Teil arme katholische Bevölkerung 43 000 M. beträgt, kommt nur bei der Abteilungsabteilung nicht in Anrechnung, da nur die Steuern für die politischen Gemeinden gerechnet werden. Bei dem so verschiedenen Prozentfuß, aus dem bereits auf die große Anzahl der armen Katholiken geschlossen werden kann, liegt hierin eine besondere Ungerechtigkeit gegen diese. Die Ungerechtigkeit erscheint um so größer, wenn man bedenkt, daß den Wohlhabenden oder ganz reichen Besitzern der Gutsbezirke, deren es im Wahlkreis Gnesen-Wittowo nicht weniger als 113 giebt, die vom Staat zwar veranlagte, aber nicht zur Hebung gebrachte Grund- und Gebäudesteuer in Anrechnung gebracht wird. Den Reichen werden hier also Steuern gut gerechnet, die sie nicht bezahlen, während die ärmsten Steuern zahlen müssen, die nicht in Anrechnung kommen!

Vielleicht nimmt sich in diesem Fall einmal das Centrum der Kritik des „elendesten aller Wahlssysteme“ an.

Die Freisinnige Volkspartei in Schleswig-Holstein hat am Sonntag in Elmhorn einen Parteitag abgehalten und dabei Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt für die Kreise Pinneberg, Steinburg, Lönbern, Eckernförde, Süderdithmarschen, Stormarn und Plön. Für Schleswig und Altona sollen die Kandidaten demnächst nominiert werden.

Die demokratische Richtung der Polenpartei soll beschloffen haben, für die Landtagswahlen eigene Kandidaten aufzustellen und die bisherigen polnisch-konservativen Abgeordneten, vor allem Jagdzewski und Cegielski, fallen zu lassen. An ihrer Stelle sollen Franz Rotawski (?) und Graf Michajewski-Röbnig aufgestellt werden.

Im Wahlkreise Lemmer-Kemscheid-Sosingen kandidieren auf Grund eines Kompromisses die beiden Nationalliberalen v. Egnern und Dr. Friedberg, und auf Seiten der Freisinnigen Reichstags-Abgeordneter Dr. Eichhoff-Kemscheid.

Aus dem Wahlkreise Garmian-Kolmar-Flethne wird der „Pos. Ztg.“ mitgeteilt, daß die Nachricht, nach der in dem dortigen Wahlkreise ein Zusammengehen der Liberalen, Deutschkatholiken und Polen in Vorbereitung sei, nicht den Thatsachen entspricht. Die Liberalen werden auch bei der Landtagswahl selbständig vorgehen.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Nun, die Presse war unterdrückt, alle Versuche, in Deutschland Blätter zu gründen, die ja nur vollständig farblos sein konnten, scheiterten. Alles wurde unterdrückt und zerschmettert, keine Organisation, fast kein Geld, zahllose Existenzen auf dem Pflaster, darunter unsre besten Leute. Ich gehörte ja nicht dazu, denn ich hatte für mein Geschäft damals einen Associe. Da kamen die Wahlen von 1881. Keine Presse, keine Organisation. In den meisten Wahlkreisen bestand kaum die Möglichkeit, Flugblätter zu verteilen, ja in sehr vielen Kreisen nicht einmal die Möglichkeit, Stimmzettel zu verteilen, aber trotz alledem — und das ist das Großartige von allem, was je die Socialdemokratie geleistet hat, da sind selbst die drei Millionen Stimmen der letzten Wahl nichts dagegen — trotzdem 312 000 Stimmen und neun Mandate! Der 26. October 1881 war der Tag der Zerschmetterung des Socialistengesetzes. Wenn das Socialistengesetz auch noch neun Jahre danach gelebt hat, das war der Tag, wo sich sein Schicksal entschied. Das Gesetz war vernichtet, mitten in seinem Siegeslauf zerbrochen, alle Gewalt gegen uns war überflüssig und unnütz gewesen. Sie hatte nichts geholfen. Die Socialdemokratie lebte und regte! So war damals die Situation und diesem Eindruck konnten sich auch die Gegner nicht verschließen. Die sagten sich schon damals: Ja, mit der Bande werden wir nicht fertig, (Heiterkeit.) Die nächste Wirkung war die, daß die Jügel etwas gelockert wurden. Auch im Reichstag selbst wurden Stimmen laut, daß das Gesetz anders angewandt werden müsse. Der Reichstag mußte sich zu Interpretationen entschließen, die die Handhabung des Gesetzes abschwächten. Es war in der Folgezeit möglich, hier und da farblose Parteiblätter zu gründen, aber sie durften keinen selbständigen Gedanken aussprechen, der auch nur entfernt an den Socialismus erinnerte, sonst waren sie verloren. In diesen Jahren 1881, 1882 erschienen in der nationalliberalen „Weiterzeitung“ Berliner Korrespondenzen, in denen mit merkwürdiger Sachkunde über die Partei gesprochen wurde, und in denen sie gegen die größten Mißbräuche der Polizei in Schutz genommen wurde. Als wir das lasen, waren wir sehr erfreut. Die Artikel erregten großes Aufsehen und wurden bald in der ganzen Parteipresse abgedruckt. Wir fragten uns natürlich: Wer ist denn der Schriftsteller, der diese Korrespondenzen schreibt? Und da kam es heraus, daß es derselbe Franz Mehring sei, der vor zwei, drei Jahren diese schänderhafte Proklamation gegen uns veröffentlicht hatte. Da stand ich wieder vor einem physiologischen Rätsel. Wir sagten uns, den Wandel können wir uns ja gefallen lassen. Es scheint, daß Mehring bereit, er empfindet, daß er gegen uns zu weit gegangen ist, und hat das Bedürfnis, soweit wie möglich uns Besorgnis zu unterstellen. Das nahmen wir selbstverständlich an. 1883/84 kam Mehring als Mitarbeiter an die Berliner „Volks-Zeitung“ und in dieser schrieb er noch mehr zu unsern Gunsten. Natürlich war es für uns sehr wertvoll, daß das in einem Blatte geschah, das wie die „Volks-Zeitung“ in der bürgerlichen Presse einen großen Einfluß hatte. So ging das die ganzen nächsten Jahre hindurch. Persönliche Beziehungen zu Mehring hatte damals niemand von uns. Damal kam im Jahre 1887 der St. Gallener Kongress, von dem sie gestern gehört haben. Die Darstellung, die Braun gestern von den Vorgängen in St. Gallen gegeben hat, ist ja wohl richtig. Erstaunt war ich aber über die Behauptung Brauns, er habe damals Mehring noch nicht persönlich gekannt. Wenn das nicht eine Vergeßlichkeit der allergrößten Art sein sollte, dann ist es die vollkommenste Unwahrheit. (Braun ruft: Ich habe die Wahrheit gesagt!) Warten Sie ab! (Braun: Da bin ich neugierig!) Die Wette ging auf ein Souper, ein Abendessen. Der Preis und das Menu wurde nicht ausgemacht. Um die Neugier Vollmars zu befriedigen (Heiterkeit): ich weiß auch heute noch nicht, was es gekostet hat. Es war ein gutes Souper, aber etwas Außerordentliches, eine Schlemmerei war es nicht. Ich kannte Braun damals schon einige Jahre. Wir waren öfter zusammengekommen und in ziemlich lebhaften persönlichen, meinetwegen freundschaftlichen Beziehungen, er war auch Genosse, gar kein Zweifel. Kurz vor diesem berühmten oder berühmten Souper, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt, kam Braun in den Reichstag und ließ mich rufen. Ich bemerkte vorweg, daß mir der Vorgang noch im Gedächtnis ist, als wäre er gestern passiert, und zwar aus dem Grunde, weil ich damals naturgemäß sehr oft gefragt wurde, wie kam ich denn eigentlich mit Mehring zusammen, und weil der Vorgang ja auch an sich bei mir sehr lebhaftes Gefühl erwecken mußte. Den Mann, den ich erst so fernem gelernt hatte, der dann zehn Jahre später die Partei während angegriffen hatte, der dann wieder sich wandelte, sollte ich nun wiedersehen: das war selbstverständlich für mich keine gleichgültige Sache. Gestern nach der Sitzung hat Braun Gelegenheit genommen, nochmals mit mir über die Sache zu sprechen. Er sagte, meine Behauptung, daß er den von ihm verlesenen Mehring'schen Artikel bereits früher gekannt habe, sei unrichtig. Nun, ob Braun der Wortlaut bekannt war oder ob er ihn vergessen hatte, weiß ich nicht, ist auch gleichgültig. Entscheidend ist, daß Braun zu mir kam, um mich zu bestimmen, Mehring am Souper teilnehmen zu lassen. Und da sagte er: Ich weiß, was Mehring an uns verbrochen, was er geschrieben und wie schwer er uns geküßigt hat. Er hat uns beschimpft, aber Sie wissen ja, daß der Mann seitdem anders geworden ist, was er alles getan hat, um seinen Fehler gut zu machen, und ich meine, Sie sollten ihm verzeihen! Mehring würde sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammen kommen und eine Aussprache stattfinden könnte. (Heinrich Braun: Ist das Ihr ganzer Beweis?) Ich sage das im Gegensatz zu Ihnen, Sie kannten Mehring bereits damals. (Heinrich Braun: Ich kannte ihn nicht!) Sie kannten ihn persönlich. Das lag in Ihren Worten, in der Art Ihrer Ausführungen. Ich ging zu Mehring und fragte ihn: Seit wann kennen Sie Braun? Ach, sagte er, seit 1887, ich glaube schon seit 1886, er war bei mir eine Anzahl von Malen (Hört! hört!), er war in meiner Familie, er war bei mir zu Gast. (Hört! hört!) Heinrich Braun ruft: Das war später! Rein, damals, 1887, und Ihre Worte haben in mir bis heute den Eindruck aufrecht erhalten, Sie haben Mehring damals persönlich gekannt und alles gekannt, was er gethan hat. Von Heinrich Braun zu glauben, daß er das nicht gekannt hätte, wäre eine Verleumdung an der Intelligenz und dem Wissensdrang von Braun. (Sehr gut!) Braun hat neben andren Eigenschaften auch die eines Hans Dampf in allen Gassen (Heiterkeit und Zustimmung), er kümmert sich, wie man zu sagen pflegt, um alle Föhner und Gänse und selbst um deren ungelegte Eier (Große Heiterkeit). Braun war 1878, wie er sagt, Parteigenosse, er war damals Student der Nationalökonomie. Die Mehring-Artikel und das Mehring-Buch gingen durch die ganze deutsche Presse, in der ganzen Partei entstand ein Schrei der Entrüstung, und davon hat nur Heinrich Braun, der intelligente, eifrige Heinrich Braun (Sehr gut!), der eigentlich alles wußte, der sich noch später um so vieles kümmerte, was ihn eigentlich gar nichts anging, nichts geküßigt? (Sehr gut!) Rein, Genosse Braun, Sie haben es geküßigt, Sie kannten Mehring's Artikel, Sie kannten seine Proklamation. Sie wußten ganz genau, was der Mann gethan hatte, und es spricht zu Ihren Gunsten — das redne ich Ihnen hoch an — daß Sie ihn trotzdem zu uns gebracht haben. Wie konnten Sie sich auch unterziehen, Mehring zum Souper einzuladen, ohne daß Sie sich vergewissert hätten, daß

er dazu bereit war! (Sehr gut!) Die konnten Sie da kommen und mir diese Frage stellen? Das beschränke ich, was ich hier gesagt habe. Ich überlasse Ihnen und den Genossen dranhin das Urteil über Heinrich Braun und mich. (Braun: Doch erst, nachdem ich gesprochen habe!) So waren also die Dinge gegangen. Da kamen wir in einem Restaurant Unter den Linden zu dem berühmten Souper zusammen und da wurde der persönliche Verkehr zwischen Mehring und mir hergestellt und später auch mit Liebnicht. Und nicht allein, daß Heinrich Braun es war, der uns damals zusammenführte, nicht etwa als dummer und unwissender Mann, der die Tragweite seiner Handlungen nicht gefühlt hätte, sondern als ein einsichtiger Genosse. Es war eine gute That. Derselbe Heinrich Braun hat dann an Kautsky geschrieben und ihn aufgefordert, Mehring zu erlösen, für die „Neue Zeit“ zu arbeiten! (Hört! hört!) Kautsky sah damals fern von Berlin. Er hatte in der Hauptsache nur in Erinnerung, was Mehring 1876 bis 1880 gegen die Partei geschrieben hatte, und er antwortete seinem Freunde Braun: Ich schreibe nicht an Mehring. Das fällt mir nicht ein. Das ist mir bedenklich. Da war es wieder Braun, der dem Kautsky sagte: dann schreibe Du an Weber und frage da an. Ich antwortete Kautsky das, was ich Ihnen eben mitgeteilt habe. Ich schrieb ihm: Nachdem Mehring sich in dieser Weise zu Gunsten der Partei seit sechs Jahren befehrt hat, nachdem er, wie ich mich überzeugt habe, selbst bereit war, einmal gegen mich und gegen die huldige auch zu dem schönen Grundsatze der Bibel: Ueber einen Sünder, der Buße thut, ist mehr Freude als über 99 Gerechte. (Sehr wahr!) Du kannst, schrieb ich ihm, Mehrings Artikel wohl aufnehmen, denn an der nötigen Intelligenz, der Fähigkeit und dem richtigen Standpunkt wird er es nicht fehlen lassen. So ist denn Mehring, wenn ich nicht irre, vom Februar 1888 ab Mitarbeiter der „Neuen Zeit“. Nachher kam dann die Ausschöpfung Mehrings mit Liebnicht zu stande. Sie haben sich später allerdings wieder gezankt. (Heiterkeit.) Wer schuld war, weiß ich nicht. Was sein, das psychologische Moment in Mehrings Charakter, das ja leider noch in der neuesten Zeit zum Ausdruck gekommen ist. Ich wünschte, er hätte in seinen Artikeln das Persönliche unterdrücken können. Aber seine Leidenschaft hat ihn wieder den schlimmsten Streich gespielt. (Sehr richtig!) Es hat für Mehring niemals einen schlimmeren Feind gegeben, als Mehring selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Stets hat er sich von seiner Leidenschaft hinreißen lassen und denen, mit denen er vorher in dieser Freundschaft lebte, die Freundschaft gekündigt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes machte ich Diez den Vorschlag, eine Parteigeschichte zu schreiben. Ich setzte ihm meinen Plan auseinander. Ich wollte mit der Bewegung der vierziger Jahre anfangen. Genau wie Mehring es später machte. Es war gerade, als hätten wir uns verabredet. Aber wer die Verhältnisse kannte, der mußte von dieser Bewegung ausgehen. Diez sagte: Ganz famos, ganz mit einverstanden, ich helfe, was ich kann, um die Materialien zu verschaffen. Also ich triffte zusammen, was nur an Literatur zugänglich war und machte mich an die Arbeit. Nun nahm aber meine Tätigkeit als Reichstags-Abgeordneter sechs Monate im Jahre in Anspruch, ich war Parteiführer, hatte wöchentlich mehrere Vorstandssitzungen, ich war Agitator der Partei, Sie können sich also denken, welche Zeit mir da für wissenschaftliche Arbeiten blieb. Ich öfnete was ich konnte, excerpierte, häufte Manuskripte auf Manuskripte, aber nach zwei Jahren mußte ich Diez mehr als einmal klagen: Ich bringe die Geschichte nicht zu Ende, mir fehlt die Zeit oder aber ich müßte mich drei Jahre von allem zurückziehen. Ich war, offen gestanden, in Verzweiflung. Da kommt eines Tages Mehring: Er hatte Diez die Proposition gemacht, eine Geschichte der Partei zu schreiben, Diez hatte ihm gesagt, daß ich bereits daran arbeite, daß ich aber auch schon wiederholt darüber geklagt hätte, daß ich nicht vorwärts komme, sondern die Arbeit so oft unterbrechen müßte. Ja, sage ich, das ist wahr. Nun, meinte Mehring, wie wäre es denn? Würden Sie sich damit einverstanden erklären, daß ich die Arbeit mache? Ich, antwortete ich, mit Vergnügen; wenn Sie das thun, wird die Arbeit fertig, ich bekomme sie nie fertig. Ich packte also meinen ganzen Kram von Manuskripten ein, sie liegen heute noch in demselben Paket bei meinen Akten und Mehring begann die Arbeit. Er hat sie fertig gestellt; eine großartige Arbeit, die aber an zwei schweren Mängeln leidet. Einmal kommt es Mehring ebenso wenig, wie in der „Leffing-Legende“, unterlassen, seiner persönlichen Feindschaft gegen bestimmte Personen in einer Weise Ausdruck zu geben, die mich aufrichtig schmerzte. (Zustimmung.) Ich erinnere an das, was er in seiner Parteigeschichte über Leopold Sonnemann sagte. (Zuruf.) Ja, lieber Quard, ich weiß ja, wie Sie dazu stehen. (Quard: Ich habe nichts gesagt), na, ich weiß, wenn man an Sonnemanns Nippt, dann judt Quard. (Große Heiterkeit.) In ähnlicher Weise wurde der Redakteur Stephanus behandelt. Mehring hat sich selbst geschadet, daß er solche persönlichen Dinge hineinbrachte. (Sehr richtig!) Zweitens hat Mehring nach meiner Auffassung auch Schweiger durchaus falsch beurteilt. Indes das ist Auffassungssache, Mehring ist noch heute der Meinung, er habe recht und ich unrecht, und ich habe mich ja auch schon zu einer Erklärung dagegen veranlaßt gesehen. Ich werde keine Parteigeschichte schreiben, wohl aber ein Buch über meine Erinnerungen; ich habe dieses Jahr damit angefangen. Das ist eine der Arbeiten, die ich in Zukunft vorhabe, wo ich nicht schlafe. (Heiterkeit!) Also ich habe angefangen; ich weiß nicht, wann das Kapitel kommt, aber es kommt. Ach, so lange halten wir noch aus. (Lebhafte Beifall.) Uns Sterben denken wir nicht (Erneuter lebhafter Beifall), und faul werden wir auch nicht. (Ständischer, langanhaltender Beifall.) Ich hoffe, meinen verehrten Freunden und Feinden, wann es notwendig ist, noch manche böse Stunde zu bereiten. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Also ich sage: Mehrings Urteil über Schweiger ist falsch, aber es handelt sich um eine wissenschaftliche Uebersetzung von Mehring, und als ich in der vorigen Woche bei Diez war, legte dieser mir die ersten Bände der neuen Auflage der „Geschichte des Sozialismus“ vor und sagte: Du wirst Deine helle Freude daran haben; abgesehen von dem Urteil über Schweiger ist alles, was Du und andre mit Recht an der ersten Auflage getadelt haben, ausgemerzt, und das wird auch mit der „Leffing-Legende“ passieren. Ich sagte: Bravo! Das ist vorzüglich, dann wird die „Geschichte“ ein großartiges Werk. Auch unter Mehrings Artikeln in der „Neuen Zeit“, die natürlich nicht alle von gleicher Qualität sein können, sind viele wahre Perlen der deutschen Literatur (Sehr richtig!), neben andren, von denen ich mir sage, wenn sie nicht geschrieben wären, wäre es auch kein Fehler. Dann kommt die Herausgabe des Nachlasses von Marx, ein großartiges Werk. (Lebhafte Zustimmung.) Da ist alles vermieden, was an den andern Werken zu tadeln ist (Sehr richtig!), das ist eine hochwissenschaftliche Arbeit, und wenn Braun, Edmund Fischer, Bernhart usw. längst vergessen sein werden, dann werden die Werke eines Mehring in der deutschen Literatur noch als eine große That angesehen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist meine ehrliche, aufrichtige Uebersetzung, die ich vor aller Welt vertrete. Mehring ist auch Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“, die eine Menge brillianten Artikel enthält, von denen ich nur das eine bebaue, daß sie in der „Leipziger Volkszeitung“ stehen und nicht in „Vorwärts“ (Sehr wahr!), das soll kein Vorwurf gegen die Redaktion des „Vorwärts“ sein, denn ich will auch erklären, daß mit Ausnahme eines gewissen Teils, über den wir uns später unterhalten werden, ich mit der Redaktion des „Vorwärts“ sehr zufrieden bin, und namentlich den politischen Teil teilweise für ausgezeichnet halte. (Zustimmung.) Nun kommt heute Weerhard mit dem Brief an Harden aus dem Jahre 1891/1892. Daß Mehring mit Harden zu dieser Zeit freundschaftlich verkehrte und auf seine Freundschaft rechnete, nehme ich ihm nicht übel; ob schon damals die „Zukunft“ erschien, weiß ich nicht, (Zuruf: Nein!), jedenfalls hätte sie noch nichts gegen uns geschrieben. Nun ist der Brief, den Weerhard heute hier zu großer und unangenehmer Uebersetzung des Parteitagcs verlesen hat, von Harden selbst bereits veröffentlicht worden (Zuruf: Nur angeandert.) Er soll, wie mir gesagt ist, bereits vor 6 Jahren in der „Zukunft“ erschienen

sein; selbst gelesen habe ich sie nicht. Als heute der Brief verlesen war, habe ich mir gesagt: postquam, das ist doch eine fatale und höchst unangenehme Geschichte. (Sehr richtig!) Ich weiß ja, Schoenlant und Mehring waren erst die intimsten Freunde der Welt, untrennbar wie die harnischen Zwillinge, dann auf einmal ein jäher Riß und schließlich dieser furchtbare Angriff auf Schoenlant. Das ist auch wieder das psychologische Moment (Heiterkeit), von dem ich gesprochen habe. Man mißverstehe mich nicht: Ein sehr, sehr unangenehmes psychologisches Moment, eine That, die ich Mehring, wenn er nicht im Laufe der Verhandlungen in der Lage ist, genügende Aufklärung zu geben, nicht verzeihe (Lebhafte Zustimmung), das sage ich rund heraus. Ich verteidige Mehring, wo ich glaube, ihn mit gutem Gewissen verteidigen zu können, der Brief über Schoenlant aber ist etwas, das meinem innersten Gefühl aufs ärgste widerspricht und mich aufs tiefste verletzt und wofür das psychologische Moment vielleicht eine Erklärung, aber keine Entschuldigung ist. (Zustimmung.)

Der Schluß des Berichts war bei Redaktionschluß noch nicht eingetroffen und muß morgen nachgetragen werden.

Partei-Nachrichten.

Eine Festschrift zum Parteitage hat die parteigenössliche Verlagsanstalt von Kadu u. Comp. herausgegeben. Die Schrift ist zum Preise von 30 Pf. zu haben. In Anbetracht ihres gediegenen Inhalts, ihrer guten Ausstattung und eines künstlerischen Bilderschmucks ein recht mäßiger Preis. Bezüglich gelungen und von wahrhaftem Kunstsinne zeugend ist das Titelbild: Die nackte Gestalt eines Mannes, auf hartem Fels sitzend, schaut sehnsuchtsvoll und hoffnungsfreudig über das weite Meer der aufgehenden Sonne entgegen. Der Inhalt der Schrift bringt uns ein Stück Parteigeschichte, so weit sie sich auf Dresdener Boden abspielt hat. Georg Gradnauer giebt einen Rückblick auf den Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, der vom 12. bis 15. August 1871 in Dresden stattfand. Dem Aufsatz ist ein Gruppenbild der Teilnehmer des Kongresses beigegeben. Hermann Goldstein widmet den toten Vor kämpfern Dresdens einen Artikel. In einem andren Aufsatz bespricht derselbe Verfasser den Dresdener Volks-Bildungsverein, der während des Sozialistengesetzes als eine „Kosthandgründung“ unserer Parteigenossen ins Leben gerufen wurde. Janas Auer schildert unter der Ueberschrift: „Wie ich in Dresden „Vürger“ wurde“ eine Episode aus seiner Parteithätigkeit. Die erste Dresdener Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz behandelt ein Aufsatz aus der Feder Webers. In einem Briefe aus New York erzählt uns Hermann Schlüter einiges über seine Wirksamkeit in Dresden. Georg v. Vollmar ist gleichfalls mit einem Aufsatz vertreten, der uns die Zeit seiner Parteithätigkeit in Dresden vor Augen führt. Ferner bringt die Festschrift Grüße an den Parteitag von Pranting in Stockholm, Anu den in Kopenhagen und Troelsira im Haag. Drei Kunstbeilagen bieten uns die Portraits einiger bekannter, nicht mehr unter den Lebenden wohnenden Parteigenossen. Wenn sie auch als Gelegenheitsarbeit anlässlich des gegenwärtigen Parteitages erschienen ist, so hat die Festschrift doch einen bleibenden Wert. Ihr Inhalt erinnert die älteren Parteigenossen an vergangene Zeiten harten Kampfes und giebt den jüngeren Genossen Einblicke in die Jugendzeit unserer Partei, sie wird deshalb vielen als eine angenehme Gabe willkommen sein.

Der nach harter, ernster Partei-Arbeit sich gern ein Stündchen gutem Humor hingiebt, der wird eine zweite, ebenfalls anlässlich des Parteitages im Verlage von Kadu u. Comp. erscheinende Schrift mit Freude begrüßen. Eine Illustrierte ist es, und zum Preise von 20 Pf. kann man sie kaufen. Sie präsentiert sich unter dem Titel: „Das große Mißverständnis!“ Centralisierte neuzeitliche Tag-, Wochen- und Monatshefte für echten, revidierten und gemäßigten Sozialismus. Herausgegeben von Karl Kaumax, J. Blech und Truder Heinrich unter unaufrichtiger Mitarbeiterschaft von Prof. Talmu-d'Ed. Redakteure und Mitarbeiter des „Großen Mißverständnisses“ behandeln, wie nicht anders zu erwarten, die Fragen, welche in den letzten Wochen die Gemüter vieler Parteigenossen erregten, mit übermäßigem, aber nie verkehrendem Humor. Dabei konnte keine „Nüchternheit“ zu kurz kommen. Hoffentlich nehmen die Parteigenossen auch diese literarische Neuheit gern auf und erfreuen sich an ihrem witzigen Inhalt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Vom Polizeikampf gegen die Socialdemokratie. Im ganzen Erfurter Landkreise bekommen und bekamen die Socialdemokraten während der Wahlbewegung insolge der bekannten Einflüsse keinen Saal. Die socialdemokratische Parteileitung verfiel deshalb auf den Plan, politische Sprechstunden einzurichten, um so den Reichstagskandidaten mit den Wählern bekannt zu machen. Der Nebenbedurfte es bei diesen Angelegenheiten nicht; es genügte vielmehr der einfache Hinweis, daß man den Socialdemokraten die Säle verweigere und den andren Parteien überlasse, um das Gerechtigkeitsgefühl der Wähler wachzurufen und sie für den Socialdemokraten stimmen zu lassen. Deshalb wurde bei den Sprechstunden die Form der Versammlung ausdrücklich vermieden. Der Kandidat setzte sich einfach unter die andren Gäste, ließ sich mit diesen in ein Gespräch ein und gab auf gestellte Fragen Antwort. So geschah es in Weibsburg und in Samtra. Wer da aber glaubt, daß dem Geschehen genügend Rechnung getragen, der irt sich. Unser Genosse Schulz und die bezüglichen Warte erhielten Strafmandate von 20 bezw. 30 R. Ersterer weil er als Redner in einer nicht angemeldeten Versammlung aufgetreten sei, die Warte, weil sie nicht angemeldete Versammlungen gebildet haben sollten. Alle Beteiligten tiefen richterliche Entscheidung an. Erfolg hatten aber nur die Warte. Das Schöffengericht, vor welchem die Sache verhandelt wurde, glaubte ihnen, wie das ja auch der Fall war, daß sie nicht gewußt haben, daß die Anwesenden zu einer Versammlung zusammengekommen seien. Anders wurde jedoch mit Genossen Schulz verfahren. Sein Einspruch wurde in dem einen Falle verworfen und der Strafbefehl aufrecht erhalten. In der zweiten Sache wurde darauf der Widerspruch zurückgezogen, doch wird der erste Fall bis zur höchsten Instanz durchgefochten werden.

Sociales.

In der Innungs-Krankenkasse der Schneider zu Berlin wurde am Dienstagabend die Wahl der Delegierten vollzogen. Dieselbe brachte einen glänzenden Sieg der von gewerkschaftlicher Seite aufgestellten Kandidaten, welche mit 245 Stimmen gegen 90 für die innungsfreundliche Liste abgegebenen Stimmen gewählt wurden.

Den Halbachuhr-Ladenschluß wollten während der Sommermonate die Dresdener Warenhäuser und großen Manufakturgeschäfte einführen. Dreißig der größten Firmen versuchten sich durch Unterschrift und öffentlich dazu in den Zeitungen. Aber schon nach einem Monat waren die meisten Geschäfte dem Versprechen untreu geworden — wie sie sagen, aus Furcht vor der Konkurrenz. Es geht der Plan nun, die Stadtverwaltung für die gesetzliche Einführung des Halbachuhr-Ladenschlusses im Sommer zu gewinnen. Der gesetzliche Halbachuhr ist in Dresden um 9 Uhr. Die großen Ladengeschäfte schließen aber meistens schon um 8 Uhr.

Wie man die Eisenbahnunfälle verhindert. Die königliche Eisenbahndirektion Köln hat eine Verfügung ergehen lassen, wonach auf der ohneht überlasteten Strecke Troisdorf-Niederlahrsheim-Koblenz der Dienst der Streckenlokalstationen, die eine große Verantwortung tragen, von zehn auf zwölf Stunden täglich erhöht worden ist. Der Dienst auf diesen Lokalstationen war vor einigen Jahren, eben wegen der großen Verantwortung der Beamten, von zwölf auf zehn Stunden herabgesetzt worden. Zwölf volle Stunden muß sich nun wieder der Lokwärter auf der genannten Strecke dem Dienst widmen, und zwar ohne Ruhepause. Das Vorgehen der Kölner Eisenbahndirektion ist unerhört ansehnlich der bekannten Thatsache, daß ein großer Teil der Eisenbahnunfälle durch die Ueberlastung der Beamten verursacht wird.

Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß. Vor etwa einem Jahre veranstalteten die Mitglieder der Dresdener Jahrsliste der Bädergenossenschaft eine Erhebung über die Zustände in den Dresdener Bädern. Es kamen hierbei zum Teil abshneuliche Schweinereien zu Tage. Da die socialdemokratischen Zeitungen einiges aus der Erhebung veröffentlichten, sah sich die Bäder-Jnning genötigt, etwas zu thun. Sie lud die Gewerkschaftsvorstandenden zur Vernehmung und Rechtfertigung vor, da diese aber nicht kamen, ließ man die peinliche Sache auf sich beruhen. Jetzt bekam der Dresdener Stadtrat von der Regierung die Weisung, sich mit den Dresdener Bädern-Büh-ständen zu befassen. Der Stadtrat arbeitete Bestimmungen über die Reinlichkeit in den Bädern aus und legte sie am vorigen Donnerstag den Dresdener Stadtverordneten vor. Der Bericht erstatter, der antisemitische Stadtv. Vorstandsdirektor G. I. H., teilte mit, die Bäder-Jnning habe die sanitären Bestimmungen als selbstverständlich bezeichnet, auch die Bäder-Jnning habe sich im Princip einverstanden erklärt. Kaufmann Uhlmann empfand den Erlaß dieser Bäder-Ordnung peinlich, weil dadurch die irrige Meinung aufkommen könnte, daß die Dresdener Bäder reinlich und sauber wären. Die Privatbäder seien sicherlich ebenso sauber wie Konsumvereins-Bäder.

In diesem Stadium der Verhandlung griff der nationalsoziale Stadtv. Dr. Scheven ein. Er bemerkte, es genüge doch nicht, daß solche sanitären Bestimmungen beschlossen würden und auf dem Papier ständen, man müsse auch für ihre Befolgung sorgen. Er schlug deshalb vor, die Hochfahrtpolizei mit der Bädern-Kontrolle zu beauftragen. Bisher sollten die Polizisten an der Konsumvereins-Bäder studieren, wie ein Musterbetrieb aussehe.

Nun aber ging der Spektakel los. Eine ganze Reihe von Handwerkemeistern geseien sich in Ausfällen gegen Dr. Scheven und den Konsumverein. Sie erklärten, man dürfe den Bädernmeistern kein solches Mißtrauensvotum erteilen. Nicht der Polizei, sondern ausschließlich der Jnning selbst siehe die Kontrolle zu. Der Antrag Schevens wurde überhaupt nicht zur Abstimmung gebracht.

Welche Erfolge haben also die Dresdener Bäderegehilfen mit ihrer satirischen Arbeit erreicht? Sie haben die Jnning, die Regierung und den Stadtrat in Bewegung gesetzt. Es sind sanitäre Bestimmungen für Dresden erlassen worden, die Ausführung der Bestimmungen wird aber dem Belieben der Meister überlassen. Es bleibt also alles beim alten.

Gerichts-Zeitung.

Der Unglücksfall, dem Frau Professor Anna Schulzen v. Aften von der königlichen Hochschule für Kunst zum Opfer gefallen, beschäftigte gestern die Ferienkammer des Landgerichts II. Wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Erfolge war der Kraftdroschenführer Otto Burt angeklagt. Der schwere Unfall, der ihm zur Last gelegt wurde, ereignete sich am 21. März d. J. Der Angeklagte war Aufseher bei dem Fuhrherrn Loubach und fuhr am 21. März abends eine diesem gehörige Automobilmaschine. Kurz vor 10 Uhr nahm er hier in der Friedrichstraße eine Dame als Fahrgast auf, welche nach Charlottenburg gefahren sein wollte. Er fuhr durch die Hlygistrabe über die Corneliusstraße nach dem Kurfürstendamme zunächst auf der rechten Seite des Straßenbammes. Auf derselben Seite fuhr in gleicher Fahrtrichtung vor dem Angeklagten ein elektrischer Straßenbahnwagen. Dieser hielt in der Nähe des Einganges des Zoologischen Gartens an, um neue Fahrgäste aufzunehmen. Der Angeklagte, dessen Automobil sich in kurzer Entfernung hinter dem Straßenbahnwagen befand, bog nun noch links ab, um zwischen letzterem und dem Bürgersteige vorbeizufahren. Der Straßenbahnwagen hatte sich aber inzwischen wieder in Bewegung gesetzt und aus der entgegengekehrten Richtung kam von der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche her ein andrer Straßenbahnwagen, auf welchen vor dem Hause Kurfürstendamme 245 mehrere Personen, darunter Frau Professor Schulzen v. Aften, warteten. In dem Augenblick, als letztere sich auf den Straßenbamm begab, machte der Angeklagte eine Wendung nach links, so daß sein Automobil dicht an den linken Bürgersteig heran- und direkt auf Frau Schulzen v. Aften losfuhr. Die unglückliche Frau wurde ungerissen und die Räder gingen über sie hinweg. Auch ein Herr, der an der Haltestelle wartete, wurde von dem Automobilwagen gegen den rechten Hüften gestoßen. Frau Schulzen v. Aften wurde einige Schritte mit fortgeschleift und erlitt sehr schwere Verletzungen, insbesondere mehrere Rippenbrüche und einen Bruch des linken Beines. Sie ist infolge dieser Verletzungen am 25. März gestorben. Der Angeklagte hat von Anfang an bestritten, den Unglücksfall verschuldet zu haben und bestritt dies auch im gestrigen Termin. Er behauptete, daß er, als der Straßenbahnwagen hielt, auch habe halten wollen, daß ihm dies aber nicht möglich gewesen sei, da die Fußbremse des Automobils versagt habe und er den Wagen nicht habe zum Stehen bringen können. Deshalb sei er nach links eingebogen, um um den Straßenbahnwagen herum zu fahren. Die Handbremse habe er nicht benutzen können, da der Kraftschlüssel vorgerückt war. Er habe alles gethan, um im kritischen Moment ein Unglück zu verhüten, habe die Kraft abgestellt und außerdem laute Warnungssignale gegeben und die Warnlichter durch Jucuse gewarnt. Von Augenzeugen war dieser Darstellung widersprochen worden, außerdem hatte der Angeklagte sich in seinen Angaben über das angebliche Versagen der Fußbremse selbst widersprochen, die Staatsanwaltschaft hielt die letztere Behauptung für eine leere Ausrede, sie warf ihm vor, daß er in unzulässiger Weise auf der linken Seite gefahren sei, überdies eine zu schnelle Ganganart inne gehalten und durch sein ganzes Verhalten nach dem Unglück sein Schuldbewußtsein bekundet habe. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwindt hatte im Vorverfahren eine Augenzeugenabnahme des verhängnisvollen Automobils auf dem Hofe des Kriminalgerichtsgebäudes stattgefunden. Ein Gutachten des Civilingenieurs Jechlin ging dahin, daß der Unfall auf einen Konstruktionsfehler des Wagens zurückzuführen sei, für welchen der Angeklagte nicht verantwortlich gemacht werden könne, und auch der von der Verteidigung angerufene Ingenieur Altman gab sein Gutachten dahin ab, daß hier in der That ein dem Angeklagten nicht zur Last zu legendes Vergehen der Bremse vorgelegen zu haben scheine und daß der Angeklagte bei der ganzen Situation den Verluh habe machen müssen, links um den Straßenbahnwagen herumzukommen, da im andren Falle noch größeres Unglück hätte eintreten können. Auf Grund einer umfangreichen Beweisaufnahme, in welcher die Erörterung technischer Fragen einen breiten Raum einnahm, beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Troßdem die Gutachten der Sachverständigen nicht gerade zu Ungunsten des Angeklagten gelauret hätten, sei er doch der Ansicht, daß eine grobe Fahrlässigkeit vorliege. Der Fall habe wegen der Persönlichkeits der Verletzten großes Aufsehen erregt. Den Automobilisten müsse klar gemacht werden, daß das Publikum sich nicht nach ihnen zu richten habe, sondern umgekehrt. Aus diesen Gründen beantrage er die hohe Strafe. Der Verteidiger, A. A. Dr. Schwind, trat für Freisprechung des Angeklagten ein, der so gehandelt habe, wie es unter den obwaltenden Umständen Verunft und Logik geboten. Dieser Anschauung trat der Gerichtshof bei, es wurde ein freisprechendes Urteil gefällt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Nizza, 15. September. (W. G.) Die Aufforderung der französischen Mittelmeer-Gesellschaft an ihre Angestellten, sich der italienischen Gesellschaft für die Dauer des Ausstandes zur Verfügung zu stellen, ist von diesen einstimmig abgelehnt worden.

Belgrad, 15. September. (W. G.) Der Oberrechnungschof übermittelte dem Velgrader Berichte den Akt, durch welchen das Gericht aufgefordert wird, es müsse über das Vermögen der beiden letzten und des jetzigen Finanzministers die Secquester verhängen, weil dieselben den Pensionsfonds um hohe Beträge überschritten hätten.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dresden, den 14. September.

Schluss der Montags-Sitzung.

(Da bei Beginn des Drucks der gestrigen Nummer der Schluss des Berichtes über die Montags-Sitzung noch nicht eingetroffen war, folgt er hier nach.)

Stadtthogen.

Ich bin bis zu einem gewissen Grade mit dem Vorschläge des Parteivorstandes nicht einverstanden, weil mir dieser Vorschlag lange nicht weit genug geht. Aber es kommt hier nicht auf die Form an. Wenn wir den Vorschlag des Vorstandes acceptieren, so ist das das allermindeste, was wir im Interesse unserer Partei verlangen müssen. Die Notwendigkeit, darüber ein klares Wort zu sprechen, ist bewiesen durch die Ausführungen Edmund Fischers und Heinrich Brauns. Nach dem von Pfannkuch verlesenen Schriftwechsel muß man sagen: es giebt wohl innerhalb der bürgerlichen Parteien nirgends ein Schriftstück, das so sehr einen klaren Sachverhalt auf den Kopf zu stellen versucht wie jenes, in dem dem Vorstand vorgeworfen wird, er habe mitten in den Wahlkampf in so unerhörter Weise eingegriffen, er habe die Art eines bürgerlichen Ministeriums angenommen, auf die eigentliche Beschwerde nicht zu antworten, und in dem schließlich behauptet wird, die Meinungsfreiheit werde unterbunden. Das ist das Unerhörteste, was man sich denken kann. Dagegen schreibt man für ein Organ wie die „Zukunft“, in dem die Partei auf das geschäftigste beschimpft wird, ein Organ, das nicht nur für jeden Socialdemokraten, sondern für jeden anständigen Mann verächtlich ist, ein Organ, das herumlungert auf den Vorhöfen irgend einer Stelle, wo man glaubt, irgend etwas Sensationelles ergattern zu können und das vielleicht auch hin und wieder zu irgend einem Parteigenossen Beziehungen sucht. Für ein solches verächtliches Organ aber schreibt man Artikel, die weder als socialdemokratisch noch als moralisch, sondern als abgründlich bezeichnet werden müssen. Genosse Bernbard ist ja wohl ein organisierter Genosse, ob Braum es ist, weiß ich nicht. (Zuruf Brauns.) Er sagte, er sei 25 Jahre in der Partei. Ich habe verschiedentlich in denselben Wahlkreisen gewohnt wie er. Dort war er nicht organisiert (Hört! Hört!), ob er es jetzt ist, weiß ich nicht. Sie sagen, Sie seien 25 Jahre in der Partei. Sie hätten einmal Untersuchungshaft gehabt (Lachen), ein andermal an einem Souper teilgenommen, das Sie nicht bezahlt haben (Große Heiterkeit). — Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Sie daran erinnere, daß Sie bezüglich Ihrer Parteithätigkeit in den weitesten Kreisen unbekannt sind, freilich nicht bezüglich Ihrer Person, die man ja sieht, so oft Sie vorgeführt werden. (Große Heiterkeit.) Die „Neue Zeit“ hat das, was gesagt werden mußte, in der liebenswürdigsten, gelindesten Weise gesagt. Wenn demgegenüber die Beschwerde eingereicht ist, so ist das ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, wie er schwerer in der Partei noch nicht vorgekommen ist. Sie machen es wie die Reaktionen, die, indem sie sagen, sie wollten die Freiheit schützen, die Freiheit unterdrücken. In demselben Augenblick, wo Sie uns verhindern wollen, Ihre Dummheiten, Ihre gegen das Programm, den Takt, gegen den Fortbestand der socialdemokratischen Parteibewegung verstoßende Handlungsweise niedriger zu hängen, sagen Sie: das darf in der „Neuen Zeit“ nicht gesagt werden; wir beschwerten uns! Wenn der Vorstand dann sagt: „In diesem Ergebnis sind wir gekommen“, dann kommen Sie mit dem höhnenden, hochfahrenden, überhebenden Ton, der in Ihrer Beschwerde angeklagen ist. Es ist auch eine von Ihnen selbst gar nicht geglaubte Einrede, wenn Sie sagen, der Vorstandsbeschluß sei gerade mitten in den Wahlkampf hineingekommen. Mitten in den Wahlkampf hinein ist ja Ihre Beschwerde gekommen! Sollte der Vorstand etwa mit der Veröffentlichung so lange warten, bis es Ihnen genehm war? Ich bedaure nur, daß der Vorstand nicht gleich im März auch Ihre Beschwerde veröffentlicht hat. Dann wären verschiedene Wahlkreise vielleicht doch noch anderer Ansicht über die Persönlichkeit ihrer Kandidaten geworden. Auf Ihr böses Gewissen weist auch die Art und Weise Ihrer Verteidigung hin. Hier kommt erst Braum und nachher, ihm lebhaft sekundierend, wenn auch nicht ganz auf demselben Standpunkt, Edmund Fischer, und zeigt, daß Braum vielleicht eine gewisse Fähigkeit hat, nachträgliche Detektivarbeit zu verrichten (Sehr gut!), aber doch so, daß man seinen Mittelungen gegenüber außerordentlich vorsichtig sein muß. Was seine Beschwerde gegen Wehring anlangt, soweit es Thatsachen sind, so wählte ich keinen einzigen Genossen, der es verstehen könnte, wie man einem Genossen, der sich so schwer zur socialdemokratischen Ueberzeugung durargearbeitet hat, aus seiner früheren Ueberzeugung einen Strich zu ziehen versuchen kann. Es ist der Reiz auf die geistigen Fähigkeiten des andren, der sie immer und immer wieder zu ihrem Vorgehen gegen Wehring veranlaßt! Es ist auch unklar, daß Wehring die Sache ins Rollen gebracht habe. Dieselbe Frage ist bereits früher angeknüpft worden in dem Falle des Genossen Bernbard. Es handelte sich damals in Berlin darum, ob Bernbard, der an der „Morgenpost“ oder an der „Welt am Montag“ Handelsredakteur war und auch für die „Zukunft“ schrieb, als Agitator verwendet werden könne. Die Agitationskommission war einstimmig der Ansicht, daß unmöglich jemand Agitator sein könne, der an einer feindlichen Zeitung thätig sei, sei es die „Morgenpost“, die „Zukunft“ oder der „Lokal-Anzeiger“ oder die „Woche“, die alle unter den Vorstandsbeschluß fallen; es sind genau ebenso schmutzige Blätter, die auf die Verdummung der großen Menge hinarbeiten und sich hier und da auch einmal einen Socialdemokraten gegen Geld kapern, damit es ein bißchen interessanter ausseht. Nein, das ist eine Arbeit, die, mit klarem Bewußtsein unternommen, mindestens an Parteiverrat grenzt und die uns unter allen Umständen abhalten muß, einem solchen Genossen einen Vertrauensposten zu geben.

Kun wird gefragt: Was wollt Ihr denn? Seid doch froh, wenn wir in so blühenden Blättern wie in der „Zukunft“, in denen so laudsgemeine Artikel gegen die Socialdemokratie stehen und deren einziger Charakter in der Konsequenz der Reaktion liegt, socialdemokratische Artikel schreiben; dadurch bekommen nicht-socialdemokratische Leser auch einmal etwas von einem Socialdemokraten zu lesen. Ich habe Bernbard bereits bei einer früheren Zusammenkunft mehrerer Genossen darauf hingewiesen, daß er sich darin täuscht. Es werden schon Zweifel hervorgehoben durch persönliche Zusammenkünfte etwa zwischen Harden, über dessen Charaktermängel kaum bei einem anständigen Menschen ein Zweifel bestehen kann, und irgend einem Genossen. Es kommt da ein Artikel der „Zukunft“ vom 6. Dezember vorigen Jahres in Betracht, der während der Polkampagne geschrieben worden ist. Ein Mann, der oft socialdemokratisch gestimmt hat, den ich aber nicht zu den Genossen rechne, weil er nicht organisiert war, der aber wohl im großen ganzen socialdemokratische Empfindung hat, sagte zu mir: „Ich habe da neulich Harden in einer Weinrunde zusammen gesehen mit Bollmar. Ich sagte: „Kun, sie werden ein Glas Wein zusammen getrunken haben.“ — „Nein, das nicht allein.“ — Mit Bezug auf den betreffenden Artikel der „Zukunft“ fragte mich der Mann: „Ist denn bei Ihnen so ein Streit zwischen Veibel und Bollmar?“ In dem betreffenden Artikel wurde in der bekannten reaktionären Art gegen unsre Verleumdung des Polltarifs vorgegangen. Da heißt es: „Die Hauptschuld trägt der alte Herr Veibel.“ So war früher immer von dem „alten“ Liebknecht die Rede, der nicht mehr zurechnungsfähig sein sollte. Der Artikel fährt fort: In Lübeck hatte er auf dem Parteitage gesagt, wenn er König wäre, hätte er dem Verfasser des Tarifs mit Fußtritt die Thür gewiesen.

Eine häßliche demokratische Auffassung von den zwischen Herrscher und Helfer wünschenswerten Verhältnissen. Später im Reichstag enthielt er den Ruf, in den er den Entwurf samt dessen Urheber hinabstoßen würde. Er verließ einen Volksaufstand und geberdete sich, als müßte die deutsche Welt untergehen, weil der Kornzoll wieder so hoch werden sollte, wie er bis in die Maintage des Capricidismus gewesen war. Auch ein überzeugter Freihändler müßte eine Tafel tabeln, die mit Prophezeiungen und Brählereien so unvorsichtig vorgeht.“ Das wird von Veibel gesagt. Gleich darauf kommt die Entschuldigung für Bollmar. „Herr v. Bollmar hat gesagt, seine Partei wolle nur hindern, daß in einem sterbenden Reichstag die Entscheidung über den Polltarif falle. Nach den Wahlen werde sie, auch wenn die „Vollstimme“ für den Tarif gesprochen habe, auf jedes Mittel der Obstruktion verzichten. Selbst dieses verständigte aller vorgebrachten Argumente bedürft nur auf den ersten Blick.“ Der betreffende Herr sagte mir: „Das ist doch ein offener Widerspruch: der eine wird gelobt, der andre getadelt.“ Ich erwiderte: „Haben Sie denn nicht in den Zeitungen gelesen, daß Bollmar ebenfalls vorgeworfen worden ist, er habe gepöhl, daß dieser Vorwurf sich sonst überall gegen die ganze Socialdemokratie richtete?“ Er meinte trotzdem, er verstände die Sache doch nicht, worauf ich noch hinzufügte: „Glauben Sie doch nicht, daß da irgendwie eingewirkt worden ist; vielleicht, daß Harden etwas hat hören wollen. Das ist die Art und Weise, mit der Sie nicht-socialistische Kreise gewinnen zu können glauben. Nein, es werden immer nur zwei verschiedene Richtungen gegeneinander ausgepielt. Ich halte es übrigens für die größte Ehre, auf die hundertförmigste, gemeinste Weise verdingt zu werden von Männern wie Wittkowski-Garden, und ich bedauere, daß es Menschen giebt, die es sich heinade zur Ehre anrechnen, von solchen Menschen gelobt zu werden. Bezüglich der „Morgenpost“ ist gesagt, Bernbard sei dort nur Handelsredakteur. Glaubt denn Bernbard, wir wählten nicht, daß die Beziehungen zwischen dem Handels- und dem politischen Teil die allerengsten sind? Sie (zu Bernbard) sind engagiert worden, um diesem Blatte, einer Art zweiten „Lokal-Anzeiger“, eine Fülle zu geben. Sie sind es nicht allein; eine ganze Reihe von Genossen veröffentlicht dort unter ihrem Namen Artikel. Ich verstehe nicht, wie Sie die Zumutung stellen können, man solle Männer, die an gegnerischen Blättern redaktionelle oder sonstige Stellen einnehmen, in Vertrauensposten berufen können. (Veibel: Wie soll man Vertrauen zu Ihnen haben?) Glauben Sie wirklich, daß eine Mehrzahl von Praktikanten sich finden würde, die solchen Genossen gegenüber vertrauliche Dinge offenbarte: Männern, die in ständiger Fühlung mit der feindlichen Presse stehen? Oder umgekehrt: Glauben Sie, in der konservativen Partei würde jemand als Abgeordneter gewählt werden, der Handelsredakteur oder sonst etwas des „Vorwärts“ wäre? Soviel Hochachtung aber die andren Parteien vor sich haben, so viel sollten wir Socialdemokraten und allermindestens zutrauen. Es ist geradezu eine Infamie, der Socialdemokratie zuzutrauen, daß sie mit Redakteuren feindlicher oder der Verdummung dienender Blätter zusammenarbeiten soll. Braum hat mich durch die Art und Weise seines Vortrages, durch die erregten Entgegnungen auf nicht gefasene Zwischenrufe an die Thore Hundert erinnert. (Heiterkeit.) Ich habe bei ihm nur den Hosenknopf vernimmt. (Große Heiterkeit.) Nicht einen Hosenknopf haben Sie zur Erhärtung Ihrer Beschwerden über die Einschränkung der Meinungsfreiheit vorgebracht können. Hier soll offenbar unter dem Vorwand, der Meinungsfreiheit eine Gasse zu bahnen, die Meinungsfreiheit in der Partei unterdrückt werden zu Gunsten derer, die sich bürgerlichen Parteien annähern wollen. Das sind diejenigen, die glauben, die Revisionisten zu sein, sie sind aber nur die Genossinnten der bürgerlichen Parteien. Genosse Braum sprach von Spaltung, man kann aber „Spalten“ in verschiedener Art. Seitens der Regierung wird versucht, zu spalten dadurch, daß man nur einer bestimmten Klasse von Arbeitern Konzessionen macht. Die Gegner können durch Geld oder Lobeserhebungen Spaltungen verjagen. Wenn die sogenannten „Revisionisten“ immer wieder in der bürgerlichen Presse als die geistigen Größen gepriesen, die andren dagegen als ausgeprochene Dummköpfe bezeichnet werden, so ist leider auch einigen Parteigenossen der Rest von Eitelkeit noch nicht so weit geschwunden, daß sie sich dadurch nicht einsaugen ließen. (Sehr richtig!) In der „Zukunft“ hat Bernbard übrigens keine Artikel über den Handel, sondern politische Artikel geschrieben. Bei der „Welt am Montag“ war er früher hin und wieder einmal gezwungen, selbst verantwortlich zu zeichnen. So hat er verantwortlich gezeichnet die Nummer vom 14. Oktober 1901, worin es von Birchow heißt: „Wir, die wir mit ihm nach wie vor unerschütterlich auf dem Standpunkte stehen, daß nur der Liberalismus im alten, echten Sinne die Welt erlösen kann, wir, die mit ihm die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der heute noch herrschenden socialistischen Erwartungen teilen, wir können seine Stellung wohl verstehen.“ (Bernbard ruft: Der Artikel ist von Dr. Franz Oppenheimer unterzeichnet!) Ja, Sie haben diesen Artikel des Dr. Oppenheimer verantwortlich vertreten, weil Sie zeichnen mußten aus Anlaß einer Erklärung, die notwendig geworden war wegen eines früheren Artikels, den Sie ebenfalls in der „Welt am Montag“ abgelagert hatten und den Ihnen kein socialdemokratisches Blatt hätte abnehmen dürfen, wegen seines rein persönlichen Charakters. Man sieht also, sie kommen früher oder später in die Verlegenheit, entgegen den Parteiprinzipien handeln zu müssen. Sie mußten verantwortlich zeichnen, weil von Ihnen in der Nummer eine Erklärung stand, durch die Sie veranlassen wollten, daß Sie angeklagt würden wegen des „Gemeindefumpf“-Artikels. So stimmt es doch? In der „Welt am Montag“ standen dann die Artikel von „Hello“, d. i. Herr v. Gerlach — ich weiß nicht, wo er jetzt steckt. (Heiterkeit.) Erst war er christlich-social, wurde dann National-social, dann beinahe Mitglied der freisinnigen Vereinigung. (Heiterkeit.) Nun, solche Wandlungen werse ich niemand vor, aber in diesen Artikeln wurde fortwährend auf eine Reihe von Genossen herumgeschimpft, so auf den Zeugnisschöpfungsmann im Gegenjah zu Heine. Heine ist natürlich immer der Cavalier (Heiterkeit) und während Hoffmann seine ganze Bedeutung der volkreichverblödeten Schundliteratur verdanken sollte, die in seinem Verlag erscheint. Heine und Vernstein werden gelobt. Alle andren sind ganz dumme Kerle. Daß Herr v. Gerlach mich besonders ins Herz geschlossen hat und meint, ich wolle die Meinungsfreiheit wie ein Papst unterdrücken, hat mich sehr gefreut. Ich hätte ein Lob von jener Seite sehr unangenehm empfunden. Hier wurde also immer auseinander gelobt; ich weiß nicht, ob der eine oder andre Artikel von Ihnen geschrieben ist (zu Bernbard), ich traue es Ihnen zu. Wenn aber die Genossen draußen hören, Heine sei mit Bernbard bekannt, so müssen sie sich doch sagen, daß eine ganze Reihe intimer Dinge durch solche Beziehungen bekannt werden können. — Ich habe objektiv dargelegt, daß solche Genossen keine Vertrauensstellungen bekleiden dürfen. Viele Wahlkreise würden Bernbard den Stuhl vor die Thür gesetzt haben. Aber das verlangt nicht einmal der Parteivorstand. Seine Entscheidung bedeutet das mindeste, um die innere Spaltung zu vermeiden, das heißt das fortwährende Gineinander in unsre bessere Suppe. Solchen Duffbüßern muß einmal deutlich erklärt werden, daß ihr Benehmen gegen die Parteilehre verstoßt. Deshalb bitte ich dringend, diesen Vorstandsbeschluß anzunehmen. (Größe!) Der heute von Pfannkuch verlesene Brief muß selbst den Vertrauenswürdigsten überzeugen, daß jene etwas ganz andres wollen, als was die Socialdemokratie bisher wollte: Sie sind eins mit der „Zukunft“, der „Morgenpost“ und was sonst an volkreichverblödeten „Unparteilichkeit“ und gegenübersteht. Sie haben selbst erklärt, daß sie die Moral mit dem doppelten Boden

haben; dem dümmen Volke gegenüber soll gethan werden, als ob wir alles für richtig erachteten — (Zuruf Bernbard) ich nehme an, daß der Artikel so bekannt ist, daß Sie (zu Bernbard) froh sein sollten, wenn ich ihn hier nicht verlese. Verlesen Sie ihn doch wirklich! — Für den einzelnen aber gilt die Jesuitenmoral: der Zweck heiligt das Mittel. Das wird dort in eifrigster Weise als das Wesen der socialdemokratischen Taktik hingestellt. So etwas wollen und dürfen wir uns nicht gefallen lassen! (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Diskussion vertagt. Singer: Genosse Victor Adler hat zu einer persönlichen Erklärung uns Wort gebeten, da Braum in seinem Vortrag ihn mit Namen erwähnt hat. Wir sind es unfrem lieben Gast schuldig, ihm die Möglichkeit zu geben, das zu erklären, was er für notwendig hält. (Allseitige Zustimmung.)

Victor Adler:

Ich bedauere es außerordentlich, in dieser Diskussion das Wort nehmen zu müssen, da aber Braum mich aufgerufen hat, so muß ich sprechen, zumal es sich um eine Sache handelt, die in Dörfreich passiert ist. Liebknecht hat wirklich in der „Fadel“ eine Reihe Artikel veröffentlicht, die uns unangenehm waren; es handelte sich nicht allein um den Drehsch- Prozeß, sondern es war auch ein Artikel über die Obstruktion dabei. Aber ich bin es Liebknecht schuldig, die Kraft des gegen ihn erhobenen Vorwurfs abzumildern. Eine so schwere Schädigung, wie Braum sie von diesen Artikeln für die österreichische Partei behauptet hat, war es nicht. Die „Fadel“ ist einfach eines jener Blätter, wie die „Zukunft“, die auf Originalitätshaferei und Sensation kasieren und die unter dem Vorzeichen, socialistische Ueberzeugungen in bürgerlichen Kreisen verbreiten zu wollen, thätig sind ihre Ware unter socialistischer Marke in Arbeiterkreise und uns nahestehende Kreise zu bringen hoffen. Es haben für die „Fadel“ — wir konnten es nicht hindern, es werden uns aber die Vorgänge in Deutschland zur Warnung dienen — österreichische Parteigenossen mit ihrem vollen Namen geschrieben. Liebknecht konnte also meinen, wir hätten gegen dieses Organ keinen Anstand. (Hört! Hört!) Man braucht also Liebknecht nicht so schwer damit zu belassen. Ich erlaube mir hinzuzufügen: Wenn selbst ein Mann wie Liebknecht einen Fehler begehen konnte, so ist es wohl nicht notwendig, auf den Schluss hinzuweisen, der sich für mich und für Dörfreich daraus ergibt. Wenn selbst Liebknecht fehlen konnte, so scheint das für uns kein Argument dafür zu sein, daß eine Regel nicht aufzustellen sei. (Sehr richtig!)

Singer teilt mit, daß Genosse Jensen aus Kopenhagen, der von der dortigen Gemeindeverwaltung zu den Verhandlungen des Städtetages delegiert war, seine Begrüßung des Parteitage schriftlich fixiert hat, da er Dresden bereits wieder hat verlassen müssen. Außerdem sind wieder eine große Anzahl Begrüßungstelegramme eingegangen, darunter von den Dubapeter revolutionär-socialistischen Studenten, von der Leitung der socialdemokratischen Partei Ungarns, der norwegischen socialdemokratischen Arbeiterpartei und der Vertretung der Socialdemokratie Russisch-Polens und Litauens.

Schluss der Sitzung 7 Uhr abends.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 15. September. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr und begrüßt den inzwischen erschienenen Genossen Dr. Studer, Schweizerischen Nationalrat, Vertreter der Schweizer socialdemokratischen Partei. Studer: Schweiz: Parteigenossen! Da sie bereits mitten in Ihren Verhandlungen stehen, will ich Sie nicht lange aufhalten; aber die herzlichsten Grüsse und aufrichtigsten Wünsche für Ihre Tagung möchte ich Ihnen im Namen der Schweizer socialdemokratischen Partei übermitteln. Aus dem Fernbleiben von Schweizer Vertretern von Ihren letzten Parteitagen könnten Sie vielleicht schließen, daß wir in der Schweiz kein Interesse an Ihrer Arbeit nähmen. Um diese Ansicht nicht aufkommen zu lassen, hat mich die Schweizerische Parteileitung hierher entsandt, und es freut mich, gerade in Dresden, der Hauptstadt Sachsens, das Sie bei den letzten Reichstagswahlen so glänzend erobert haben, Sie begrüßen zu können. Wir in der Schweiz haben Ihren Wahlkampf mit der größten Spannung verfolgt, als ob es unser eigener Kampf gewesen wäre. Diese Wahlen waren für uns ein höchwichtiges Ereignis, einmal vom internationalen Standpunkt aus. Denn wo haben wir größere Aussicht, daß unsre Forderungen verwirklicht werden können, wo haben wir eine sicherere Friedensgarantie gegenüber dem Militarismus und den enormen Rüstungen, als in den drei Millionen socialdemokratischen Stimmen Deutschlands? Ihr Wahlsieg hatte aber auch unmittelbare Bedeutung für unsre Schweizer Genossen. Der Einfluß der socialdemokratischen Bewegung Deutschlands auf unsre Parteiverhältnisse ist viel größer als auf andre Länder. Hat sich doch ein großer Teil der deutschen Arbeiterbewegung auf Schweizer Boden abgepielt und ist doch umgekehrt die Schweizer Arbeiterbewegung in ihren Anfängen ein Teil der deutschen gewesen. In der Schweiz haben hervorragende deutsche Socialdemokraten gelebt; das Centralorgan hat während der Zeit des Socialistengesetzes bei uns eine Zukunft gefunden und der „Socialdemokrat“ ist in vielen tausend Exemplaren über die Grenze nach Deutschland gebracht worden. In der Schweiz macht ja die Socialdemokratie nur langsam Fortschritte, aber wir wollen in gleichem Schritt und Tritt mit Ihnen als gute Kameraden für die gemeinsamen Ziele kämpfen. (Beifall.) Wir haben erst sieben Abgeordnete, Sie sieben Duzend, und diese sieben Duzend werden uns nicht schlafen lassen. Es geht auch bei uns vorwärts und wir werden, wie ich hoffe, immer mehr brauchbare Vertreter der internationalen Socialdemokratie werden. (Lebhafter Beifall.)

Singer verliest eine Reihe von Glückwunschtelegrammen, u. a. von 2000 in Brinn bei einer Versammlung für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht versammelten Arbeiter und dem allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland. Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission

Grünwald - Hamburg: Es sind 336 Teilnehmer am Parteitage vorhanden, darunter 290, die Mandate von Genossen in Händen haben, und 56, die als Reichstags- Abgeordnete, Kontrolleure, Mitglieder der Redaktion des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, kurz auf Grund des Organisationsstatuts das Recht zur Teilnahme haben. Die Genossin Lily Braum läßt sich entschuldigen; sie ist durch Krankheit eines Kindes am Erscheinen vorläufig verhindert. Der Kommission lagen verschiedene Proteste vor. Ein Protest aus Düsseldorf verlangt, daß die Mandate der Genossen Grimpe und Krenjer für ungültig erklärt werden. In Düsseldorf sind zwei Strömungen vorhanden; es giebt dort ein lebhaftes Parteigezühl. Der Protest mocht geltend, daß die beiden Delegierten in einer Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins gewählt worden seien und nicht in einer allgemeinen Parteiverammlung, zu der auch die Parteigenossen Zutritt gehabt hätten, die, ohne Mitglieder des Wahlvereins zu sein, doch für die Partei thätig sind und Sammelbüchsen vertreiben. Am 17. August 1903 ist in Düsseldorf beschlossen worden, den Zutritt zu Parteiverfassungen allen denen zu gestatten, die Gelder zu Parteizwecken sammeln oder eine agitatorische Thätigkeit entfalten. Ein späterer Beschluß hat das dahin abgeändert, daß nur organisierte Mitglieder des socialdemokratischen Vereins und solche Genossen, die durch den Besitz von Parteibüchern nachweisen, daß sie zahlende Mitglieder sind, Zutritt zu den Parteiverfassungen haben sollen. Die Mandatsprüfungs-Kommission hat den Düsseldorfer Protest zurückgewiesen. (Glück des Vorsitzenden.)

Singer: Im Interesse der Abklärung dürfte es sich empfehlen, zuerst über die unangefochtenen Mandate abzustimmen und dann über die Proteste im einzelnen zu verhandeln und abzustimmen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.
380 Mandate sind unangekündigt.
Sie werden einstimmig für gültig erklärt.
Grünwald-Hamburg: Die Kommission beantragt, die Mandate für Grimpe und Streimer für gültig zu erklären, da sie durchaus richtig zu stande gekommen sind. Die Organisation ist allein maßgebend.
Der Parteitag erklärt hierauf die Düsseldorf Mandate für gültig.
Grünwald: Ein zweiter Protest liegt aus Bosen vor gegen die Wahl des Genossen Gogotowski und der Genossin Luxemburg als Delegierte, weil sie in einer Versammlung gewählt worden sind, zu der nicht alle Genossen geladen waren. Die Kommission beantragt, beide Mandate für gültig zu erklären, da es bei den eigenartigen Verhältnissen in Bosen nicht möglich war, die Wahl anders zu vollziehen.
Der Parteitag erklärt die beiden Mandate für gültig.

Grünwald: Genossen aus Danzig protestieren gegen die Wahl des Genossen Schwarz, der im Besitze von zwei Mandaten ist, das eine für den Wahlkreis Graudenz-Strahburg, das zweite für den Wahlkreis Thorn. Die Kommission beantragt, das Mandat für Graudenz für ungültig zu erklären, weil es von Leuten herrührt, die zur Ausstellung eines Mandats nicht berechtigt waren. Schwarz erklärt, daß später noch eine Versammlung im Kreise stattgefunden habe und daß dort seine Wahl in ordentlicher Weise vollzogen worden sei. Hierfür fehlt aber noch der Nachweis; wird er erbracht, so könnte später noch das Mandat für Graudenz für gültig erklärt werden. — Das Mandat für Thorn hat die Kommission für gültig erklärt, obgleich auch hier gewisse Bedenken vorliegen.
Der Parteitag erklärt hierauf das Mandat des Genossen Schwarz für Graudenz für ungültig, für Thorn aber für gültig.

Grünwald: Weiter lag ein Protest vor gegen das Mandat der Genossin Jung vom Niederbarnimer Kreise. Die Kommission beantragt, dies Mandat für gültig zu erklären, spricht aber den Wunsch aus, daß die Frauen mehr mit der Organisation der Männer Hand in Hand arbeiten und von dem Rechte, selbständig Delegierte auf den Parteitag zu schicken, nicht in rigoroser Weise Gebrauch machen möchten.
Freywald-Niederbarnim: Die Genossen in Niederbarnim haben das Mandat der Genossin Jung angefochten, weil die Art und Weise, wie es zu stande gekommen ist, bisher nicht üblich war. Das Mandat ist nur von einem Bezirksführer unterschrieben und die zusammengepfloppelte Versammlung war nicht als Kreisversammlung zu bezeichnen. Wenn das in Zukunft so weiter geht, dann können ja aus den 120 Orten unseres Kreises vielleicht 120 weibliche Delegierte hervorkommen. (Heiterkeit.) In Anbetracht der wirklich schwachen Organisation der Frauen in unserem Kreise will ich mich aber dem Antrage der Kommission anschließen in der Hoffnung, daß in Zukunft solche Proteste nicht mehr nötig sind.

Frau Jhrer: Wir haben nichts anderes gethan, als daß wir uns auf den Boden der uns durch das Organisationsstatut der Partei verliehenen Rechte gestellt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ueber diesen Rahmen sind wir nicht hinausgegangen. Die Genossen von Niederbarnim sollen nicht denken, daß die Frauen nur zur Arbeit gut sind, von der Repräsentation aber ausgeschlossen bleiben müßten. Da im Niederbarnimer Kreise keine Frau als Delegierte vorgeschlagen wurde, hatten wir das gute Recht, zu wählen. Was den Besuch der Versammlung betrifft, in der Genossin Jung gewählt wurde, so wird Freywald ja wissen, daß die Männer-Versammlungen auch nicht besser besucht sind. Die Anfechtung ist so kleinlich, daß die Kommission ohne weiteres das Mandat für gültig erklärt hat. Ich bitte Sie, das Gleiche zu thun. (Beifall.)

Der Parteitag erklärt das Mandat der Genossin Jung für gültig.

Grünwald: Der Kommission war ein Mandat des Genossen Bernhard aus Breslau-Land unterbreitet. Das Mandat ist so zu stande gekommen, daß 21 Unterschriften in Breslau-Land gesammelt worden sind, die der Vertrauensmann abgeleitet hat. Die Wortwiederholung ist beigelegt, daß in Breslau-Land kein Versammlungslokal sei, wo die Wahl hätte vorgenommen werden können. Die Kommission hat festgestellt, daß in Neumarkt im Kreise Breslau-Land eine eigne Organisation der Parteigenossen besteht und daß dort die Versammlung hätte abgehalten werden können. Aber abgesehen davon: Breslau-Land liegt um Breslau rum. (Große Heiterkeit.) Was ich eben gesagt habe, bezweifle Sie doch nicht. (Erneute Heiterkeit.) Auf dem Lande um Breslau herum haben die Genossen kein Versammlungslokal, während der Wahlzeit gingen sie nach Breslau und hielten dort eine Versammlung ab. Das wäre auch jetzt möglich gewesen, wenn man einen Delegierten nach dem Parteitag schicken wollte. Die Kommission rügt, wie solche Wahlen gemacht werden; sie sieht die Wahl für gemacht, für nicht mit Recht zu stande gekommen an und beantragt die Wahl für ungültig zu erklären.

Löbe-Dreslau: Die Anfechtung des Bernhardischen Mandats geht mit erwünschter Gelegenheit, auch dem Genossen Hoffmann-Berlin zu antworten, der gestern schon auf dieses Mandat angespielt hat. Der Sachverhalt ist folgender: Vor zwei Wochen traf ein Brief an den Genossen Drubns ein, worin Bernhard sagte: Ich interessiere mich außerordentlich für diesen Parteitag, weil die Mitarbeiterfrage auf ihm erörtert wird. Ich möchte Gelegenheit haben, mich auf dem Parteitage persönlich zu verteidigen. Im zweiten Wahlkreis in Berlin bin ich bei der Delegation mit 113 gegen 190 Stimmen unterlegen. — So etwa lautete der Brief. Genosse Drubns war im Gefängnis, und die Redaktion nahm von dem Schreiben Kenntnis. In Breslau war die Delegiertenwahl bereits gewesen. Da am folgenden Sonntag die Genossen im Landkreise Breslau zusammenkamen, trat ein Mitglied der Redaktion die Sache ihnen vor und fragte sie, ob sie Lust hätten, dem Genossen Bernhard eine Vertretung seiner Angelegenheit vor dem Parteitage zu ermöglichen. Mit der Frage der Mitarbeit haben wir uns nicht beschäftigt. Die Strömungen berührten uns nicht, wir wollten nur Bernhard die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. (Zuruf: Das ist auf jedem Parteitag auch ohne Mandat möglich gewesen.) Die Genossen in Breslau-Land haben eine lose Organisation mit einem Vertrauensmann an der Spitze. Erst kurz vor der Wahl haben die Genossen in Neumarkt einen Wahlverein gegründet, der 70 Mitglieder hat. Uebrigens habe ich eben einen Brief von dem Vertrauensmann aus Neumarkt erhalten, worin es heißt: Hierdurch zur Mitteilung, daß sich noch gestern circa 50 Genossen mit der Uebergabe des Mandats an Bernhard einverstanden erklärt haben. Gleichzeitig wird der Wunsch nach Einführung einheitlicher Mitgliedskarten geäußert. Ich erkenne das Monitum wegen der Richtabhaltung einer Versammlung als richtig an. Das Mandat ist auf legalen Wege zu stande gekommen. Wird Bernhard sowieso zu seiner Verteidigung zugelassen, so ist sein Mandat erledigt.

Hoffmann-Berlin: Löbe hat am besten gegen die Gültigkeit des Bernhardischen Mandats gesprochen. Jedenfalls haben wir alle Ursache, mit dieser Art Mandatsmacherei aufzuräumen. (Lebhafte Zustimmung.) Derartige Mandatsmacherei ist sehr bedenklich, besonders wenn man erklärt, den Genossen Bernhard gar nicht gekannt zu haben.

Edmund Fischer-Sachsen: Derartige Mandate sind im Laufe der letzten Jahre sehr viel ausgegeben worden. Ich habe es immer abgelehnt, jemand ein Mandat zu verschaffen, der erklärte, er wolle auf eigne Kosten zum Parteitag gehen. Ich bin auch einverstanden, daß in Zukunft solche Mandate strikte abgelehnt werden. Wenn Sie aber mit Bernhard anfangen, dann setzen Sie sich mit vollem Rechte dem Vorwurf aus, daß Sie aus dem Grunde jetzt so vorgehen, weil es sich um Bernhard handelt. (Lebhafte Widerspruch.)

Singer: Ich muß es zurückweisen, wenn Mitgliedern des Parteitages andere Motive untergeschoben werden, als sie selber anführen. Ich bitte für die Folge derartige zu unterlassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Löbe-Dreslau: Ich wollte noch hinzufügen, daß Bernhard doch nicht so unbeliebt war. Er hat in Berlin, in Dresden, in Leipzig als Referent gesprochen.

Wels-Berlin: Die Mandatsprüfungs-Kommission ging von dem Grundsatze aus, daß die Zusammenfassung des Parteitages auch der Würde der Partei entsprechen muß. Genosse Hermann Berner von Berlin II hat mir mitgeteilt, daß Bernhard, als er dort durchgefallen war, erklärt hat: Ich ein Mandat zum Parteitag ist mir nicht bange. Das kann ich jederzeit haben! (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! Bebel ruft: Parteimoral! Große Heiterkeit.) Ja, das ist wirklich eine merkwürdige Parteimoral, sich durch Vetternschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft ein Mandat zu verschaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hoffmann-Berlin: Es handelt sich bei dem Mandat Bernhards doch nicht bloß darum, daß er sich hier verteidigen soll; er hat damit doch auch bei allen andren Fragen Stimmrecht und kann sich an der Debatte beteiligen. Die Genossen von Breslau-Land wissen ja aber gar nicht, welcher Ansicht Bernhard in den strittigen Parteifragen ist. Vielleicht sind sie gegenteiliger Meinung. Dann aber würde der Wille des Wahlergebnisses verächtlich zum Ausdruck kommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Berner-Berlin: Ich will nicht für mein Mandat sprechen, sondern nur den persönlichen Vorwurf zurückweisen, daß ich mir durch Vetternschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft das Mandat verschafft hätte. Wenn einer in der Partei keine Vetternschaft hat, dann bin ich es. Es wird behauptet, ich hätte gesagt: Ich ein Mandat, darum ist mir nicht bange. Genosse Wels ist falsch unterrichtet. Ich glaube, er meint folgendes: Ich habe seiner Zeit erklärt, daß ich mich um ein Mandat nach Dresden bewerben würde, daß ich es aber für einen Versuch der Organisation hielt, wenn ich mit diesem Wunsche nicht zunächst an meinen Kreis treten würde. Durch eine unglückliche Verleitung der Umstände konnte das erst in der Parteiversammlung geschehen, in der die Delegierten gewählt wurden. Dort habe ich eine große Minorität auf mich vereinigt und bin nur mit 17 Stimmen Differenz unterlegen. Dann habe ich allerdings geglaubt, daß ich mich um ein Mandat in einem Kreise bewerben könnte, von dem ich annahm, daß er mich meinen Wesen und meinen Schriften nach kannte. (Unruhe.)

Singer-Leipzig: Bernhard hat in Leipzig nicht in einer Parteiversammlung, sondern in einer öffentlichen Volksversammlung über Kraft und Kreis gesprochen. Wenn man einmal in einer Volksversammlung gesprochen, hat man nicht die Verechtigung, sich um ein Mandat zu bewerben.

Berner-Berlin II: Wie üblich, haben auch in meinem Kreise die thätigen Genossen eine Vorkonferenz über die Delegation gehabt. Die Vorgesetzten wurden dann von der Versammlung auch gewählt. Bernhard hatte keine Lust, von den thätigen Genossen gewählt zu werden. Er hat sich dann, wie ich vermutete, an unsern Abgeordneten Fischer gewandt mit dem Ersuchen, ihn als Delegierten nach Dresden zu schicken; er sei bereit, die Kosten aus eignen Mitteln zu tragen. (Hört, hört!) Fischer legte uns die Frage vor, wie sich die Genossen dazu stellen würden. Ich erwiderte, die Genossen würden schon aus dem Grunde ablehnen, weil sie es für verwerflich hielten, die Kosten eines Mandats aus eignen Mitteln zu decken. Persönlich hatte ich gegen Bernhard nichts einzuwenden. Wenn er aber gewählt würde, dann würde er mit seinen Anschauungen in Widerspruch zu den Anschauungen der Genossen des zweiten Kreises geraten. Fischer hat Bernhard von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt. In der beschließenden Versammlung war keine Kontrolle, wer Parteimitglied ist. Es haben sich nun ein Teil Genossen eingefunden, die Bernhard vorgeschlagen und für ihn gestimmt haben. Er bekam 130 Stimmen, die übrigen Gewählten 170 bis 178. Die geringe Stimmenzahl erklärt sich dadurch, daß die Versammlung bis nach 1 Uhr gedauert hat und die Hälfte der Teilnehmer vor der Abstimmung gegangen war. Auf dem Mittelwege erklärte mir Bernhard: Trotzdem ich abgelehnt bin, gehe ich doch zum Parteitag; ich werde zu Auer gehen. (Hört! Hört! und Bewegung.) Im Anschluß daran fragte ich Auer: Ist es wahr, daß Auer derartige Mandate vermittelt oder ausstellt? Ich zweifle daran, ich nehme an, daß Bernhard nur renonmiert hat. Ich stelle aber die Frage, damit Auer antworten und verhindern kann, daß ein Verdacht auf ihn fällt. Sonst wären wir gezwungen, bestimmte Anträge zu stellen, damit nicht die Mandate an Reißbilde verkauft werden. (Unruhe und Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Engler-Freiburg damit begründet, daß die letzten Redner sich über die Gültigkeit des Bernhardischen Mandats gar nicht geäußert hätten, und den Bebel damit besänftigt, daß Auer auf jeden Fall sprechen müsse, wird abgelehnt.

Fischer-Dresden: Ich wollte dem Parteitag nicht vorwerfen, daß er nach dem Motto entscheiden würde: hier handelt es sich um Bernhard; jedenfalls wollte ich das nicht sagen. Hervorheben wollte ich nur, daß leicht nach außen hin dieser Eindruck entstehen könnte. Das Mandat Bernhards will ich nicht verteidigen, aber ich erkläre, daß Hoffmann schon auf früheren Parteitagen diese Art Mandate zur Sprache gebracht hat und daß diese Mandate dann für gültig erklärt wurden. Man würde staunen, wenn jetzt aus Animosität anders entschieden würde.

Stalpe-Grünberg: Den Sachsen ist am Sonntag gesagt worden, sie wären viel zu gemüthlich. Die Schlesier aber trifft dieser Vorwurf in viel höherem Maße, sonst wären sie nicht so freundlich gewesen, auf Befehl von Berlin aus Bernhard das Mandat zu geben. Wenn eine Versammlung stattgefunden hätte, würde Bernhard das Mandat gar nicht erteilt worden sein. Denn sie hätten sich gefragt: Warum sollen gerade wir Bernhard das Mandat geben? Es ist ja eine alte Sitte und altbekannte Thatsache, daß auf den Parteitagen Genossen, über die verhandelt wird, das Wort anstandslos erteilt wird, auch wenn sie kein Mandat haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Auer: Einen schwarzen Mann müssen wir immer haben. Augenblicklich scheint mir die Rolle zugeteilt zu sein. Jetzt soll ich bereits auf Mandate vermitteln. Geht hin zum Genossen Auer, der wird Euch schon eins verschaffen! Das ist eine Redensart, die nicht neu ist, wie manches andre nicht neu ist. Ich kann dieser Anschuldigung gegenüber nur erklären, was ich bei früheren ähnlichen Anlässen erklärt habe, daß ich mit Ausnahme eines einzigen Falles innerhalb der nun 24 oder 25 Jahre, wo ich der Parteileitung angehöre die Ehre habe, noch nie ein Mandat vermittelt habe. Der einzige Fall, dessen ich mich bewußt bin, war vor einigen Jahren, wo an mich das Ersuchen gestellt wurde, einer Frau Gelegenheit zu geben, auf dem Parteitage zu erscheinen, und wo ich dem Vertrauensmann meines Wahlkreises den Wunsch der betr. Frau mitteilte und es meinen Genossen im Wahlkreise überließ, ob sie dem Wunsche dieser Frau willfahren wollten oder nicht. Und unter der Bedingung, daß die betr. Frau nach dem Parteitage in meinem Wahlkreise, der ja ein hochindustrieller ist und in dem besonders eine große Zahl von Frauen in der Textilindustrie beschäftigt ist, gehen und dort Versammlungen abhalten sollte — worauf sie einging — haben meine Wähler der betr. Frau ein Mandat zum Parteitage ausgestellt. Das ist der einzige Fall in meinem Leben, wo durch meine Vermittelung ein Parteitagmandat zu stande gekommen ist. In diesem speciellen Fall bin ich besonders überreicht, daß ein derartiges Gerücht entstehen konnte, denn das genaue Gegenteil von dem, was hier Werner als in Berlin verbreitetes Gerücht zum besten gegeben hat, ist die Wahrheit. (Bernhard: Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, daß ich direkt oder indirekt oder in einer vielleicht denkbaren Form mich für die Delegation des Genossen Bernhard ausgesprochen habe. Wie ist der Sachverhalt? Ich war in der betreffenden Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises, zu dem ich gehöre, als die Delegiertenwahl vorgenommen wurde. Wie es meine Gewohnheit ist, mich an all diesen Dingen persönlich nicht zu beteiligen, habe ich mich auch in dieser Versammlung neutral verhalten und diese Neutralität soweit durchgeführt, daß ich mich außer Abstimmung gar nicht beteiligt habe. Ich kann offen gestehen, daß ich überrascht war über die große Minorität, die für Bernhard stimmte. Den Genossen Bernhard kannte ich überhaupt nicht, aber doch nicht näher; denn ich war während der letzten Zeit sieben Monate von Berlin abwesend, verhindert durch meinen körperlichen Zustand. Von all den Dingen, die sich in der Zeit abspielten, weiß ich fast so gut wie nichts. Dann kam am andern Tage oder am zweiten Tage darauf Genosse Bernhard zu Auer nach der Kreuzbergstraße. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Adresse Auer in der Kreuzbergstraße die Firma ist für den Partei-

vorstand. Auer ist dort nicht allein und handelt dort nicht allein und als Privatperson, und persönlich kann ich nicht die Verantwortung übernehmen für alles, was dort möglicherweise vorgeht. Aber in diesem Falle kann ich es. Denn die Verhandlungen des Genossen Bernhard fanden nicht mit dem Genossen Auer statt, sondern mit Auer, Gerlich und Pfannsch, also den drei Vorstandsbeamten, die bis jetzt wenigstens in der Kreuzbergstraße wohnten. Als in diesen Verhandlungen Genosse Bernhard mit dem Wunsche nach einem Mandat an uns herantrat, war ich es vor allem, der ihm sagte: Wieder Genosse Bernhard, thun Sie das nicht! (Bernhard: Sehr richtig!) Wenn Sie nach dem Parteitage wollen, gehen Sie hin als Privatperson, als Genosse. Ihrem Zutritt steht nicht das Geringste im Wege, und wenn Sie bei bestimmten Gelegenheiten in den Kreis der Diskussion gezogen werden, wenn Ihr Name genannt werden sollte, dann haben Sie das Recht, das Wort zu erteilen, und der Parteitag wird sich nicht einen Augenblick bedenken, Ihnen, wenn Sie angegriffen sind, das Wort zu verstaten. (Sehr richtig!) Ich führte weiter aus: Es ist ganz falsch, wenn Sie versuchen, irgendwo ein Mandat zu erhalten; Sie schädigen dadurch direkt Ihre Position dem Parteitage gegenüber. Denn sowie Sie als Delegierter erscheinen, wird es von gewisser Seite her gegen Sie heißen: „Ach, jetzt da, der Bernhard hat auch ein Mandat! Ach, nun ja, man weiß, wie solche Mandate zu stande kommen!“ (Bebel: Leider!) Es ist ganz richtig, Genosse Bebel... (Bebel: Zu diesem Falle, leider!) Ich bin lange genug in der Partei, um das zu wissen und Du weißt das so gut wie ich. Aber ich lehne den Vorwurf ab, daß ich mich derartig jemals irgendwo vergangen habe. Diesen Rat habe ich Bernhard gegeben; also das gerade Gegenteil von dem, was behauptet wurde, ist wahr. Genosse Gerlich hat Bernhard genau dasselbe gesagt; ich glaube, auch Genosse Pfannsch war anwesend.

So stehen die Dinge. Ich kenne Bernhard weiter gar nicht, wer ist Bernhard? Ich habe die ganze Kanonade gegen ihn als eine Kanonade gegen Spägen von der ersten Stunde an beobachtet, als ich erfuhr, daß etwas derartiges im Gange war. Ich halte die ganze Diskussion um den Namen Bernhard für sehr überflüssig. Aber sie ist da, aber nicht als Ausfluß der Bernhardischen Thätigkeit, sondern sie geht aus ganz andren Motiven und Stimmungen hervor. (Sehr richtig!) Die mir wohl bekannt sind, die mich aber weiter nicht rühren. So sind die Thatsachen. Wenn von Berlin aus, wie behauptet wurde, die Delegation von Bernhard angeregt worden ist, dann geschah das jedenfalls nicht von uns. Nicht ein Federstrich ist von uns gemacht worden, von den andren Vorstandsmitgliedern, soweit ich unterrichtet bin, ebenso wenig. Ich kann also auch dies Gerücht wieder in die Rubrik jener Gerüchte einreihen, die durch die ganze Partei gehen und die das Ergebnis einer nun seit Jahren fortgeführten — um mich kurz auszudrücken — Hege sind. (Zustimmung.) Ich begegne dieser Hege ganz ruhig damit, daß ich ehrlich und offen erkläre: Ich habe mit der Sache nichts zu thun. (Beifall.)

Berner-Berlin: Ich erkläre, daß sich die Angelegenheit ganz genau so verhält, wie Auer sagt; ich glaube sogar, daß er seine Worte teilweise wörtlich citiert hat. Wenn ich diesen Rat nicht befolgt habe, so thut mir das jetzt leid, nicht um meinetwillen, sondern weil dadurch Auer gezwungen wurde, sich gegen einen so schmähligen Verdacht zu verteidigen.

Hoffmann-Rosow: Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß solche Sachen immer auf das persönliche Gebiet hinübergespielt werden. Es handelt sich hier nicht um die Person Bernhards — er ist uns als Person vollständig lust —, sondern darum, zu verhindern, daß auf solche Weise Mandate zu stande kommen. Es ist das ein ganz vereinzelt bestehender Fall; daß es anständig ist, auf solche Weise sich ein Mandat zu verschaffen, wage ich zu bezweifeln. Die Diskussion wird hierauf mit großer Mehrheit geschlossen.

Personlich bemerkt
Berner-Berlin: Ich habe zu erklären, daß nicht ich oder die Genossen des zweiten Berliner Wahlkreises den Verdacht gegen den Genossen Auer ausgesprochen haben, sondern Genosse Bernhard. Nach der Erklärung Auers werden wir uns zufrieden geben.

Berner-Berlin (persönlich): Ich habe zu der Enttuschung dieses Verdachts nicht den geringsten Anlaß gegeben. Ich habe gesagt: Ich gehe zu Auer, und ich thut das, um mich bei dem Vorstand zu erkundigen, ob es statthat ist, eventuell an jemand wegen eines Mandates zu schreiben. (Lachen.)

Das Schlußwort hat

Grünwald: Die Person Bernhards war der Kommission gleichgültig. Die nachträgliche Zustimmung, von der Löbe sprach, kann uns auch nicht ausreichen erscheinen, um das Mandat zu rechtfertigen. Die Kommission ging im übrigen ebenfalls von der Ansicht aus, daß der Parteitag in dieser Sache Bernhard das Wort verstaten werde.

Das Mandat Bernhards wird mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Singer: Ich will bei der Gelegenheit erklären, daß auch ich es als selbstverständlich betrachte, daß in dieser Diskussion dem Genossen Bernhard das Wort gemährt wird. (Zustimmung.)

Das Mandat des Genossen Huhn-Kassel, gegen das nachträglich Protest eingelegt worden war, weil die Wahl nicht in einer allgemeinen, sondern in einer Vereinsversammlung vorgenommen ist, wird auf Antrag der Kommission für gültig erklärt; desgleichen das inzwischen eingelaufene unangekündigte Mandat des Genossen Dr. Georg Wagner in Danau. Weiter einlaufende Mandate sollen der Kommission überwiesen werden.

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein. Die Diskussion über den Punkt „Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern“ wird fortgesetzt. Der inzwischen hierzu eingegangene Antrag 120 wird mit zur Debatte gestellt.

Ulrich-Offenbach:

Die Frage der Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Blättern ist nicht neu, wir haben früher von Fall zu Fall dazu Stellung genommen. Diesmal ist die Debatte hervorgerufen durch das, was einige Genossen in gegnerischen Blättern veröffentlicht haben. Man spricht allerdings von einer parteilosen Presse, aber ich halte diese für viel gefährlicher als die gegnerische. (Sehr richtig!) Wenn es sich bloß um ein Litteratengezänk handelte, bräuchten wir uns nicht damit zu befassen, aber es handelt sich nicht um ein Litteratengezänk, sondern um eine Unsitte, die sich herausgebildet hat. (Sehr richtig!) Gestern sind zwei Fragen in die Debatte gekommen, einmal die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern und zweitens ist schmutzige Wäsche hier gewaschen worden.

Die Frage, ob es möglich ist, daß Genossen an Blättern mitarbeiten, die die Partei verdächtigen und beleidigen, muß ich entschieden verneinen, eine solche Thätigkeit ist gefährlich und forumpierend. (Sehr wahr!) Man sagt sich, wenn ein solcher Genosse mit seinem Namen ein Blatt verantwortl. zeichnet: Was, der Mann ist Socialdemokrat und läßt es sich gefallen, daß in dem Blatt, für das er zeichnet, die socialdemokratischen Principien in so ungläublicher Weise verhöhrt und verlästert werden? (Sehr richtig!) Das ist eine Moral mit doppeltem Boden. Mit Recht wird gesagt, daß damit eine Gefährdungslage groß gezogen wird, die weder innerhalb der Partei noch nach außen hin einen guten Eindruck machen kann. Gegen diese Art der Beschäftigung der Parteigenossen müssen wir uns entschieden verhalten.

Was den zweiten Teil der Debatte anlangt, so war er eine Fortsetzung von Diskussionen und Polemiken, die in verschiedenen Parteiorganen während des ganzen abgelaufenen Jahres und schon früher stattgefunden haben. Eigentlich tragen die Berufsleute der Partei mit Schuld daran, daß wir die gestrigen Scenen erlebt haben. Wie aber die Dinge jetzt liegen, müssen wir eine Entscheidung treffen. Ich behaupte es stets, wenn irgend ein junger Abemiler, ein Doktor, den man in der Partei noch gar nicht kennt, irgendwo als Kandidat aufgestellt wird. Das bedeutet einen Mangel an Selbstbewußtsein der Genossen. (Zustimmung.) Jene, die solche Leute aufstellen, kennen vielfach ihren Charakter gar nicht, wissen nicht, ob ihre Vergangenheit Garantien dafür bietet, ob der Mann derjenige ist, für den man ihn gehalten hat. Das, Genossen, ist es, was wir im Auge

halten und monach wir unsere Entscheidung treffen müssen. Der Parteivorstand sucht den Mühseligkeiten, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet haben — denn es ist falsch, daß erst im letzten Jahre solche Zustände hervorgerufen sind — beizukommen durch seinen Ihnen unterbreiteten Vorschlag. Ich glaube nicht, daß durch die Mühseligkeiten beseitigt werden, ich fürchte, wir werden uns damit noch öfter beschäftigen müssen und hätte deshalb lieber eine schärfere Fassung gewünscht, durch die wirklich das erreicht wird, was der Parteivorstand zu erreichen für notwendig hält. Ich habe mir alle Vorschläge daraufhin durchgesehen, aber höchstens der Antrag 16 hat vielleicht eine schärfere, präzisere Form. So außerordentlich viel Wert lege ich allerdings darauf, ob wir den Antrag 7 oder den Antrag 16 annehmen, nicht. Es kommt darauf an, daß dem Parteivorstand Gelegenheit gegeben wird, das Aufsichtsratsrecht über die Presse in wirksamer Weise auszuüben. Insofern sollten wir meiner Meinung nach dem Antrag 16 den Vorzug geben. Ich will mich auf die Einzelheiten nicht einlassen, ich will nicht die geistigen Debatten fortsetzen. Die Soupergeschichte wäre besser nicht erzählt worden. Sie stand gar nicht im Zusammenhang mit der Sache. Warum wirft man solche Dinge in die Öffentlichkeit, über die die Gegner allerlei Variationen natürlich nicht unterlassen werden? Unser alter, bewährter Genosse wird manchmal mit schwerem Mißton gelohnt; wir haben alle Ursache, uns gegen das Eindringen von Leuten zu wehren, deren Charakter wir nicht kennen. (Sehr richtig!)

Man hat scherzweise gesagt, man wolle eine Zeit lang warten mit der Verteidigung von Akademikern zu Vertrauensposten. Aber die meisten Parteigenossen warten eben damit nicht, sie nehmen solche Leute zu Kandidaten, weil sie glauben, mit ihnen mehr Stimmen zu bekommen usw. Ich erinnere nur an unseren alten Freund Wegner (Sehr richtig!), der zu den verdienstvollsten der Partei gehört und der während des Sozialistengesetzes mit in der vordersten Reihe gestanden hat. Gegen ihn haben Dinge hinter den Kulissen gespielt, die geradezu unverantwortlich waren. Ähnliches erleben wir häufig in anderen Kreisen; (Auf: Feus!) altbewährte Genossen, die von der Pile auf gedient haben, werden beiseite gesetzt (Webel: Sehr wahr!) wegen außerordentlich fraglichen Vertrieben, deren Charakter man nicht kennt. Das muß einmal gründlich ausgesprochen werden. Solche Leute können unter Umständen besser reden, als die bewährten Genossen, wenn aber die Sache ernst wird, so stellen sie nicht ihren Namen. Es wird ja unvermeidlich sein, bei der Vicepräsidenten-Frage noch einmal auf die Befragung der höchsten Vertrauensposten der Partei zurückzukommen. Wir müssen dahin wirken, daß der Parteivorstand die Möglichkeit hat, solche Genossen, deren Charakter unbekannt und schwach ist, von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Natürlich je größer die Partei wird, desto schwerer wird es sein, alle parteigenösslichen Verräter bei uns zu beschäftigen. Dagegen, daß sie sich wo anders ihr Brot suchen, ist nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß sie in die vordersten Reihen gestellt werden. (Sehr richtig!) Diese Zweifeln - Theorie ist unmöglich (Sehr wahr!), man kann nicht auf der einen Seite Sozialdemokrat sein, auf der anderen Seite ein Blatt verantwortlich zeichnen, das uns angreift. (Sehr richtig!) Offen gesagt, sehe ich das als Gefühlssache an, ich begreife nicht, wie jemand, der Sozialdemokrat sein will, Artikel zeichnen kann, in denen wir angegriffen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Aus Achtung vor sich selbst (Sehr richtig!), aus Loyalität (Sehr richtig!) sollte man so etwas unterlassen. Will jemand ein solches Blatt zeichnen, so mag er es thun, aber nicht als Parteigenosse. (Zustimmung.) Es ist gar nicht abzusehen, wozu solche Zustände führen sollen. Wenn die Kontrollen mit Stimmengleichheit den Ausschluß Verholts abgelehnt haben, so ist das schon ein Beweis dafür, daß wir es nicht bloß mit einer Taktlosigkeit zu thun haben, sondern daß man das Gefühl hatte, daß hier eine direkte Schädigung der Partei vorlag, gegen die wir uns wehren müssen. (Sehr richtig!) Nehmen wir deshalb den Antrag 16 an, zum mindesten aber die Resolution des Parteivorstandes. Ich glaube ja nicht, daß dadurch die Mühseligkeiten beseitigt werden, im Gegenteil, wir werden dadurch zu neuen Konflikten kommen, aber immerhin bedeutet diese Resolution doch einen Anfang. Es wird sich ja zeigen, inwieweit dieses Instrument geeignet und brauchbar ist, um Borgagne a la Verhold und Bernhard zu verreiben. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Quard-Frankfurt a. M.:

Einen wie traurigen Eindruck muß doch die gestrige Debatte auf die Zuhörer gemacht haben! Nach dem Dreimillonenstief hatten wir nichts anderes zu thun, als die unglaublichen Ungleichlichkeiten von Heinrich Braun und anderen anzuhören. (Sehr richtig!) Wenn irgend jemand diese Debatte gründlich verfahren hat, so war es Heinrich Braun. (Sehr richtig!) Ich unterbreite noch nicht einmal das, was die Genossin Zellin, der ich im übrigen beipflichte, über den Sturm im Glase Wasser gesagt hat; nein, es handelt sich nicht einmal um einen Sturm im Glase Wasser, sondern um viel weniger, um eine Berliner Pfütze, möchte ich beinahe sagen. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Arbeiter in Mitteldeutschland, in Süddeutschland und Westdeutschland kümmern sich, soweit ich das übersehen kann, so wenig darum, daß sie die Angelegenheit nicht einmal der Erörterung in einer einfachen Parteiverammlung für wert halten. (Sehr richtig!), geschweige denn, daß man es für möglich gehalten hätte, daß diese Frage hier in dieser Art den Beginn unserer Verhandlungen nach dem glänzenden Erfolg vom 16. Juni bilden könnte. (Sehr wahr!) Das Wort vom Litteratengezänf trifft mindestens der Form nach zu. Ich möchte sagen, es ist ein elendes Berliner Litteratengezänf, dem man aus dem übrigen Deutschland nichts Ähnliches an die Seite stellen kann. Was Kautsky gestern zur Kennzeichnung der Braunischen Volemil gesagt hat, ist ja richtig, aber auch noch nicht scharf genug. Er meint, der Junk erinnere an Majestätsbeleidigungsanzeigen, die feindselige Nachbarn nach Jahren einbringen. Unlautere Wünsche will ich dem Genossen nicht vorwerfen, aber die Sache ist schlimmer, sie erinnert an die berüchtigte Polizei-Aufsicht, man geht einem Genossen, der einmal Fehler begangen hat, nach bis in seine ersten Lebensjahre. Ähnlich wie die Polizei, so kommen auch hier die Genossen mit längst veralteten Dingen. (Sehr richtig!) Daß man einen solchen Weg einschlägt, hätte ich allerdings nicht für möglich gehalten, gerade von der Seite, von der es geschieht ist. Daß man nicht scharf genug Stellung gegen die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse nehmen kann, darin sind wir in unsrer großen Mehrheit einig, und daß wir die Analogien mit früheren Fällen auszuklammeln haben, ergibt sich schon daraus, daß wir jetzt unter ganz anderen Verhältnissen leben als in jener Zeit. Wenn auf die Mitarbeiterschaft von Kautsky und Liebkecht an bürgerlichen Blättern Bezug genommen wird, so übersehen wir, daß damals Ausnahmeverhältnisse bestanden, und man versteht, daß heute auch die liberale Presse nur das Spiegelbild der Reaktion ist. (Sehr richtig!) Braun sagte: Wir müssen uns der gegnerischen Presse bedienen, aber wir dürfen ihr nicht dienen. Wenn ich mich aber in den Sold einer gegnerischen Wachstorgeneration gebe, so bediene ich mich nicht ihrer, sondern ich diene ihr. (Webel: Sehr richtig!) Deswegen trifft auch der Vergleich mit Reden von Parteigenossen in gegnerischen Versammlungen nicht zu. Was die „Zukunft“ anlangt, so begreife ich nicht einmal, wie ein bürgerlicher Liberaler, geschweige denn ein Sozialdemokrat, an diesem Organ mitarbeiten kann. Als Garden die „Zukunft“ begründete, bekam auch ich eine Aufforderung zur Mitarbeit. Ich schrieb Garden ganz einfach zurück: „So lange Sie Stiefelkeder von Bismarck sind, bedanke ich mich für die Mitarbeiterschaft!“ (Heiterkeit und lebhaft Zustimmung.) Ich habe darauf nie eine Antwort von Garden erhalten, auch keine erwartet. (Heiterkeit.)

Es läßt bei dieser ganzen Frage auch eine unbegreifliche Ueberschätzung der bürgerlichen Presse mit unter. Wenn Braun seine Meinung, daß die „Frankfurter Zeitung“ das beste deutsche Blatt sei, einmal in einer Frankfurter Parteiverammlung wiederholen wollte, so würde er wohl eine sehr wenig höfliche Antwort bekommen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Auch ich würde kein Bedenken tragen, die „Frankfurter Zeitung“ unter uns Journalisten technisch als eine gut organisierte bürgerliche Zeitung zu bezeichnen. Sachlich aber ist die „Frankfurter Zeitung“ aufs eifrigste bestrebt, mit einer Verständnislosigkeit sondergleichen das Auseinanderleben der Sozialdemokratie zu betreiben (Sehr richtig!), ganz geschweige von der unsäglich gewöhnlichen Haltung, die die „Frankfurter Zeitung“ in den Frankfurter sozialistischen Lokalangelegenheiten ein-

nimmt. Wir in Frankfurt haben es auch als einen Schlag ins Gesicht empfunden, daß zur Zeit der belgischen Revolution Vandervelde sich dazu hergab, zwei Heftketten in der „Frankfurter Zeitung“ über diese Bewegung zu veröffentlichen.

Noch ein Wort über die Frage der Akademiker. Wenn gesagt wird, die Akademiker wollen Karriere machen, so gehören doch dazu zwei: der Akademiker, der sich hinstellen läßt, und die Genossen, die ihn hinstellen. Es muß doch wohl gesagt werden, daß letztere vielfach noch einer demokratischen Erziehung bedürftig sind. (Sehr gut!) Wenn ein Sozialdemokrat bei uns von vornherein auftritt mit großen Artikeln: „Wie ich Sozialdemokrat wurde“ (Sehr gut!) oder wenn er gleich seine ganze Lebensgeschichte veröffentlicht und mit dieser Präsentation zu uns kommt, so ist für mich eigentlich der Fall von vornherein erledigt. (Sehr richtig!) Ein Akademiker, der zu uns kommt, hat sich zunächst ganz still in Reih und Glied zu stellen und in den schwierigeren Positionen mitzulämpfen. (Bravo!) Hier ist sogar der Parteivorstand von gewissen Unterlassungsünden nicht freizusprechen. Warum giebt er solchen Leuten nicht mehr Gelegenheit zu Arbeitsstellen statt zu Ehrenstellen? Warum fordern die Parteigenossen solche Akademiker nicht auf, allerlei notwendige literarische Parteiarbeiten zu machen? Es magte zum Beispiel einen eigentümlichen Eindruck, wenn Pfamusch sagte, sie hätten Rot gehabt, Manuscript für die Wahlflugblätter zu bekommen. Ei der Tausend! Warum giebt man nicht den Leuten, die so zu uns stehen, in dieser Richtung zu arbeiten? (Heiterkeit und Sehr gut!) Warum hat man nicht z. B. einen Genossen sämtliche Kommunalprogramme unsrer Parteigenossenschaften in ganz Deutschland zusammenstellen lassen? Die Art und Weise, wie der Vorstand die Sache erledigen will, gefällt mir allerdings auch nicht. Diese Kaufschulparagrafen, die er formuliert hat, sind vor dem demokratischen Prinzip absolut nicht haltbar. Es ist ganz behäblich, was „gehäßige und hässliche Kritik“ ist. Bei der Formulierung dieser Paragrafen scheint dem Vorstande die bewährte Kraft des Genossen Auer gefehlt zu haben. Wenn Pfamusch mit einem gewissen Stolz den Brief Calwers erwähnt hat, so frage ich doch: Hat etwa Calwer damit den Vorstand ein wenig frozeln wollen? (Heiterkeit.) Der Partei-Schriftsteller muß sich also beim Vorstande das Placet dafür holen, daß seine Mitarbeit am „Arbeitsmarkt“ nicht anstößig ist! Damit befindet man sich auf einem abschüssigen Wege; man gelangt damit thatsächlich zu einer Art Inquisition und einer Index-Liste. Uebrigens sehe ich den Jaströwischen Unternehmungen gar nicht so gegenüber wie der Parteivorstand; ich halte diese Jaströwischen-Sozialpolitik für eine gefährliche Gesichts, für eine Entmannung und Vertrocknung unsrer Gewerkschaftsbewegung. Mir scheint der Antrag Verlin II weit den Vorzug zu verdienen vor dem Antrag Bremen und vor der Resolution des Parteivorstandes. Warum hat man sich in Berlin beschränkt zu sagen: Der Genosse kann nicht länger Referent sein? Warum haben die Genossen ihn nicht vor ihr Forum gefordert und die Sache gleich dort erledigt? Dann hätten wir den ganzen Anstich hier in Dresden nicht gehabt; es wäre dann höchstens eine Beschwerde übrig geblieben. Der neu eingegangene Antrag, der eine zweijährige Karenzzeit für Akademiker fordert, ist ja direkter Unfug; aber der Parteivorstand hat mit seinen Kaufschulbestimmungen bis zu einem gewissen Grade dazu mit Anlaß gegeben. Die ganze Frage ist eine Frage des demokratischen Intimits — der von uns nicht von oben herab gepflegt werden kann, sondern von unten herauf. Aufgerichtete neue Gesetze haben nur einen vorübergehenden Erfolg und verwirren nur die Sache. Ich bitte um Annahme des Antrages Verlin II vorbehaltlich redaktioneller Änderungen.

Zubeil-Berlin:

Genosse Quard sprach von einer Berliner Pfütze. Er wird aber doch wissen, daß diese Frage nicht eine Berliner Frage ist, es handelt sich nicht um Bernhard und Braun, sondern um ein Symptom, um eine Strömung, die seit Jahren schon darauf ausgeht, die Partei von dem traditionellen Boden, auf dem sie ihre großen Erfolge errungen hat, abzubringen, sie zu einer bürgerlichen Reformpartei zu machen. (Sehr wahr!) Es ist unsere Pflicht, rechtzeitig unsere Stimme zu erheben und die Gefahr abzuwenden, bevor es zu spät ist. (Sehr richtig!) Daß es sich nicht nur um eine Berliner Pfütze handelt, beweisen die vielen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands gestellten Anträge. Die Antragsteller waten doch nicht alle in der Berliner Pfütze herum. (Heiterkeit.) Wenn Quard die Annahme des Antrages Verlin II empfiehlt, so beweist er damit, daß er die Entstehungsgeschichte des Antrages nicht kennt. (Sehr richtig!) Dieser Antrag mühte in Wirklichkeit Antrag Bernhard heißen. (Sehr wahr!) Wenn der Antrag Verlin II angenommen würde, so würde damit der Boden für das Geschaffen sein, was wir in erster Linie bekämpfen. (Sehr richtig!) Es kommt dabei nur auf den Einfluß an, den bestimmte Parteigenossen in einer Organisation einnehmen. Das haben wir ja selbst in Berlin erlebt. Deshalb muß der Antrag aufs äußerste bekämpft werden. Die Parteigenossen Berlins sind weit entfernt, die Meinungsfreiheit beschränken zu wollen. Es kommt nur darauf an, auf welchem Plage man die Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nimmt. In welche Aufregung ist doch Edmund Fischer sowohl in seinem „Armen Teufel“ als gestern hier über den Genossen Mehring geraten! In der „Münchener Post“ erschien im vorigen Jahre ein Artikel über den Münchener Parteitag; in diesem Artikel kam die „Neue Zeit“ sehr schlecht weg, sie wurde außerordentlich heruntergerissen. Nur mit der Mitarbeit Mehrings an der „Neuen Zeit“ wurde eine Ausnahme gemacht (Hört! hört!), es wurde gesagt, seine Artikel machten die „Neue Zeit“ schmuckhaft. Das schrieb die „Münchener Post“, an der die hervorragendsten Genossen mitarbeiten und der auch Vollmar nicht fern steht. Im vorigen Jahre war die Vergangenheit Mehrings vergessen, ich kann nicht annehmen, daß Vollmar seine Vergangenheit nicht kannte. Eigenartig ist es, daß Braun Mehring in die Partei bringt und sich dann hierher stellt und sagt, er habe ihn nicht gekannt. Auf Vollmar dürfte das doch nicht zutreffen. Ich erinnere ferner daran, daß gerade Vollmar es war, der Mehring das beste Material für seine Geschichte der Sozialdemokratie geliefert hat. Da kommt man doch unwillkürlich auf den Gedanken, daß wenn Mehring der von uns bekämpften Richtung angehört, niemand den Spaten genommen hätte, um das auszugraben, was vor 25 Jahren geschehen ist. (Sehr richtig!) Braun giebt an, seit 25 Jahren Parteigenosse zu sein, er muß also auch wissen, daß den Berliner Genossen die Vergangenheit von Mehring bekannt war.

Noch eine Mitiigstellung gegenüber Edmund Fischer über die Fraktionsbildung, die sich mit Bezug beschäftigte. Es ist nicht richtig, daß diese Frage von Heine angeschnitten wurde (Auf: Hat Fischer auch nicht gesagt!), sondern es war Reister, dem erst in der Diskussion Heine und andre beitraten.

Bernhard hätte seinen Artikel in der „Zukunft“ statt „Parteimoral“ lieber „Sozialdemokratische Jesuitenmoral“ überschreiben sollen, dann wäre der Artikel besser gekennzeichnet gewesen. Man muß sich wundern, daß ein Genosse, der in der Bewegung noch nichts geleistet hat, den Mut finden kann, über die Moral der Partei zu schreiben, ein Genosse, der selbst, wie vorher zur Deutlichkeit betwiesen wurde, nicht die geringste Moral im Leibe hat. Bernhard hat den Artikel in Berliner Versammlungen als unschuldig hingestellt. Wenn er ein bißchen Objektivität hätte, so hätte er in dem Flugblatt, das er uns gestern unterbreitet: Dr. Franz Mehring, der Citierkünstler, doch auch seinen Artikel mit abdrucken sollen. (Sehr gut!) So aber ist sein ganzer Artikel nur eine ausgiebige Verteidigung des Redakteurs Garden. (Webel: Sehr richtig!) Dann würden die Delegierten des Parteitages heute vielleicht noch ein andres Verdikt fällen. (Webel: Sehr gut!), als wie in Unkenntnis des Artikels es heute gefällt werden wird.

Man hat so entrüstet über den Ullas des Parteivorstandes, der in so „schmähdlicher“ Weise mitten in den Wahlkampf hineingefallen sei. Ich frage die Delegierten aus allen Kreisen, ob dieser Ullas ihnen auch nur die geringsten Schwierigkeiten in der Agitation bereitet hat. Wenn uns nicht ganz andre Knäpkel zwischen die Beine geworfen worden wären, so wäre der Wahlkampf ein leichterer gewesen. (Heinrich Braun ruft: Es ist unwahr, daß ich die Erklärung „schmähdlich“ genannt habe.) Ihre Mitarbeit an der bürgerlichen Presse (zu Braun) und Ihre nicht allein war es, die uns im Wahlkampf draußen das Leben so sauer gemacht hat. (Sehr richtig!) Und wenn nicht Einhalt geschieht, so wird

das in Zukunft noch schlimmer werden. Rindlich ist die Auffassung Brauns, es sei ganz dasselbe, ob ich in gegnerischen Versammlungen spreche, oder für 10 oder 20000 Leser in gegnerischen Zeitungen schreibe. Man muß sich darüber wundern, daß ein 25 Jahre in der Partei thätig sein wollender Genosse (Heiterkeit) solche Ausführungen machen kann. In gegnerische Versammlungen gehen wir doch nur dann, wenn wir, wie in ländlichen Bezirken, keine Säle erhalten, dann wird versucht, in gegnerische Versammlungen einzubrechen und dort Propaganda für unsere Ideen zu machen. Genosse Braun, glauben Sie, daß Sie durch die Artikel, die auch Sie in der „Zukunft“ ablegen, auch nur einen Gegner zu uns ziehen? Der einzige Erfolg ist, daß solche Artikel von der Landratspresse abgedruckt werden, um zu zeigen, wie Geistes Kinder bei uns führende Rollen einnehmen. Dadurch wird uns der Kampf nur erschwert. (Sehr richtig!) Deshalb dürfen wir nicht pflanzliche Revolutionen fassen, sondern deutlich zeigen, daß für die, die sich nicht unterordnen können, kein Platz bei uns ist. (Sehr richtig!) Es ist schon gesagt, daß es für einen Teil der Genossen nicht darauf ankommt, was sie gethan haben für die Partei, sondern ob sie den Diktortitel besitzen oder wenigstens Schriftsteller sind. Ist das der Fall, dann können sie die höchsten Ehrenstellen in der Partei erhalten. (Sehr richtig!) Dem muß ein Ende gemacht werden. Ein großes Teil Schuld daran trägt der Verlag des Vorwärts.

Singer: Wir können jetzt nicht über die Buchhandlung Vorwärts sprechen. Das gehört zu Punkt IV der Tagesordnung.

Zubeil (fortfahrend): Dann wird die Frage später erörtert werden. Quard wies darauf hin, man könnte die Genossen, die aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommen, zunächst mit Ablassen von Flugblättern beschäftigen. Aber dann könnten wir es erleben, daß wir Flugblätter erhalten, in denen die Christen Gottes nachgedenken wird. (Sehr gut!) Nein, es bleibt nur ein Weg übrig: die Genossen einzureihen in die Reihen der thätigen Genossen, sie zu prüfen. Laßt Euch nicht bestechen durch einige schöne Artikel, sondern prüft, ob die Genossen auch würdig sind. (Zustimmung.) Heute stößt man die Schuster, Schneider und Tischler ab, und die Folge ist, daß das, was abgebaut ist, wieder umgebaut wird und daß wir von vorn anfangen müssen. Die Resolution des Vorstandes beseitigt den jetzigen Zustand nicht, es muß gründliche Arbeit verrichtet werden, damit uns in Zukunft unsere Zeit nicht wieder durch solche Debatten fortgenommen wird. Deshalb stehe ich auf dem Boden der Bremer Resolution. Es ist ein sonderbares Symptom, daß die Gegenseite mit Ausnahme von Braun, sich ausschweigt. (Zuruf: Kommt noch! Edmund Fischer!) Edmund Fischer stand nicht ganz auf dem Boden Brauns, er sprach aus dem Gefühl heraus, aber das muß gesagt werden: Kein Redner, der von unten herauf gebiet hat, könnte so ungeschickt sein wie Braun in seinen geistigen Ausführungen. (Zustimmung.) Ich kam Sie nur bitten, die Bremer Resolution anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Bernhard-Berlin:

Kautsky hat es so dargestellt, als ob es die hergelaufenen Akademiker wären, die in einemfort die Partei dadurch in Verwirrung bringen, daß sie in ihren Ueberzeugungen noch nicht recht fest sind. Würde ich Gewicht darauf legen, so würde ich bestreiten, daß ich den Namen eines Akademikers führen darf, ich könnte mich Ihnen ja als langjährigen Handlungsgehilfen vorstellen. Aber ich nehme den Vorwurf hin. Dagegen muß ich mich gegen einen andern Vorwurf verteidigen; ich konnte nicht aus einer andern Partei zu Euch, sondern es sind Leute hier, die bezeugen können, daß ich seit langen Jahren auf dem Boden der Partei stehe, daß ich niemals einer andern Partei angehört habe und seit einigen Jahren als organisierter Genosse meine Pflicht in vollem Umfange erfüllt habe. (Auf: Um so schlimmer!) Ich will mich durchaus nicht in irgend einer Weise hervorthun, ich habe auch den niedrigsten Parteidienst nicht gescheut und werde das auch ferner thun. Ich bin genau so wie jeder andre mit Flugblättern Trepp auf Trepp ab gelaufen, ich habe im Wahlkampf als Stellvertreter Bezirksführer genau so gearbeitet wie jeder andre.

Auf die Sache selbst übergehend, möchte ich zunächst mit Bezug auf den Artikel über Parteimoral eine Erklärung abgeben, die Ihnen auch sagen wird, weshalb ich darauf verzichtet habe, diesen Artikel im Abdruck dem Parteivorstand vorzulegen. Das, was ich darin sagen wollte, ist weit entfernt von dem, was herausgelesen ist, und ich sage ganz offen: Der Artikel muß wohl sehr ungeschickt gewesen sein, wenn man so etwas herauslesen konnte. Deshalb erkläre ich rund heraus, daß ich auf dem Standpunkt stehe, der Artikel wäre besser nicht geschrieben worden, ich werde einen solchen Artikel nie wieder schreiben. (Bravo! und Gelächter.) Hoffentlich kommt man mir nun nicht wieder mit diesem Artikel. Im übrigen, Genosse Webel, glaube ich nicht, daß Ihnen jemals auf einer Agitation der Artikel vorgehalten ist. (Webel: Nein, nein!) Denn darin hat Auer recht: Wer ist denn Bernhard? Er ist einer von den vielen Soldaten, einer, den man vielleicht in Berlin kennt, der aber sonst ganz unbekannt ist. Diesen Artikel hat man uns in der Agitation nicht zwischen die Beine geworfen. Bei einigen guten Willen wäre es wohl möglich gewesen, sowohl über meinen Artikel als auch über die Frage der Beteiligung von Sozialdemokraten an bürgerlichen Vorkörpern etwas ruhiger zu diskutieren, denn wer den Artikel liest, der weiß, daß es sich darum handelt, Angriffe gegen die Partei abzuwehren. (Lachen.) Man mag das ja lächerlich finden, aber den guten Willen hatte ich, und deshalb wäre wohl eine lokalere Auffassung am Platze. Ich lasse mir gern jede scharfe Jurisdiktion gefallen, aber das eine kann ich, weil ich so lange der Partei angehört, verlangen, daß man mir gegenüber so verfährt, daß man den Artikel wenigstens so wiedergiebt, daß die Genossen sich auch ein Bild darüber machen können. Das ist ja das Gefährliche bei uns. Unfre Leser können in der Regel die Gegenschriften nicht lesen. Handelt es sich nun um von Parteigenossen geschriebene Bücher oder Artikel, so sollte man bei der Kritik wenigstens auch diejenigen Stellen mit abdrucken, die entlastend für den Verfasser wirken können. Aber wie gesagt: den Artikel gebe ich heute aufrichtig und gern preis, und ich freue mich, das hier offen erklären zu können. Nach der Kritik von Mehring in der „Neuen Zeit“ schrieb ich eine kurze Erklärung, in der ich mich lediglich gegen die falsche Darstellung wandte, die man meinem Artikel gab. Ich that das einmal, weil ich in eine Polemik über die Frage der Parteimoral mit Mehring nicht eintreten wollte, dann aber auch, weil ich es für ganz unangebracht hielt, daß ich als junger Genosse jetzt im Wahlkampf eine Sache aufschreie, deren Tragweite ich nicht kannte. Deshalb warf ich die principielle Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht auf. Nun erschien in derselben Nummer der „Neuen Zeit“, in der die Entgegnung von mir stand, der Artikel von Kautsky; und da wurde mir erst klar, daß aus meinem Artikel eine Haupt- und Staatsaktion gemacht werden sollte. Wenn ich darauf nicht erwiderte, so geschah es mit Rücksicht auf die Wahl. Ich habe mich deshalb auch nicht beschwert, weil ich mir sagte: geht die Sache bis zum Parteitag nicht zu Ende, so wirst du dich eben auf dem Parteitag verteidigen müssen. Ich bleibe dabei: es ist aus diesem einen Fall eine Haupt- und Staatsaktion künstlich gemacht worden. Jetzt thut man freilich so, als ob die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern schon lange in Arbeiterkreisen als eine breuende empfunden worden wäre. Wenn Ulrich zum Beweis dafür die Thatfache anführt, daß viele Kreise sich mit der Materie beschäftigt haben, so verzieht er, daß sie sich erst nach der Erklärung des Vorstandes damit beschäftigten. Ich habe bisher stets gefunden, daß gerade die Arbeiter dieser Frage so gegenüberstehen, daß sie eine Entscheidung von Fall zu Fall wünschen, und die Arbeiter sind doch sicher nicht diejenigen, die im gegebenen Fall nicht scharf zugreifen würden.

Als ich mich seiner Zeit organisieren ließ, wandte ich mich an den Vorsitzenden meines Wahlkreises; ich sagte ihm: „Ich bin Arbeiter und Redakteur der „Morgenpost“ und beabsichtige, mich organisieren zu lassen, um meine Zugehörigkeit zur Partei auch äußerlich zu dokumentieren. Finden Sie etwas dabei?“ Er erwiderte: „Absolut nichts. Wenn sonst nichts gegen Ihre Person vorliegt, so können Sie in einem bürgerlichen Geschäft arbeiten wie

Jeder andre auch, vorausgesetzt, daß Sie nicht gegen das Interesse der Partei schreiben." (Lebebour: In welchem Wahlkreise war das?) Im dritten Berliner Wahlkreise. Der betreffende Genosse hat sich, wie ich erst später erfahren habe, sehr genau nach meiner Person erkundigt, und ich nehme an, er hat nichts Nächtliches über mich gehört. Nun hat Stadthagen den Fall der Agitationskommission dargestellt in einer Weise, die den Eindruck erwecken könnte, als ob ich von der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter als Agitator einfach abgelehnt wäre. So liegt die Sache nicht, die Darstellung von Stadthagen ist nicht erschöpfend. Vor etwa zwei Jahren bekam ich von der Agitationskommission die gedruckte Anfrage, ob ich bereit sei, in Parteiveranstaltungen zu sprechen, es sei beabsichtigt, eine Referentenliste herauszugeben. Ich habe es mir sehr überlegt, ob ich zuzugewilligt hätte, ich habe es gethan aus der Erwägung heraus, daß man sonst sagen würde: Aha! das ist doch solch fauler Antonski, sowie er Farbe bekennen soll, ist er nicht Socialdemokrat! (Zuruf: Man scheint Sie in Berlin zu kennen!) Also, ich schrieb zu und nun wurde mir eines Tages mitgeteilt, daß die Kommission mich nicht auf die Referentenliste setzen wollte. Ich sagte mir: dann muß ich aus der Organisation austreten, denn ich kann unmöglich organisierter Genosse sein und mir so etwas gefallen lassen. Ich wandte mich an meine Organisation mit dem Ersuchen, zu entscheiden, ob ich vollberechtigter Genosse bin oder nicht. Es fand eine erweiterte Vorstandssitzung statt und nach langen Beratungen wurde gegen eine Stimme entschieden, daß meine journalistische Betätigung kein Grund sei, mich nicht als vollberechtigten Genossen anzuerkennen. (Webel: Welcher Vorstand?) Der des dritten Wahlkreises. (Stadthagen: Aber nicht die Agitationskommission!) Nein, die Agitationskommission blieb bei ihrem Beschluß. Die Sache hatte aber für mich keine praktische Bedeutung, denn ich wurde nach wie vor aufgefordert, zu referieren, und deshalb sagte ich mir: Wenn Du nicht in der Liste stichst, erparst Du es Dir, jeden Sonntag in die Nachbarschaft von Berlin fahren zu müssen, um zu reden. Ich habe deshalb nichts dagegen unternommen. Wie sich der Wahlvereins-Vorstand dazu verhalten hat, weiß ich nicht. Einige Zeit darauf bezog ich in den zweiten Wahlkreis. Nun erschien in diesem Jahre der Beschluß des Vorstandes, der mich ja wieder zum Genossen 2. Klasse erklärte, oder — um nicht persönlich zu werden — (Webel: Das war nicht persönlich!) also, der alle Genossen in meiner Lage als Genossen 2. Klasse hinstellt. Der Beschluß war unnötig; der Fall Verthold zeigt ja, daß solche Fälle auch schon zur Sprache gebracht werden konnten. Ich will mich übrigens mit Verthold nicht identifizieren; es ist gar keine Frage, daß ein Genosse so nicht handeln darf. Ich hielt den Vorstandsbeschluß aber auch für schädlich, weil er gerade vor den Wahlen erschien; ich habe auch vor den Wahlen keine Schritte dagegen gethan.

Trotz allem Vorgefallenen bin ich aber dann doch während des Wahlkampfes wochenlang Tag für Tag in Berlin und Umgebung auf Agitation gewesen; auch aus Dresden hat man mehrmals an mich telegraphiert, daß ich reden solle, und Genosse Walff hat mich autorisiert zu erklären, daß er dabei im Auftrage des hiesigen Wahlkomitees gehandelt hat. Auch der Genosse Zubeil hat sich diese Agitation in seinem Wahlkreise ruhig gefallen lassen. (Weiterleut: Zubeil: Daran bin ich unschuldig!) Ja, aber wenn ich wirklich ein Mensch bin, der die Partei unterminiert, dann hätten Sie dagegen protestieren müssen.

Daß ich gegen den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ diesen Ton angeschlagen habe, lag daran, daß der Verfasser dieses Artikels Franz Wehring ist. Ich hätte doch gewünscht, daß man zu scharfen Angriffen auf Ethik und Moral von Parteigenossen jemand anders verwendet hätte als den Genossen Wehring. Es ist ja richtig, Wehring hat sich zu diesen Artikeln nicht gedrängt, sondern ist von Kautsky beauftragt worden. Nun hat es gestern Antonski so dargestellt, als ob jemand Wehring das Recht, in der Partei zu wirken, irgendwie hätte freitig machen wollen. Das glaube ich nicht, und ich wäre der Letzte, der das wollte. Es ist aber etwas anderes, ob jemand sich äußert, oder ob er für die Partei das moralische Wort zu führen, über Moral zu urteilen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn ich nicht befragt war, über Moral zu reden, dann war es Genosse Wehring selber tausendmal weniger als ich. (Sehr richtig!) In der Verteidigung Wehrings durch Kautsky ist die Thatsache doch zu kurz weggelassen, daß Wehring sich zweimal gewandelt hat. Zunächst ließ er 1875 eine Broschüre erscheinen, vorläufigerweise anonym, die den Titel hat: „Herr v. Treitschke, der Socialistenstörer“. In dieser Broschüre spricht er in einem fort „und Socialdemokraten“ und im Namen der socialdemokratischen Partei. 1876 erfolgte die Verhandlungen wegen der „Neuen Welt“ und 1877, also ein Jahr später, erschien dann die neue Broschüre. Genosse Wehring ist übrigens gar nicht berechtigt, gerade über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu schreiben, da er noch im Sommer 1891 an Harden einen Brief schrieb, in dem er ihn hat, Schoenlant Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu verschaffen, weil die socialdemokratische Presse so schlecht bezahle! (Hört! hört!) Gerade Wehring darf meines Erachtens nicht gegen mich schreiben, weil der Charakter dieses Mannes, wie er in allen seinen Artikeln hervortritt, sich feld gleich geblieben ist. Am 11. September 1892 hat Wehring an Harden eine Karte gerichtet, dessen Original ich gesehen habe. In dieser Karte heißt es: „Sollten Sie einmal eine besondere Abrechnung mit Schoenlant für angemessen oder notwendig halten, so wenden Sie sich mir vertrauensvoll an mich. Ich weiß diesen Lämmel schon zum zu machen.“ (Hört! hört!) Lebhaftige Bewegung. Zurufe: Wo haben Sie das her? Wo ich das her habe, kann Ihnen egal sein. Ich habe sehr lange geschwankt, ob ich von diesen Dingen Gebrauch machen solle oder nicht. Ich befände mich aber hier in meiner Verteidigung. (Sehr richtig!) Die allerhöchsten Wortworte sind gegen mich erhoben worden und werden wohl weiter erhoben werden, und deshalb halte ich es jetzt für meine Pflicht, alles das zu sagen, was ich für notwendig halte. (Lebhafte Zustimmung; Inruhe.) Und dazu gehört dies. Das war 1892, kurz bevor Wehring in die Redaktion der „Neuen Zeit“ eintrat; oder war er damals schon darin eingetreten, ich weiß den Zeitpunkt nicht genau. (Webel: Mitgearbeitet für die „Neue Zeit“ schon seit 1888.) Das ist ja sehr interessant. (Zurufe: Was ist denn gesagt worden?) Genosse Webel teilt mit, daß Wehring schon seit 1888 für die „Neue Zeit“ geschrieben habe (Hört! hört!), also zu einer Zeit, wo er noch Korrespondent der „Soziale Zeitung“ war! (Zuruf: Schöner Genosse!) Der unwahre Charakter Wehrings ist sich ganz gleich geblieben; dafür hat auch der eine Reihe von Beweisen, der nicht zufällig im Besitz dieser Briefe ist.

Wann hat schon auf die „Gartenlaube“-Artikel hingewiesen, die 1870 und 1890 erschienen. Aber nicht nur das, sondern 1882 erschien die Schrift gegen Stöder, in der ungefähr gesagt wird, die socialpolitische Befehgebung würde noch im Dornröschenschlaf liegen, wenn nicht der geniale Staatsmann Bismarck sie aufgeweckt hätte. (Hört! hört!) Damals war also der „Stiefelkeller“ Bismarcks jemand anders, als der Mann, dem Wehring das jetzt vorwirft. Wehring behauptet, er sei infolge der Anwendung des Socialistengesetzes anderer Meinung geworden. In der „Gartenlaube“ von 1879 findet sich in einem Artikel Wehrings folgende Stelle:

„Die geistigen Waffen der Socialdemokratie waren die alten Amischer fast noch denn früher war die Sprache ihrer Redner und Zeitungen es war, als ob sie die Geduld der Nation auf die äußerste und letzte Probe stellen wollten treffend, wenn auch hart, sagte der Fürst Bismarck im Reichstage, daß jede Existenz ihren Wert verliere, wenn sie in solcher Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Vandalen leben solle.“

Auch die fortschrittliche Presse scheint sich allmählich in die für sie anscheinend sehr unbecommene Thatsache zu finden, daß das (Socialistengesetz) da ist, um ausgeführt zu werden und nicht bloß die Befehsammlung um einige Papulaturblätter zu bereichern.“

(Hört! hört!) Und dieser Mann stellt sich hin und sagt, die Anwendung des Socialistengesetzes habe ihn zu einer anderen Meinung gebracht! In der „Gartenlaube“ von 1880 schrieb Wehring:

„Unter den unermüdlich reichen Gaben, mit welchen das unvergleichliche Jahr 1870 unser Vaterland begnadete, war nicht die geringste die gänzliche Verhinderung der deutschen Socialdemokratie — nicht die geringste, aber leider die am wenigsten beachtete. Statt die letzten Kräfte des Uebels besonnen und vorsichtig auszuräumen, ließ man sie ungeführt sich erholen und wieder in üppigen Unkraut sprossen.“

(Hört! hört!) Daß Wehring in „Kapital und Presse“ sagt, daß er erst 1880 Chefredakteur der „Volks-Zeitung“ geworden sei, während er jetzt so thut, als ob er schon 1885, vor dem Verbot der „Volks-Zeitung“, die Chefredaktion gehabt hat, mag ein Gedächtnisfehler sein, auf den ich weiter kein Gewicht lege. Ich will hier einschließen, daß ich mit meiner Erklärung gegen Wehring nicht Harden verteidigen wollte; das hat er nicht nötig, das kann er selbst. Ich wollte nur zeigen, daß man auch anders citieren kann und daß die Sache dann ein anderes Gesicht hat. Wehring stellt es jetzt weiter so dar, als habe er Harden von vornherein „richtig eingeschätzt“ und die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ abgelehnt. Schon der — von Wehring nicht widerlegte — Artikel der „Zukunft“ vom 4. März 1890 ergibt, daß das falsch ist. Danach hat v. Wehring im September 1892 an Harden geschrieben: „Das Bedenken, das ich gegen meine Mitarbeiterschaft hatte, habe ich Ihnen ganz offen angegeben; es war mein böser Ruf in der bürgerlichen Welt, an die sich die „Zukunft“ doch wendet. Abgesehen von diesem Bedenken war ich bereit und gern bereit, Sie brauchen aber, ebenso wie im Frühjahr, aus mir völlig unbekanntem Gründen den persönlichen Verkehr ab.“ (Hört! hört!) Dann weiter: „Was meine Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ betrifft, so bin ich mir bisher nicht klar, ob Ihre Aufforderung von persönlicher Freundschaft und Höflichkeit oder von einem redaktionellen Bedürfnis diktiert war. Da Sie wochenlang nicht einmal eine halbe Stunde für mich übrig hatten, um event. über Thema, Umfang usw. eines von mir zu liefernden Beitrages zu sprechen, so neigte sich meine Vermutung zu dem ersten Teil jener Alternative, und Ihre freundlichen Zeilen von gestern haben mich vollends darin bestärkt. Ich wünsche Ihnen herzlich den besten Erfolg, danke Ihnen für Ihre freundliche Aufforderung und hoffe im übrigen, daß Sie endlich einmal von meiner Freundschaft für Sie sich überzeugen mögen.“ (Hört! hört!)

Nun liegt die Sache so, daß schon 1891 die Aposstata-Artikel Gardens erschienen, in denen in der schärfsten Weise für Bismarck Partei ergriffen wurde und in denen auch schon in der deutlichsten Form die Lust Gardens hervorgetreten war, unsere Partei anzuzeln, in einer nach meiner Ansicht ganz ungehörigen Weise. Zum Beispiel befindet sich darunter der Artikel „Gurt und Nica“, in dem der Exhilarierter Partei mit dem König zu Nica verglichen wurde. Diese Thatsachen mache ich Wehring an sich nicht zum Vorwurf, was ich ihm vorwerfe, ist, daß er sich heute noch aufs Lügen berlegt, und ich bitte Sie, seine Angriffe gegen mich auch danach zu bewerten. (Sehr gut!) Es handelt sich hier nicht um alle Kamellen, sondern er ist sich darin immer gleich geblieben. Und wenn die Genossin Jellin gestern mit flammender Begeisterung sagte, die Wunderkraft des Socialistengesetzes habe sich an Wehring bewährt, das liegen seine von diesem heiligen socialistischen Geist durchdränkten Wäcker erkennen, so habe ich wirklich lächeln müssen, denn meine Antipathie gegen Wehring rührt weniger aus dem her, was er früher gethan hat, als aus der Schrift, die er für die Socialdemokratie geschrieben hat, und zwar deshalb, weil der Mann, der jetzt über Last und Moral reden will, so taktlos war, einzelne Stellen aus seiner alten Schrift fast wörtlich in die neue zu übernehmen, indem er nur ein Wort änderte, zum Beispiel aus „wahr“ „unwahr“ machte. (Hört! hört!) Daher rührt ja der ganze Haß gegen die „Zukunft“, weil in einem darin veröffentlichten Artikel, den ich, wenn ich Verthold wäre, nicht verantwortlich gezeichnet hätte, der Beweis hierfür geliefert ist. Ich führe einige Stellen an. Wehring spricht von der Thätigkeit der socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Da heißt es in der alten Schrift: „Positiv blieb es nach wie vor eine und dieselbe Rede, wer immer und worüber er sie hielt; in dieser tödenden Gleichförmigkeit spielt sich treffend das geistige Leben des Zukunftsstaates.“

In der neuen Schrift heißt es: „Es ist nicht wahr, daß die socialdemokratischen Abgeordneten immer nur die eine „socialdemokratische Rede“ gehalten hätten. (Hört! hört! und Bewegung.) Ohne nach den zweifelhaften Vorbeeren parlamentarischer Geschwängigkeit zu trachten, sprachen sie einfach und klar und sachlich über jede Frage, bei der sie zum Worte kamen.“ (Hört! hört!)

So spottet sich Wehring selbst mit diesen Dingen ins Gesicht. Ueber den Hochverratsprozeß heißt es in der alten Schrift: „Heyner saß wie ein dünner Junge.“

In der neuen Darstellung heißt es: „Heyner begnügte sich, mit gutem Takte durch drahtigen Witz die gegen ihn gerichtete Anklage zu verspotten.“ (Hört! hört!)

Ueber die Verhaftung des Redakteurs Dentler heißt es in der alten Schrift: „Wenige Wochen später wurde dieser Agitationscoup wiederholt bei der Verhaftung Dentlers, eines Strohredakteurs des Berliner Parteiorgans. Er befand sich in den letzten Stadien der Schwindsucht, als man ihn auf den verantwortlichen Posten stellte und die Auer, Most, Radow, welche hauptsächlich die „Berliner freien Presse“ leiteten, ihr Lügen- und Verleumdungssystem auf das Konto des totkranken Mannes fortsetzten. Entweder blieb er ungehorsam mit Rücksicht auf seinen körperlichen Zustand, — und dann war dem Frey- und Strafgesetz die schönste Nase gedreht, oder er wurde verfolgt wegen der Vergehen, für welche sein Name haftete, dann war ein neuer Märtyrer geschaffen. Polizei und Staatsanwalt entschieden sich für den minder humanen Weg; Dentler wurde verhaftet und starb im Gefängnislazarett, noch ehe die Untersuchung gegen ihn geschlossen war. Wieder geleiteten ihn Tausende zur Gruft, aber immer glückte diese Demonstration nicht in gewünschtem Maße. Die Verleumdung der Arbeiter selber war viel geringer als in den früheren Fällen; auch in ihren Kreisen brach sich endlich eine lebhaftere Entrüstung Bahn gegen die namenlose Privatität dieses Demagogenthums.“

Wie heißt es nun in der späteren Schrift: „In ähnlich feierlicher Weise (wie Heinsch) wurde am 28. April 1878 Paul Dentler bestattet, ein Redakteur der „Berliner freien Presse“, der, gleichfalls im hohen Grade schwindsüchtig, in der Untersuchungshaft gestorben war, obgleich der Gefängnisarzt seine Freilassung beantragt hatte. Ein Heer, das seine gefallenen Kämpfer so zu ehren wußte, war nicht zu foppen, wie etwa die biedere Bourgeoisie: so viel begriffen Bismarck und die mit ihm auf die Plünderung der Massen saunen.“ (Hört! hört!)

Nun kann ihm auch aus andren Schriften ganz ähnliche Sachen nachweisen, die in der neuen Bearbeitung der Geschichte der Socialdemokratie ganz anders dargestellt werden.

In der Schrift gegen Herrn Stöder aus 1882 findet sich folgende Stelle: „Der tiefe und weise Sinn unsrer Städte-Ordnung, die, wie Fürst Bismarck einmal im Reichstage sehr treffend sagte, den bessere Kommunards als unbedachtes Ideal vorschwebte, hat tausendfältige Frucht getragen und trägt sie noch heute.“

In der neuen Darstellung heißt es: „Bismarck trug dem Reichstage die verblüffende Entdeckung vor, der berechnete Kern der Pariser Kommune sei der Sehnsucht nach der preussischen Städte-Ordnung gewesen, dieser verhungerten Parodie auf unabhängige Verwaltung der Gemeinden. (Hört! hört!) Der Weiblichen Antwort glaubte die hohe Versammlung die unbändige Feiterkeit spenden zu sollen, welche sie dem sturillen Einsatze Bismarcks versagt hatte.“ (Hört! hört!)

So liegt also die Sache in Bezug auf die Erklärung, die ich damals abzugeben genötigt war.

Nun zur Resolution des Parteivorstandes. Ich habe die Erklärung aus der „Zukunft“ deshalb verlesen lassen, um zu zeigen, daß jemand, der dies Blatt regelmäßig liest, sich nicht darüber schlüssig werden kann, ob er daran mitarbeiten darf oder nicht. Ich gestehe offen, daß ich von dem Artikel von Jost in der „Zukunft“ erst durch die Diskussion in der Parteipresse erfahren habe, aber dieser Artikel ist bereits vor 10 Jahren geschrieben und er rührt nicht von Harden, sondern von einem Mitarbeiter her. An der „Zukunft“ aber arbeiten Leute der verschiedensten Richtungen mit, auch auswärtige Genossen wie Ferri und Wanderselde. Ich glaube also, daß die Fassung der Worte: „gehäßige oder hämische Kritik“ in der Resolution des Vorstandes eine unglückliche ist. Webel ist übrigens im Irrtum, wenn er meint, an der wissenschaftlichen Zeitschrift zur „Wissenschaftlichen Zeitung“ könnten Parteigenossen mitarbeiten, denn die „Wiss. Ztg.“ hat ja auch oft dumme und hämische Bemerkungen über die Socialdemokratie gebracht. (Webel: Ja, dumme!) Durch diesen Zuruf beweist Webel, daß es eine Art von Angriffen giebt, über die man einfach läßt, und als in der „Zukunft“ die Geschichte von dem „alten Herrn Webel“ stand, da habe auch ich darüber gelacht und gesagt: Wie kann man mir so dummes Zeug schreiben! Bisher war es nicht verboten, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten, und mein politischer Taft hat mir allerdings in meinem Fall nicht ohne weiteres gesagt, daß ich keine handelspolitischen Artikel mehr für die „Zukunft“ schreiben soll; und das ist der Kern der Sache. Denn dieser einzige Artikel, der nun meine Entgleisung darstellt, ist der einzige seiner Art. (Zuruf: Gerade genug!) Sonst habe ich wesentlich handelspolitische Artikel geschrieben.

Wiel wichtiger aber ist der zweite Teil der Resolution, denn dadurch werden die Genossen in solche erster und zweiter Klasse geteilt. Nun würde ich dagegen gar nichts haben, wenn mir zum Beispiel vom Parteivorstand gesagt würde: Es wird nicht gern gesehen, wenn Genossen in dieser Stellung das und das thun. Ich hätte dann natürlich nicht einen Moment gezögert, so lange ich die Position, in der ich mich befinde, nicht ändern kann, zu sagen: „Ich bleibe ein guter Genosse, ziehe mich aber zurück.“ Aber alle Genossen, die mit mir in gleicher Lage sind, als solche hinzustellen, die keine Vertrauensstellungen bekleiden dürfen, das halte ich für eine Defflorierung dieser Genossen. Was ist denn eine Vertrauensstellung? Ich habe in der Partei bisher noch keine Vertrauensstellungen innegehabt, oder will man etwa einen Referenten ohne weiteres als einen Vertrauensmann bezeichnen? (Zuruf: Jawohl!) Nun, denn mache ich auf die Erklärung von Pfannsch aufmerklich, daß ein großer Referentenmangel, namentlich zur Wahzeit, besteht. Dieser Mangel wird doch noch größer, wenn einer Anzahl von Genossen das Referieren von vornherein abgebrochen wird. Dann könnte ja Niemand, der mal einen Artikel für ein nichtsocialdemokratisches Blatt geschrieben hat, mehr referieren. Ich habe von der Partei niemals etwas gefordert, sondern lediglich aus reiner Hingabe an die Ideale, denen ich seit frühen Tagen anhängte, mich der Partei gewidmet. Nun mag man ja sagen: was ich that, war in dem und dem Fall nicht richtig, aber ich glaube doch, daß ich kein allgemeines Verbammungsurteil verdiene. Quard sagt, es giebt zwei Arten von Akademikern, die einen stellen sich hin und die andern werden hingestellt. Nun, dann gehöre ich zu denen, die hingestellt sind. Der Leipziger Genosse sagt, ich hätte in einer öffentlichen Versammlung über Brauch und Schrift gesprochen. Ich bin dazu aufgefordert worden, und was ist denn eigentlich für ein Unterschied zwischen einer Parteiverammlung und einer öffentlichen, von Socialdemokraten veranstalteten, in der ich in meiner Eigenschaft als Socialdemokrat zu referieren aufgefordert werde? (Webel: Das hätte man verbieten müssen!) Verbieten nicht, aber glauben Sie mir, Genosse Webel, Ihrem Rat wäre ich bei der Berechnung, die ich für Sie hege, gefolgt. Im Wahlkampf wurde ich aufgefordert, zu reden, und ich sagte mir, wenn ich ablehne, so verstoße ich gegen die Interessen der Partei. (Zustimmung.)

Nun ist gesagt, die Leute, die unter den zweiten Absatz der Resolution des Vorstandes fallen, sind eigentlich noch viel schlimmer als die, die unter den ersten Satz fallen, denn diejenigen, die für Zeitchriften schreiben, in denen die Partei gehässig oder hämisch angegriffen wird, können wir ohne weiteres ausschließen, die andren können wir nicht ausschließen, wir können ihnen aber keine Vertrauensposten übertragen, weil sie sonst früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei kommen. Weht man konsequent vor, so darf man einen Arbeiter in Staatsverhältnissen oder in Berlin mit ganz besonders scharfer Kontrolle nicht raten, sich zu organisieren (Lebhafte Widerspruch), denn in dem Moment, wo das herauskommt, würde er in Konflikt mit sich und der Partei resp. der Gewerkschaft geraten. (Erneuter Widerspruch.) Wann warte ab, bis ein Konflikt entsteht! Hat man einen solchen Konflikt in meinem Artikel gesehen, so war es recht, mich dafür zur Verantwortung zu ziehen, aber ein für allemal anzunehmen, daß die Betreffenden den Konflikt zum Schaden der Partei lösen würden, das ist ein Vorwurf, der sich gegen alle die Genossen richtet, die sich schriftstellerisch außerhalb der Parteipresse betätigen. Gewiß, wir haben eine reich entwickelte Presse, aber verzeihen wir doch eines nicht! In dieser Presse bleibt für schriftstellerische Betätigung deshalb nicht viel Platz, weil wir ja leider infolge unsrer Verhältnisse so und soviel Leute als Redakteure anstellen müssen, um für sie Posten zu schaffen. Das ist nicht mehr als recht und billig, aber dadurch wird die Zahl der Stellen sehr eingeschränkt. Wenn etwas noch im Stande ist, die Anzahl, sich in der socialdemokratischen Presse zu betätigen, zu vermehren, so ist es gerade das diktatorische Verhalten Wehrings in der Presse. Wir wissen doch alle, daß, kaum nachdem der Beschluß in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ stattgefunden hatte — ich weiß nicht einmal, ob in diesem Falle Wehring daran beteiligt war — Calwer, der die wirtschaftlichen Verhältnisse schrieb, auf Anruf und Fall entlassen wurde und daß meines Wissens noch ein andrer Parteigenosse seine Mitarbeit verlor.

Das sind doch Sachen, die man auch beleuchten müßte. Wenn man verlangt, daß alle Schriftsteller sich in der Partei betätigen sollen, so sollte man doch auch dafür sorgen, nicht, daß sie irgendwelche fetten Pfeinden bekommen, aber doch daß die Verhältnisse so sind, daß sie sich nicht zu fürchten brauchen. Ich habe mich in meinem Specialgebiet, der Handelspolitik, dem Dienste der Parteipresse niemals verweigert, wenn sie an mich herangetreten ist. Ich habe in der „Leipziger Volkszeitung“, aufgefordert noch durch Briefe vom Juli 1902 — der letzte ist vom 21. Juli 1902 —, zwei, drei oder vier Artikel veröffentlicht über die Banlatasjatrophen und alle diese Dinge, soweit sie die Arbeiterklasse interessierten. Wenn die Arbeiterklasse ein Interesse hatte an solchen Fragen, so habe ich mich dem Verlangen, mich in den Dienst der Partei zu stellen, stets genau ebenso gefügt, wie wenn man an mich herangetreten ist, um mich zu Agitationen aufzufordern, denn ich glaube, nicht widersprechen zu dürfen im Interesse der Partei, der ich angehöre. (Beifall.)

Darauf wird die Diskussion vertagt. Singer teilt mit, daß die Dresdener Genossen den Parteitag für Donnerstag zu einer Dampferfahrt eingeladen haben.

Timm glaubt, daß man auf Grund der Geschäftsfrage dieser Einladung nicht folgen können. Nachdem man bis jetzt schon 1 1/2 Tage nicht über proletarische Interessen, sondern über die Interessen einzelner Personen gesprochen habe, könnte man es nicht verantworten, wenn die rein proletarischen Interessen zu kurz kommen sollten.

Sindermann-Dresden: Das Dresdener Parteikomitee glaubte, daß es nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen nicht notwendig sein werde, so viel Worte zu machen für nichts und wieder nichts und daß eine Dampferpartie am Donnerstag weit angenehmer sein würde als solche Debatten. (Weiterleut.)

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Bebel: Diese Debatten haben allerdings einen Umfang angenommen, der nicht voraussehen war. Wir könnten es danach vor uns selbst und vor der Partei nicht verantworten, am Donnerstag einen ganzen Tag zu opfern. (Sehr richtig!) So sehr ich die Fürsorge der Dresdener Genossen anerkenne und nach diesen Tagen schwerer Arbeit auch einmal einen Tag der Ruhe und Erholung für wünschenswert halte, so halte ich es doch für unmöglich, diesem Wunsche zu willfahren. Möglicherweise könnten wir ja am Donnerstagnachmittag einen Ausflug in die Umgebung machen.

Singer: Auch ich hatte von Anfang an Bedenken gegen die Dampferfahrt am Donnerstag. Andererseits haben die Dresdener Genossen bereits fix und fertig arrangiert, und ich sagte mir, man könnte die verlorene Zeit eventuell durch eine Abendkündigung ersetzen. Vielleicht könnten wir die Dampferpartie auch am Sonntag oder Sonnabendnachmittag machen.

Pens schlägt vor, lieber heute abend auf den beabsichtigten Konnert zu verzichten und heute nachmittag länger zu tagen.

Bebel wendet sich dagegen und weist darauf hin, daß nach dem Parteitag noch eine preussische Landtagswahl-Konferenz stattfinden solle. Auf dieser müsse man sich vor allem auch über die Folgen unserer Taktik klar werden, um vollbewußt und klar in den Kampf hineingehen zu können. Diese Konferenz werde möglicherweise nicht so rasch verlaufen wie die erste.

Auf Vorschlag Singers wird die definitive Entscheidung über diese Dispositionen verschoben.

Schluss 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

8 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zahlreiche Begrüßungsschreiben sind eingelaufen, darunter von den verammelten Parteigenossen in Wien und vom Landesauschuß der Deutschen und französischen Genossen der Schweiz.

Es ist noch nachträglich eine Mandatsprüfung vorzunehmen, worüber Grünwald-Hamburg referiert: Es hat sich nachträglich herausgestellt, daß aus Wülhausen im Elsaß zwei Mandate vorliegen. Es besteht dort ein Parteistreit, eine Anzahl Mitglieder sind ausgeschlossen worden aus dem Wahlverein. Diese Einzelmitglieder haben sich nun zusammengesetzt, einen Vorsitzenden und Schriftführer zu diesem Zwecke gemacht und ein Mandat für Rufbaumer ausgestellt als Vertreter einzelner Parteigenossen und der Wähler Wülhausen's. Der wirkliche Delegierte der Wülhäuser Genossen ist der Genosse Emmel, der die Mandatsliste geprüft und uns auf den Fall aufmerksam gemacht hat. Die Kommission beantragt, das Wülhäuser Mandat Rufbauers für nicht rechtsgültig zu erklären und es abzuerkennen.

Rufbaumer-Wülhausen: So wie die Verhältnisse in Wülhausen liegen, ist mein Erscheinen hier möglich. Es ist für uns nicht möglich, ein Mandat von dem organisierten Arbeiterwahlverein zu erhalten, es ist uns auch unmöglich, in Wülhausen irgendwie an die Öffentlichkeit zu treten. Wir sind durch zu radikales Vorgehen hinausgetrieben worden. Nicht einmal bezahlte Inserate haben die Herren Diktatoren aufgenommen.

Emmel-Wülhausen: Rufbaumer hat sich freiwillig außerhalb der Organisation gestellt. Was wir gezwungen waren auszuschließen, das waren die Reste der Protestler: Dahinter stehen Bueb und Fidel. Dagegen waren Radikalismen notwendig. Ich konnte es nicht ruhig hingehen lassen, daß diese Einzelmitglieder hier für den Parteitag ein Mandat ausstellten. (Sehr richtig!)

Der Parteitag erklärt das Mandat Rufbauers für ungültig. Es wird in die Tagesordnung eingetragen.

Zur Beratung steht

die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Eingelaufen ist noch folgender Antrag 128:

Antrag Paepow-Hamburg und 22 Genossen: Der Parteitag in Dresden 1903 beschließt:

Die literarische Mitarbeit von Parteigenossen an kapitalistischen (bürgerlichen) Zeitungen und Zeitschriften ist mit den Partei-Interessen unvereinbar.

Ausnahmen von dieser Regel sind nur zulässig, wenn es sich um Zeitschriften handelt, die ausschließlich künstlerische oder fachtechnische Fragen behandeln.

Der Parteivorstand hat den strikten Auftrag, über die Durchführung der vorstehenden Grundzüge zu wachen und etwaige Verstöße in der schärfsten Weise zu rügen, eventuell den Ausschluss der hiergegen verstoßenden Parteimitglieder zu beantragen.

Bebel:

Heute am Schlusse der Vormittags-Sitzung haben zwei Redner wieder ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Parteitag genötigt sei, mit einer Sache, die nach ihrer Meinung eine höchst unbedeutende, die allgemeine Partei kaum interessierende sei, seine kostbare Zeit totzuschlagen. Keinhliche Stimmen sind gestern und heute aus dem Munde einer Anzahl Redner laut geworden. Mehrfach, nicht nur einmal hat es gesiebert geheißen, es handle sich nur um ein elendes Litteratengezänk, es sei eine Berliner Prüge, die hier gewissermaßen aufgedischt werden solle, es handle sich um Dinge, die die Gesamtpartei eigentlich nur wenig oder gar nichts angehen und es sei deshalb gar nicht nötig gewesen, Verhandlungen von solcher Dauer und solchem Umfange hier einzutreten zu lassen. Genossen! Ich begreife Ihre Gefühle vollkommen, ich begreife, daß Sie während gewisser Momente dieser Verhandlungen ein gewisses Gefühl des Widerwillens (Sehr richtig!), zeitweise des Eils erfährt hat (Sehr richtig!), daß Sie sich gesagt haben: müssen wir denn in der That diesen bitteren Scherz über uns ergehen lassen? Nicht allein, daß unsere kostbare Zeit in Anspruch genommen wird, nein, welchen Eindruck wird das wieder nach außen machen? Kam sind wir ja leider in den letzten zehn, zwölf Jahren nur gar zu oft in die Lage gekommen, solche und ähnliche Debatten führen zu müssen, und ich fürchte leider, der Scherz wird auch in Zukunft nicht an uns vorübergehen. Es werden noch manchmal Momente kommen, wo wir genötigt sind, vor dem ganzen Volk, vor der Öffentlichkeit Fragen zu erörtern, von denen wir alle wünschen, sie brauchen nicht erörtert zu werden. Dies gilt nicht nur von dem Punkte, der uns jetzt beschäftigt, sondern in noch höherem Maße von der Angelegenheit, welche uns in den nächsten Tagen beschäftigen wird. (Sehr richtig!) Es ist nur ganz natürlich, daß in einer großen, ja man kann jetzt sagen, gewaltigen Partei, wie die deutsche Socialdemokratie es ist, auch hier und da Kränklichkeitserscheinungen auftreten, daß hier und da ein kleiner Fäulnisprozess sich entwickelt, ein Geschwür zu Tage tritt. So wenig es der Arzt als eine angenehme Aufgabe empfand, eine Eiterbeule zu operieren und die meißtlichen Gerüche, die dieser Eiterbeule entweichen, sich in die Nase gehen zu lassen, wie ihn da der Ekel packt und er sich vielleicht vor einer Ohnmacht hüten muß, so kommt es auch bei uns vor, daß ähnliche Operationen zwar unangenehm empfunden werden, aber dennoch vorgenommen werden müssen. Manche, der heute glaubt, es war doch zu viel, was wir hier gehört haben, möge es sich zum Trost gesagt sein lassen, daß wir uns von allen übrigen Parteien auch nach dieser Richtung hin außerordentlich vorteilhaft unterscheiden: wenn bei uns ein Eitergeschwür austritt, dann operieren wir vor aller Welt; wenn wir schwarze Wäsche zu waschen haben, dann waschen wir

sie vor aller Welt. Unsere Gegner aber in allen bürgerlichen Parteien haben so viel schwarze Wäsche zu waschen und so viel Eiterbeulen am Leibe, daß sie gar nicht riskieren können, die schwarze Wäsche öffentlich zu waschen oder eine Eiterbeule offen zu operieren, sie gehen in geheime Kammern und Hinterhöfen, damit nur ja nichts in die Öffentlichkeit dringt. (Sehr richtig!) Das ist ja gerade das Großartige in unserer Partei, daß wir diese schwarze Wäsche vor der ganzen Welt waschen und doch keinen Schaden dadurch erleiden, sondern nach erfolgter Wäsche größer dastehen als je zuvor. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist meine Auffassung, und wenn nun gesagt wird, es sei tägliches Gezeck einiger weniger Leute, ja, Genossen, da muß ich sagen: wie kann man nur so unendlich kurzichtig sein! Da ist es allmählich in allen Parteien Sitte geworden, zu sagen, man müsse die Volksseele beachten; viele Fehler der Partei kämen daher, weil man die Volksseele nicht beachte. Ich sage Euch, Genossen, wir müssen hier als Vertreter der Partei die Parteiseele beachten. (Sehr wahr!) Die vorliegende Frage wird von vielen unter uns als gleichgültig und kleinlich hingestellt, aber die Parteileitung hat sich einmal nahezu zwei volle Sitzungen mit dieser Frage befassen müssen, um zu einem Urteil zu kommen; der Artikel von Bernbard war nur der letzte Anlaß, der einen bereits als allgemeinen Uebelstand erkannten Zustand im Vorstand zur Erörterung brachte und endlich zu der Erkenntnis führte: jetzt ist das Maß voll, zum Ueberlaufen voll, jetzt muß eingegriffen werden. Es handelt sich nicht um einen einzelnen Fall, sondern um eine ganze Reihe von Fällen, um ein bereits weit eingefahrenes Uebel, das mit den gewöhnlichen kleinen Mitteln nicht mehr zu beseitigen war, und es war notwendig, die oberste Instanz der Partei zur Entscheidung aufzurufen.

Das war die Auffassung, die der Parteivorstand, dessen Beratung Auer infolge seiner Krankheit nicht beiwohnen konnte, einstimmig teilte. Ob die Einstimmigkeit vorhanden gewesen wäre — das bemerke ich Bernbard und andern gegenüber —, wenn Auer dazugewesen wäre, das weiß ich nicht, er hat ja seinen abweichenden Standpunkt vertreten, und er hat ein Recht dazu, da er den Beratungen nicht beiwohnen konnte. Wenn aber mit Rücksicht darauf, daß Auer verhindert war, der Beratung beizuwohnen, der Genosse Quard meinte, man sehe an der Resolution des Vorstandes, daß die geschädigte Hand von Auer gefehlt habe, so erwidere ich ihm: ich glaube, Auer hätte vielleicht — ich weiß es nicht — auch keine geschädigte Hand gefunden oder vielleicht eine, die nicht die Zustimmung der übrigen Kollegen gefunden hätte. Pfamloch hat Ihnen bereits in seinem Referat gesagt: findet Ihr eine bessere Fassung, eine Fassung, die besser als die des Vorstandes den Zweck und das Ziel erreicht, das wir, und ich glaube mit uns die ungeheure Mehrheit der Genossen, erreichen wollen, so wird es uns ganz angenehm sein; und auch ich kann Quard erklären: hätte er den Schwartmann, den er in seiner Rede nach dieser Richtung entwidelte hat, in die That umgesetzt und eine bessere Fassung gefunden, so würde ich dieser meine Zustimmung geben und meine Kollegen im Vorstande bewegen, zu Gunsten dieser Fassung unsere eigene zurückzuziehen. Was jetzt ist aber keine bessere Fassung, weder durch die Genossen von Berlin II in ihrem Antrag 8 noch durch den Antrag 16. Was den Antrag 8 betrifft, daß in solchem Falle in erster Linie die lokale Organisation oder die Organisation des betreffenden Wahlkreises zu entscheiden haben soll, so wird ja eine solche Prozedur durch die Resolution des Vorstandes in keiner Weise ausgeschlossen, es liegt sogar in der Natur der Sache, daß man in dem Wahlkreise, dem der Betreffende angehört, in erster Linie die Frage erörtert und Entscheidungen faßt; wenn dann die eine Partei mit dieser Entscheidung nicht einverstanden ist, so kann sie den instanzmässigen Weg ergreifen und sich beschweren beim Parteivorstand. Bei der Kontrollkommission und in letzter Instanz beim Parteitag. Also von diesem Gesichtspunkt aus ändert es nichts an der Sache, ob Sie den Antrag 8 annehmen oder ablehnen. Da es aber überflüssig ist, etwas Selbstverständliches auszusprechen, so bitte ich Sie, um keine falschen Meinungen und Deutungen aufkommen zu lassen, den Antrag 8 abzulehnen, und ebenso bitte ich Sie, dem Antrag 16 ihre Zustimmung zu versagen. Ich gebe zu, daß die Form dieses Antrags scharf, schneidend und bündig ist, da giebt es keinen Streit und keine Meinungsverschiedenheit mehr, aber eine andre Frage ist, ob Sie mit der Annahme einer solchen Formel alle Fälle treffen, und zweitens, ob Sie durch eine scharfe, schneidende und bündige Formel nicht eine Ungerechtigkeits begehen, die Sie nicht begehen wollen. (Sehr richtig!) Ich erinnere an den Fall Calver. Man kann ja darüber verschieden urteilen, ob es geschieht nur, daß Calver die Frage an den Parteivorstand richtete — wir haben uns auch gemündert, aber andererseits sagten wir uns, Calver ist ein außerordentlich gewissenhafter Mann, er will volle Klarheit und wünscht nichts weiter zu hören, als ob seine Thätigkeit unter die Resolution des Vorstandes subsumiert werden kann oder nicht.

Und wenn ein Genosse an uns eine Anfrage richtet, so ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu antworten. Das haben wir gethan und auf seine klare Anfrage geantwortet: Nein, darunter fällt, so weit wir bis jetzt die Blätter, für die Sie arbeiten, übersehen können, Ihre Thätigkeit nicht. Nun sagt freilich Quard — und da haben wir schon die Differenz: ja, gerade das sind gefährliche Blätter, wo Herr Dr. Jastrow das Interwässer der Socialreform einträgt und namentlich unter den Gewerkschaftern und Gewerkegerichten-Verisgern schon großes Unheil angerichtet hat. Ja, das wäre dann eine Specialfrage, die erörtert werden muß. (Sehr richtig!) Damit kommen wir wieder auf ein neues Gebiet, und deshalb wäre es richtig, daß Sie nicht die Specialfrage in die Specialfrage einschachteln, sondern sich die Dinge noch eine Weile ansehen und wenn sie wirklich so gefährlich sind, auf dem Instanzenwege der Partei sagen: Hört mal, auch diese Dinge kann man unter eurem Beschluß verstehen! Wie sieht ihr dazu?

Aber weiter! Wir haben ja gewußt, daß Bernbard — nebenbei bemerkt handelt es sich gar nicht um eine Staatsaktion gegen Bernbard, seine Artikel sind nur der äußere Anlaß für uns, vorzugehen, ein kleines Symptomchen unter den allgemeinen Symptomen — ich sage, wir mußten, daß Bernbard Redakteur an der „Morgenpost“ ist und wir fragten uns, ob wir ihn das verdienen sollten. Ich kann Sie versichern: im ganzen Parteivorstand, einschließlich von Auer, besteht keine Sympathie für die „Berliner Morgenpost“. Es ist ähnlich wie die „Zukunft“ ein kapitalistisches Unternehmen, dessen Verleger, indem er in geschickter Weise die Situation ausnützt, Kapital aus dem Leserkreise herauszupressen trachtet. Nebenbei ist die „Berliner Morgenpost“ infolge ihrer eigenartigen und geschickten Redaktion, die sie veranlaßt, alles, was an Socialdemokratie streift, möglichst fernzuhalten und keine Stellung gegen uns zu nehmen, auf der andern Seite politisch radikal zu schreiben und in Socialreform zu machen, soweit der Kapitalismus das verträgt, ein gewaltiges Konkurrenzorgan gegen den „Vorwärts“. (Sehr richtig!) Würde dies Blatt nicht existieren, so würde von den 200 000 Abonnenten der „Berliner Morgenpost“ ein großer Teil auf den „Vorwärts“ abomieren. (Lebhafte Zustimmung. Gericht: 100 000!) Gericht sagt sogar: 100 000. Nun könnten Sie ja von diesem Gesichtspunkt aus fragen, ob wir dulden sollten, daß ein Genosse an einem Blatte mitarbeitet, das uns infolge seiner bürgerlich-demokratischen, etwas socialreformistischen Haltung einen solchen Leserkreis anfangt und die Arbeiter den Bestrebungen der Socialdemokratie entfremdet. Wollen Sie von diesem Gesichtspunkt aus die Frage behandeln, so können wir uns auch darüber verständigen; aber wir sagten uns, vorläufig können wir uns nicht entschließen, soweit zu gehen, obwohl die „Morgenpost“ ein Hauptkonkurrenzblatt gegen den „Vorwärts“ ist und obwohl es diese eigenartige Redaktion besitzt, an der auch Bernbard mitwirkt. Wir konnten uns nicht zu der Ansicht entschwingen, daß die Thätigkeit von Bernbard an der „Morgenpost“

gemeingefährlich ist. Es kann ja sein, daß eines Tages auch nach dieser Richtung hin die Frage aufritt, aber in diesem Augenblicke ist sie meiner Meinung nach nicht zu stellen und der Parteivorstand hat einmütig ausgesprochen, daß die Stellung Bernbards bei der „Morgenpost“ uns vorläufig keine Veranlassung giebt, zu verlangen, daß er seine Thätigkeit einstellt.

Aber ganz anders, wenn es sich um ein Blatt wie die „Zukunft“ handelt, ein Blatt, das von Anfang ihres Bestehens an, so weit ich das verfolgen konnte, eine der Partei direkt feindliche Haltung eingenommen hat. Und nicht genug damit, daß die „Zukunft“ eine feindliche Haltung einnimmt — das thut mehr oder weniger die gesamte bürgerliche Presse —, die „Zukunft“ ist ein Blatt, das direkt unanständig, gemein und niederträchtig gegen die Partei war. Wir mußten uns sagen: Wenn es Genossen giebt, die es mit ihrer Ehre nicht bloß als Männer und Frauen, sondern auch speciell als Parteigenossen vereinbaren können, an einem Blatte mitzuarbeiten, das durch eine ganze Reihe von Artikeln bis in die letzten Monate des verfloffenen Jahres hinein die Partei beschimpft, geschmäht und mit Fäulen getreten hat, so ist das ein Zustand in der Partei, der unmöglich auch nur einen Tag länger andauern darf. (Lebhafte Beifall.) Und das ist das entscheidende in der ganzen Frage. Mehring, Bernbard, Braum und tutti quanti, all das sind nur einzelne Personen, sind Momente, sind Beweismaterial, um diesen oder jenen Beschluß des Parteitag herbeizuführen. Es muß endlich einmal reiner Tisch gemacht werden. Als einer der Keilsteine unter Ihnen erkläre ich Ihnen: Ich hätte es vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten, daß es Elemente giebt, die moralisch so tief gesunken sind (Stürmischer Beifall), daß sie für ein Blatt wie die „Zukunft“ bis in die letzten Tage hinein mitarbeiteten und mit Herrn Maximilian Wittkowsky-Harden noch gewisse freundschaftliche Beziehungen unterhalten. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Um es einmal kurz hier zu erörtern, Herr Maximilian Wittkowsky-Harden ist mir ja persönlich und selbst in seinen Romanen gleichwohl noch nicht lange bekannt, aber den Vater von Wittkowsky-Harden habe ich die Ehre gehabt, zu kennen. Den Sohn lernen zu lernen, würde ich nicht für eine Ehre ansehen. (Prätor!) Der alte Wittkowsky, das war ein guter Demokrat, ein Verehrer von Johann Jacobus, und in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo Viehnecht und ich als Abgeordnete des Norddeutschen Bundes und als Zollparlamentarier-Mitglieder von 1866/67 bis 1870/71 so oft in Berlin waren, mein Freund Singer und eine Reihe anderer hochangesehener Männer wie William Spindler, Guido Weiß, Dr. Stephan, der spätere Redakteur, mit diesem ehrbaren Vorne, den Vater von Harden, manchen berglütigen Abend, aber auch manche ernste Nacht zusammengesessen und bis zum hellen Morgen Probleme diskutiert. Ich erinnere mich noch heute mit Vergnügen der Unterhaltungen mit dem Vater von Wittkowsky-Harden.

Außer Bernbard, der übrigens nicht nur gelegentlich, sondern ständiger Mitarbeiter der „Zukunft“ war, kommen für uns auch in Betracht Alth Braum, Göhre, Vorchardt. Letzterer leistete sich in einem Artikel über Socialdemokratie und Genossenschaft in dem Hardenschen Blatte, der nach der Erklärung des Parteivorstandes erschien, folgenden Ausspruch. Ich will voraussagen, daß es sich nur um eine Meinungsäußerung des Vorstandes gehandelt hat und daß niemand gezwungen war, sich danach zu richten, denn wir haben nicht diese Autorität und wollen sie auch nicht haben. Wir haben unsere Meinungsäußerung nur verhandelt, damit die Genossen wissen, wie wir denken. Nun, Vorchardt hat sich daran nicht gelehrt, er hat ein Recht dazu. Er schreibt also:

„Gerade als warmer Anhänger der socialdemokratischen Partei, der ich angehöre, kann ich diesen Beschluß als Ausschluß einer kleinen Genossenschaft nur mit einem Gefühl der Beschämung lesen. Die Genossenschaften werden hier nicht nach ihrem eignen Wesen als wirtschaftliche Gebilde beurteilt, sondern die Stellungnahme der Parteigenossen soll nach der überaus heftigen Erwägung erfolgen, ob für Agitatoren der Partei sichere Proletstellen geschaffen werden können.“ (Hört! hört!)

Zu dieser Aeußerung wählt Vorchardt die „Zukunft“ des Herrn Harden. Haben wir nicht eine große Parteipresse, wo jeder derartige Artikel aufgenommen würde, aber er würde nicht so gut bezahlt werden wie von Wittkowsky-Harden. (Sehr richtig!) Grad nauer macht eine abwehrende Handbewegung.) Das ist meine persönliche Auffassung, Genosse Gradnauer, Sie können ja vielleicht mehr wissen, können andre Gefühle voraussetzen, aber das ist, wie gesagt, meine Auffassung, denn nur von diesem Gesichtspunkte aus ist manches zu erklären, was andernfalls weder zu erklären, noch zu entschuldigen wäre. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Genossen, allerdings unfern ausländischen; es wurden Ferri und Vandervelde genannt, die beide Artikel für die „Zukunft“ geschrieben haben sollen. Ich lese die „Zukunft“ außerordentlich selten, auch auf die Artikel gegen unsere Partei bin ich teilweise erst später aufmerksam gemacht worden. Ich vermute, daß die Genossen Ferri und Vandervelde ebenfalls keine regelmäßigen Leser der „Zukunft“ sind; darauf wird es wohl zurückzuführen sein, daß sie sich für die „Zukunft“ haben einfinden lassen. Was war denn bei der Gründung der „Zukunft“ ihr Zweck? Etwas für die Opposition, die Socialdemokratie, die freie Meinung in Deutschland eine neue, bisher nicht vorhandene Tribune zu schaffen? Nein, die Gründung war nichts als eine Speculation auf das ganz gemeine Sensationsbedürfnis gewisser Leserkreise. Er wollte Geld aus dem Unternehmen schlagen, und da er unfehlbar ein geschickter Mann ist, der die Wache aus dem ff verleiht, obgleich ich allerdings sagen muß, daß ich kaum etwas Oberflächlicheres gegen unsere Partei gelesen habe als die Hardenschen Artikel. Harden hat sich vor der Gründung der „Zukunft“ an Kretsch und Plethi gewandt — ich will damit nicht beleidigen, denn ich bin selbst darunter —, an alle Welt, von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Vorwärts“, und sie aufgefordert, der „Zukunft“ Mitarbeiterdienste zu leisten. Und begreiflicherweise, wenn man dem Publikum sagen kann: „Ja, Maximilian Wittkowsky-Harden, Mattenfinger von Hameln, habe sie alle eingefangen, da markieren sie hinter mir aus allen Parteien, der große Schwanz der Mitarbeiter!“ (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Da giebt es natürlich einen großen Teil von Leuten, die wöchentlich 50 Pf. für solche Proschüre opfern können und die nun die „Zukunft“ mit Vergnügen lesen. Dazu kam, daß Harden mit der feinen Nase, die ihn als Journalisten unabweisbar auszeichnet, sich sagte, daß an dem alten Verleger, der damals den Abshiedsbrief bekam, ja Hunderttausende zu verdienen seien. Wenn er den noch einfing, dann mußte er ein gemachter Mann sein! So kam zu den verschiedenen Socialdemokraten auch der Bismard als Mitarbeiter hinzu. (Sehr gut!) Und wenn er nicht gestorben wäre, dann schrieb er noch heute dafür, — oder diktirte seine Artikel und liehe sie Maximilian Wittkowsky-Harden als ausgezeichnetes Sprechrohr schreiben. So kam die „Zukunft“ zu stande und, Genossen, es gehört in der That ein ungeheurer Mangel an Taktgefühl dazu, auch an parteigenössischem Gefühl (Sehr richtig!), wenn sich ein Genosse von diesem Harden, dessen Vergangenheit der gewisser „Damen gleich (Ruf: Dho!) — Wer sagt Dho? — einfangen läßt, um hinter diesem Mattenfinger von Hameln in dem großen Schwanz seiner Mitarbeiter herzutrollen! Harden verschickte 1892 u. a. an Engels, Viehnecht und mich ein Circular, in dem er uns aufforderte, für sein Blatt zu schreiben. Ich war damals mit Harden und der „Zukunft“ noch so gut wie gar nicht bekannt; den Namen Harden hatte ich nur in Zeitungen gelesen. Ich schrieb, Viehnecht ebenfalls, Engels, der von England aus die Dinge ja nicht beurteilen konnte, schrieb einen höflichen Brief und erklärte als höflicher Mann, er bedauere, daß er dem Wunsche nicht entsprechen könne. Darauf machte bei irgend einer Gelegenheit Harden in der „Zukunft“ die Bemerkung: Ja, der alte Engels, der Generalissimus der Partei, der hatte die Höflichkeit zu

*) Unter literarische Mitarbeit fällt Berichterstattung über Versammlungen und Gerichtsverhandlungen nicht.

antworten; Weibel und Liebschütz hielten es nicht für der Mühe wert, auf eine höfliche Anfrage zu antworten. Mitterweile aber hatte ich auch andere gelesen, nämlich zwei Artikel, die im Jahre 1903 in der „Zukunft“ erschienen waren, der eine über: „Das Geschick“, der andere: „Die roten Primadonnen“. Nun sagte ich mir: „Na, das ist doch eine Unverschämtheit und Unverschämtheit sondergleichen von diesem Harden, jetzt noch zu sagen: Ihr seid aber unfähige Leute! Ich lege mich also hin und schreibe ihm ungefähr: „Was bilden Sie sich denn ein? Sie beschimpfen die Partei in zwei Artikeln, die von Ihnen geschrieben sind, und muten mir dann zu, daß ich für ein solches Blatt schreiben soll? Ja, der Teufel! Wie können Sie mich so elend niedrig einschlagen. (Sehr gut!) Für Ihr Blatt existiere ich nicht. Darauf antwortete er: er begreife gar nicht meinen Zorn und meine Entrüstung, er habe geglaubt, mir einen Gefallen zu erweisen (Große Heiterkeit), indem er mich zur Mitarbeit aufforderte. Er habe mir dadurch eine Tribüne zur Verfügung gestellt, von der aus ich meine Lehre hätte propagieren dürfen. Ich habe ihn dann zum zweitenmal gründlich heimgeschickt; damit waren unsere Beziehungen zu Ende. Aber vielleicht begreifen Sie nun, warum in der „Zukunft“ von Zeit zu Zeit die Diebe auf mich niedersinken (Sehr richtig!), denn diese Sorte von Menschen ist auf einer Seite feig und auf der anderen rachsüchtig. (Sehr richtig!) So bekomme ich also bei jeder Gelegenheit meine Diebe weg. Ich habe sie ruhig eingestekt, wie ich das immer getan habe, nicht bloß dem Maximilian Wittkowsky-Harden gegenüber, sondern auch allen andern gegnerischen Blättern gegenüber. Und was hat man mir nicht in der letzten Zeit wieder alles eingebrockt und aufgebrommt (Sehr richtig! und Heiterkeit), wie hat man von dem feilen Weibel gesprochen, von dem alten Kerl, der unfähig ist, noch einen geschiedten Gedanken zu fassen (Heiterkeit), der in der Partei zum Kindergepöhl geworden ist. (Große Heiterkeit.) Das habe ich mit Nachen aufgenommen. (Sehr gut!) Ich will Ihnen ein Familiengeheimnis verraten: Es kommt häufig vor, daß ich solche Artikel zugeschickt bekomme und daß ich sie dann morgens, wenn ich mit meiner Frau beim Kaffee sitze, lese. Ich sage dann wohl: Ach, Julie, da ist wieder ein wütender Schimpfartikel; großartig, das macht mir wirklich Spaß! Meine Frau wird dann neugierig — wir Männer sind ja auch neugierig — sie will den Artikel lesen und ärgert sich dann. (Stürmische Heiterkeit.) Dann sage ich ihr: „Sei doch keine Törlin! Ich analysiere mich ja darüber“, mir macht das einen Haupt Spaß, dann weiß ich allemal, daß ich Recht habe. (Lebhafter Beifall.) Wenn ich aber Lob bekomme, dann kaue ich mir hinterm Kopf. Das ist meine Auffassung. Es wird nächster Tage ein Antrag von mir kommen; ich will nämlich, daß der „Vorwärts“ und alle diese schönen Preherzeugnisse künftig ferdert. (Heiterkeit.) Nun, das Geschick ist in Zürich ein Volksfest, oder besser ein Wasserzug, der im April von den Jüngsten veranstaltet wird. Harden, der in seinem Leben gar manche Wandlungen auch in seiner Stellung gemacht hat, woraus ich ihm keinen Vorwurf mache, war einst Schauspieler (Adolf Hoffmann: Ist er noch!) in Zürich und hat da das Geschick — kennen gelernt. In dem erwähnten Artikel vergleicht er den internationalen Arbeiterkongress mit diesem Wasserzug. Das soll die Ueberschrift bedeuten. Was die Ueberschrift die „socialistischen Primadonnen“ bedeuten soll, will ich Ihnen später sagen. Vorher einige Worte zur Affaire Mehring, die gestern Braun in so höchst merkwürdiger Weise zur Erörterung gebracht hat. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß ich hier derjenige bin, der Mehring am längsten kennt und ich glaube auch, daß ich ihn am gründlichsten kennen gelernt habe. Ich machte seine Bekanntschaft in jener Periode Ende der Vierziger Jahre, wo ich in der Gesellschaft von Guido Weiß, Stephanh, Wittkowsky usw. auch mit Mehring zusammen kam. Er war damals ein junger Mann anfangs der zwanziger Jahre, der wohl eben die Unversität verlassen hatte und sich der journalistischen Laufbahn widmete. Er war damals Demokrat, Mitarbeiter der von Weiß, Jacoby, Spindler usw. gegründeten demokratischen „Zukunft“. Diese Leute standen uns sehr nahe, wie dem überhaupt damals andere Parteiverhältnisse waren, als heute. Wir kamen häufig zusammen, haben uns über alles Mögliche unterhalten und jeder gab sich, wie er war. Ich glaube bestimmt sagen zu können, daß die späteren Charakteristiken, die Mehring in seiner Schrift gegen die Socialdemokratie von einer Anzahl Genossen gegeben hat, ganz wesentlich auf die Informationen zurückzuführen sind, die er damals durch den persönlichen Verkehr mit uns bekam. Nach einiger Zeit war Mehring für mich verschwunden, ich hatte keine Ahnung, wo er war; so viel ich weiß, war er eine Zeitlang Verichteratter in einem parlamentarischen Bureau. Ich selbst hatte ja anfangs der 70er Jahre meine Festungshaft zu verbüßen und kam erst im Frühjahr 1875 wieder in die Freiheit. In der ersten Zeit mußte ich mich natürlich meinen geschäftlichen Beziehungen widmen, es war mittlerweile die schwere Krise eingebrochen und ich kann sagen, ich stand vor dem Untergang. Um die Partei konnte ich mich nicht viel kümmern, die Verhandlungen, die damals mit Mehring wegen Uebernahme der Redaktion der „Neuen Welt“ geführt wurden, kenne ich nur vom Hörensagen; ich weiß nur, daß sie sich zerschlugen und daß dabei die Honorarfrage eine Rolle spielte. Weiter weiß ich nichts. Dann kam das Jahr 1878. Auf einmal erschien da diese Broschüre von Mehring, in der er in der allerheftigsten und launigsten Weise die Partei in allen ihren Beziehungen im allgemeinen und meine Personen im speziellen angriff. Ich sagte mir: Da steht du in der That vor einem psychologischen Rätsel, und ich habe bis zu dieser Stunde bei Mehring psychologische Rätsel gefunden. Ich sagte mir: So hat Mehring nie gestanden bei seinen eminenten unerschütterlichen Fähigkeiten, daß er aus rein materiellen Gründen den Umgestaltungswechsel vorgenommen hätte. Das ist nicht möglich, da sind psychologische Momente im Spiel, die in seinem Wesen liegen. In den schwersten Stunden der Partei war der Angriff Mehrings das bitterste und fürchterlichste, was uns passieren konnte (Sehr richtig!), einmal wegen der außerordentlich gewandten Form, die Genossen Mehring zu Gebote steht, — er ist in dieser Richtung einer der glänzendsten, wenn nicht der glänzendste Schriftsteller Deutschlands bis zu dieser Stunde, — dann aber auch und hauptsächlich deshalb, weil jeder, der die Broschüre las, sich fragen mußte, postausend, da spricht einer, der die Verhältnisse und Personen genau kennt, und wenn das Bild ja auch sehr verzerrt war, so enthält es auch manches Wahre. Mehring hatte vor 1876 für die Partei die Broschüre: „Herr v. Treitschke, der Socialistenhater“ geschrieben, eine glänzende Broschüre, die ich ihnen heute noch als historisches Aftenstück empfehle, in dessen hatte er nie weitere Beziehungen zur Partei gehabt. Organisiert war er nie gewesen. Er stand der Partei nahe und hat unendlich mehr Verständnis für sie gehabt, als irgend ein anderer bürgerlicher Schriftsteller; das gab seinen Erzeugnissen gegen uns besonderen Wert. Der Rede von Hofencleber entsinne ich mich nicht mehr, aber das sage ich Ihnen: Ein bis zwei Jahre später würde seine Rede anders gelaute haben. Das Socialistengesetz kam mit all seinen fürchterlichen Wirkungen, die Schläge fielen hagelnd, alles wurde zerschmettert, eine Großstadt nach der andern mit ihrem Gebiet wurde unter Belagerungszustand erklärt, hunderte und wieder hunderte von Genossen wurden brotlos, wir Führer, alle mit wenigen Ausnahmen, wurden getreten, zerstört, wie räubige Hunde hinausgetrieben. Auch heute noch, nachdem alle diese Verfolgungen vorüber sind, ohne daß sie mir geschadet haben, wenn da meine Gedanken auf den kleinen Belagerungszustand zurückkommen und ich mir vergegenwärtige, wie wir aufs Polizeibureau kommandiert, dort wie Verbrecher unter Wetermah gestellt und abgemessen wurden, wie wir photographiert wurden und unser Signalement aufgenommen wurde und wie es dann hieß, binnen drei Tagen müßt ihr, daß ihr zum Tempel hinauskommt. Das vergesse ich mein Leben nicht. Und wenn ich es je erleben sollte, daß der Tag käme, daß ich denen, die dann noch leben, sagen könnte: Jetzt will ich euch einmal zeigen, was ihr damals getan — ich hätte! (Stürmischer Beifall und langanhaltendes Handclatschen.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Aus Industrie und Handel.

Die Zeichenbesitzer-Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats, die heute (Dienstag) in Essen stattgefunden hat, war, wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, von sämtlichen Zeichen, mit Ausnahme der Gewerkschaft „Ewald“ und des Magdeburger Bergwerksvereins, besetzt. Die Anwesenden sollen den neuen Vertrag unterschreiben, wobei die Unterschriften bis zum 30. d. Mts. abends binden sollen und der Vertrag zu Stande gekommen ist, wenn sich bis zu diesem Zeitpunkt alle unterschrieben haben. Es wollen heute nicht unterschreiben „Freier Vogel“ und „Unverhofft“, Mühlheimer Bergwerksverein, „Konfordia“, „Bismarck“, „Gute Hoffnungshütte“, „Völker Mulde“, „Mosenblumendelle“ und „Friedrich der Große“. „Völker Mulde“ erklärt, bis zum 30. d. Mts. unterschreiben zu wollen. „Konfordia“ will den schwebenden Prozeß durch ein Schiedsgericht entschieden wissen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärt. (Die Verhandlungen dauern fort.)

Die Erklärung, heute noch nicht unterschreiben zu wollen, besagt nicht, daß man sich dem Syndikat nicht anschließen will. Die betreffenden Zeichen, die diese Erklärung abgaben, möchten sich nur nicht binden, ehe sie nicht die feste Beitrittszusage der bisher widerspenstigen Zeichen in Händen haben. Mehrere der Gesellschaften und Gewerkschaften, die erst in den letzten Tagen sich zum Anschluß bereit erklärten, müssen auch dazu noch erst die formelle Zustimmung der General- resp. der Gewerkschaften oder des Aufsichtsrats einholen. So meldet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“: Die Gewerkschaft der Zeche „Friedrich der Große“ beruft auf den 30. September eine Gewerkschaftersammlung nach Essen ein, auf deren Tagesordnung der Beschluß über den Beitritt zum neuen Kohlen-Syndikat und zu andern Verkaufsvereinigungen steht. Diese Gewerkschaft will demnach den Beschluß ihrer Gewerkschaftersammlung abwarten, bevor sie den Vertrag unterzeichnet. Ferner hat der „Magdeburger Bergwerksverein“ auf morgen den Aufsichtsrat einberufen, um über den Beitritt endgültig zu beschließen.

Ueber die Lage im sächsisch-thüringischen Braunkohlen-Bergbau schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“: Lange hat es gedauert, bis die Depression im Braunkohlen-Bergbau beendet war; augenblicklich kann man mit gewissen Recht von einem erneuten Aufschwung reden. Wohl hat sich im ersten Halbjahr 1903 die Zahl der Braunkohlenarbeiter im Oberbergamtsbezirk Halle gegen das erste Halbjahr 1902 wieder um 1188 Köpfe auf 34 456 Köpfe verringert. Aber die Förderung stieg wieder von 13,5 auf 14,4 Tonnen. Seit dem Ende des ersten Quartals dieses Jahres sind die früher häufig auftretenden Feuerschichten fast ganz verschwunden. Zur Zeit beginnen wieder die Ueberstunden und Sonntagsschichten einzusetzen. Die „Campagne“ hat begonnen, d. h. die Zuckerrübenfabriken rufen größere Mengen Kohlen ab.

Mit den Lohnverhältnissen der Braunkohlenarbeiter sieht es jedoch immer noch trübe aus. In der besten Geschäftszeit, 1900, stand der Durchschnittslohn für alle Arbeiterkategorien auf 900 bis 1000 M.; 1901 war er schon um 30—50 M. gefallen, 1902 stand er 100—150 M. niedriger wie 1900. Obwohl jetzt von einer schlechten Konjunktur nicht geredet werden kann, erfolgen doch noch immer Lohnabzüge. Älteren Häutern und Förderleuten werden Accordlöhne unter 3 M. für 9—11stündige Arbeit ausgezahlt. Accordlöhne von 2,50—3,00 M. werden als „gut“ und „sehr gut“ bezeichnet. Am schlechtesten ist die Bezahlung im Leipziger Braunkohlenbezirk, wo Tagesverdienste von 2,50—3,00 M. im Accord die Regel sind. Im Meißelwälder Revier sind die Wochenverdienste seit der Hochkonjunktur für besetzte Arbeiter von 90 auf 22 M. gefallen.

Zur wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Während von der amerikanischen Handelspresse und in ihrer Gefolgschaft von verschiedenen deutschen Unternehmern behauptet wird, daß der amerikanische Eisenmarkt sich bereits wieder günstiger zu gestalten beginne, kommt von New York eine Nachricht, die deutlich beweist, daß die amerikanische Montanindustrie sich aus Mangel an Absatz ihrer Produkte zu nicht unbeträchtlichen Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen gezwungen sieht. Das Haus Morgan u. Co., so wird telegraphisch berichtet, hat die Mitglieder des Stahltrusts, welche sich am Syndikat beteiligten, darum ersucht, ihre Beteiligung auf neun Monate zu verlängern, und sie zu einer weiteren Kapitaleinlage aufgefordert, um ein Kapital von nahezu fünf Millionen Dollar anzuhäufeln. Den Mitgliedern, welche sich zu einer Verlängerung nicht entschließen wollen, soll der Austritt gegen Zahlung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber dem Syndikat gestattet werden.

Fünftausend Arbeiter der Truistbergwerke sind wegen Mangels an Verschiffungen der Vorräte aus dem letzten Winter entlassen worden. Dies wirkte abschwächend auf den Markt ein.

Der Erntebereich der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika übertrifft die höchsten Erwartungen. Der Ertrag an Mais, Weizen, Hafer und Baumwolle wird darin auf 2 477 000 000 Dollar geschätzt, ungefähr eine halbe Milliarde mehr als im vorigen Jahre. Man erwartet, daß in Mais die zweitgrößte und in Weizen die drittgrößte Ernte hereinkommen wird, welche die Vereinigten Staaten bisher jemals gehabt haben. Unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Preise würde die Ernte einen höheren Erlös erzielen als jede vorhergegangene.

Sechster Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

In der Vormittags-Sitzung vom Dienstag wurde die Debatte über den Geschäftsbericht fortgesetzt, aber bald geschlossen. Hinzuzufügen reichhaltige in seinem Schlusswort noch einmal seine Thätigkeit als Funktionär der Geschäfts-Kommission und bestritt, daß er die von Körnle behauptete Taktik im Oberberger Organisationsgebiet geübt habe. — Trieme als zweiter Funktionär wies ebenfalls verschiedene Einwürfe gegen seine Geschäftsleitung zurück. Auch lehnte er jedes Verschulden an dem Gegensatz zwischen Hinrichsen und ihm ab.

„Die Stellung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu den Einigungsbedingungen des Parteivorstandes“, lautete der nächste Punkt der Tagesordnung. Referent war Kleinlein. Dieser ging ausführlich auf die bekannten Kämpfe zwischen den „Verhandlern“ und den „Socialisten“ ein, insbesondere auch auf die Vorgänge der letzten Berliner Gewerbegerichtswahlen sowie auf die Verhandlungen in verschiedenen Versammlungen der Geschäfts-Kommission und auf die Gewerkschaftsdebatte im „Vorwärts“. Der Parteivorstand habe bei Abhandlung der Einigungsbedingungen Vergleichsvorschläge machen wollen, sich dann aber den Verbänden gegenüber nicht getraut, es zu thun. Dadurch sei Mißtrauen entstanden. Redner geht dann auf die damaligen Verhandlungen ein, die dem Kongress im gedruckten Geschäftsbericht vorlagen und kritisiert, daß selbst Weibel das Aufgehen in die Verbände als Lösung der Einigungsfrage erklärt habe. Alle Hochachtung vor den ergrauten Häuptern in der Parteileitung, aber sie wüßten nicht mehr, wie schwer es sei, Arbeiterorganisationen aufzubauen. Dem Genossen Hinrichsen müsse thatsächlich vorgeworfen werden, daß er damals als Vertreter der „Freien Vereinigung“ bei den Verhandlungen nicht deren Standpunkt gewahrt, und nicht die Gegenfäße hervorgehoben habe, welche die beiden gewerkschaftlichen Richtungen trennten. Die Fortsetzung der Einigungsverhandlungen seien seitens des Parteivorstandes für die Zeit nach dem Parteitag in Aussicht gestellt worden. Jetzt sei nun die Frage: Ist es dienlich, wenn wir mit fliegenden Fahnen in die Reihen der Verbände eintreten? In allen Kulturländern gebe es in der Arbeiterbewegung Gegenfäße. In Deutschland fäßen wir im politischen Leben ein Bild, das eine Spaltung der Socialdemokratie für die nächsten Tage erwarten lasse. Und wenn das geschehe, dann schäde es nicht. Die Richtung Bernstein, Peine, Vollmar gebe zu denken. Bernstein und Genossen wären nicht so weit gekommen, wenn sie nicht eine gewisse Deckung in den Centralverbänden

hätten. Der Klassenkampf werde von den Verfeinerern und den Anhängern der Verbände immer mehr verpönt. Die revolutionäre Bewegung fehle. Man sei abgekommen von dem Grundfatz, den Weibel einmal ausgesprochen: Friede den Hütten, Krieg den Palästen. Auf diesem Standpunkt ständen aber noch die der „Freien Vereinigung“ angehörenden Gewerkschaften. Sie verlangten, daß, wer zu ihnen komme, ausgesprochener Socialist sei, wogegen die Verbändler den Klassenkampf verließen wollen. Dem Kongress könne nur empfohlen werden, an dem alten Programm festzuhalten, wie es die früheren Kongresse in ihren Resolutionen aufgestellt hätten, und sich im übrigen für die Einigungsbedingungen auszusprechen, die schon dem Parteivorstand für die neuen Verhandlungen unterbreitet worden seien.

Diese dem Parteivorstand zugegangenen, von Kleinlein bestrittenen Einigungsbedingungen (genannt „Resolution der Geschäfts-Kommission“) gehen aus von der Voraussetzung, daß den bestehenden, der „Freien Vereinigung“ angehörenden Gewerkschaften ihre selbständige Existenz gewahrt bleibe, und die eventuelle Einigung ist gedacht als ein Zusammenschluß im großen. Die erste Einigungsbedingung ist die Forderung einer bindenden Erklärung, daß die Centralorganisationen, mit welchen eine Vereinigung stattfinden soll, auf dem Boden des mehrfach auf Kongressen in Resolutionen ausgesprochenen Programms der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ stehen. Ferner soll Voraussetzung für ein Zusammengehen mit den sogenannten „modernen Verbänden“ die Anerkennung folgender vier Bedingungen sein:

1. Es bleibt unrennbar, wie jeden andern, die vollkommene organisatorische Selbständigkeit und das Recht, sich nach speziellen Verufen über ganz Deutschland centralisiert, zu organisieren, ihre eigene Verwaltung, eigene Kasse und nach ihrem Gutdünken eigene Presse zu haben. Sie haben für den Gesamtverband natürlich festgestellte Leistungen zu machen und dafür das Recht, zu den Kongressen, Ausschüssen, Kommissionen und Körperschaften Mitglieder zu delegieren ihrer Stärke entsprechend nach durch Vereinbarung festzusetzenden Grundfätzen.

2. An den Unterstufungsstellen, die in den modernen Verbänden überwiegen, sind sie nicht gezwungen, aber berechtigt, Anteil zu nehmen nach besonderen Festsetzungen. Konium- und Produktiv-gesellschaften sind nicht Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen.

3. Korporative Arbeitsverträge sind nur als notwendiges Uebel zu betrachten, die mit vieler Vorsicht zu behandeln und nur auf sehr kurze Fristen abzuschließen sind.

4. Die Arbeitsnachweise sind den örtlichen Organisationen zu überlassen und ihre Centralisation innerhalb der Gewerkschaften zu angustreben.

Es entspann sich eine lange Debatte, die nach der Mittagspause fortgesetzt wurde. Die Redner gingen vielfach auf die Kämpfe ein, die sie in ihren Verufen mit den in Verbänden organisierten Kollegen ausfochten. Dabei wurde auch mehrfach betont, daß die Verbände den Waffenstillstand nicht gewahrt hätten, der bis zur endgültigen Erledigung der Einigungsverhandlungen dauern sollte. Zur Einigungsfrage selber wurde von Wegner für sich und die Berliner Sektion des Hiesigen-Verbandes erklärt, daß sie auf jeden Fall an der Programm-Resolution der „Freien Vereinigung“ festhielten. Der Verband als solcher müßte seine Stellung erst feststellen. Weise (Zimmerer) ist für eine Einigung, aber gegen eine strikte Unterwerfung unter die Verbände. — Janssen (Wesfeld (Weber) erklärt sich für ein Handinhandgehen seines Verbandes mit dem Textilarbeiter-Verband unter der Voraussetzung, daß der Weber-Verband ausdrücklich anerkannt wird. — Kniecht (Hannover (Wärtemacher): Ein Aufgeben seines Verbandes würde bedeuten, daß seine Berufsgenossen unorganisiert herumlaufen würden. — Schlenker (Metallarbeiter-Gewerkschaft) führt aus: Er verteidige jedes Unterliegen im Kampf der Verbände. Der Metallarbeiter-Verband sei zur Streikbrecher-Organisation herabgesunken, denn er duide, wenn bei Streiks die Röhrenmänner in Frage kämen, daß in andere Betriebe verschobene Streikarbeit ruhig gemacht werden könne. Er meine: Gegen eine Vereinigung, aber für eine Einigung!

Härtler (Tischer) ist für die Einigung bei Wahrung vollständiger Selbständigkeit der bestehenden Organisation.

Die Töpfer beantragen, über die Einigungsverhandlungen unter Leitung des Parteivorstandes zur Tagesordnung überzugehen, zugleich aber die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenarbeiten mit den Verbänden in bestimmten Fällen zu erklären. — Westphal (Nolierer) erklärte diesen Antrag für den vernünftigsten. — Püttlich ist für den Versuch einer Einigung. Der Gegenstand sei heute: politische oder unpolitische Gewerkschaft. Manche Verbände seien aber schon politisch. Bei ihnen wäre noch zu beanstanden die Stellung zu Tarifverträgen, die Bevormundung durch die Centralverbände u. — Hoffmann ist nur dafür, daß man bei Lohnkämpfen mit den andern Organisierten Hand in Hand gehe. — Ueffen (Abeber) ist der Meinung, der Parteivorstand habe parteiisch gehandelt, und bemängelt das Protokoll über die Einigungsverhandlungen vom 22. März. In den Parteivorstand habe man sich in gewerkschaftlichen Dingen zuletzt zu wenden. — Siebert (Hannover (Metallarbeiter) ist für den Antrag der Töpfer und rügt es als taktische Unklugheit Kleinleins, daß er eine Spaltung in der Partei voraussetze.

In der weiteren Debatte wurde von fast allen Rednern die Resolution der Geschäfts-Kommission (die oben weitergegebenen Einigungsbedingungen) bestritten. — Herforth (Maurer) und Gehl (Maurer) wandten sich gegen die abfälligen Bemerkungen über einzelne Parteivorstands-Mitglieder. Herforth hob hervor, daß ihn persönlich von den Verbandskollegen des Maurerberufs nur noch das mangelnde Selbstbestimmungsrecht der Filialen trenne. Er empfand es als eine große Belästigung für die größeren zur „Freien Vereinigung“ gehörenden Gewerkschaften, daß dieser eine Anzahl Gewerkschaften mit weniger als je 100 Mitgliedern angegeschlossen seien, welche sehr viel kosteten. Würden weitere Einigungsverhandlungen abgelehnt, dann würde er auf eine Abfägung dieser minderwertigen Vereine hinvirken. Redner wandte sich auch gegen die Vermengung der politischen sogen. Revisionisten mit den Verbändlern und gegen die Prophezeiung einer Spaltung der socialdemokratischen Partei. — Th. Fischer und Rehler erachten eine Vereinbeitzung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bzw. gewerkschaftlichen Organisation in Deutschland für ausgeschlossen. — Wie Th. Fischer so trat auch Kleinlein im Schlusswort dafür ein, daß die Principien der „Freien Vereinigung“ aufrechtzuhalten seien, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Ausschluß aus der Partei erfolgen sollte. Kleinlein meinte, daß, wenn dies geschehe, eine neue unabhängige politische Arbeiterpartei begründet wäre. Wenn es zu einer Spaltung auf dem Parteitag käme, könnte man sich freuen; es müsse in der socialdemokratischen Partei mal reiner Tisch gemacht werden.

Der Antrag der Töpfer wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt und einstimmig gemäß einem Antrage der Maurer die Resolution der Geschäfts-Kommission (die Einigungsbedingungen) angenommen.

Brückkasten der Redaktion.

J. R. Segen Sie die Polizeibehörde Ihres Ortes von den Mißständen in Kenntnis, ernst machen Sie vorher Herrn D. Wilmann, Vorsitzenden der Bäckergewerkschaft, Marktstr. 27, Hamburg-Eilbek, Mitteilung.

Dresden. Ist sofort gesetzt worden, aber seitdem im Uebersetz geblieben.

Juristischer Teil.

Die juristische Dreckschande findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ abends statt. Gebühren: 7 Hbr.

J. R. 28. Karl Schwarz, Apostel-Kirche S. 3475. Rein. — H. P. Vellen. Der durch Einwirkung einer Fensterhebe von dem Schaden verursachte Schaden ist in vollem Maße vom Vater zu ersetzen. — Tischer. Ist nichts anderes vereinbart, so kann an jedem Tage ein gewerbliches Arbeitsverhältnis unter Einhaltung einer vierzehntägigen Frist gekündigt werden. — H. Berg. 1. Erb und hinterläßt Hausvermögen vererbungsunfähig, ist ausführlich im „Vorwärts“ vom 1. November 1902 dargelegt. 2. Sie können mit Rücksicht auf Erfolg den Brief veröffentlichen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 16. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Oberhaus. Der Evangelist.
Schauspielhaus, Emilia Galotti.
Welter. Dillhor.
Festung. Auferstehung.
Berliner. Mt. Heidelberg.
Medienz. Das beste Mittel.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.

Schiller O. (Wallner-Theater) Was ihr wollt.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Bibliothekar.
Alcides. Nachts.
Trianon. Die Hebeschneit.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.

Carl Weiss. Amor in Wachs.
Luffen. Robale und Liebe.
Nipols. Die Hebestiel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Passage-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Etzinger Sänger.
Urania. Zaubertränke 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und UnterdenLindenstrasse.
Mittwoch:
Die Notbrücke.

Casino-Theater.
Lothringersstrasse 37.
Anfang 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Großer Sensations-Erfolg!

Tolle Kadetten.
Vorher das glanz. Eröffnungsspiel.
Sonntagabend 4 Uhr: Ein edles Weib.

Kleines Theater.
Unter den Linden 41.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Bantes Ideal), Adolphstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Gefühlspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg
Ueber'n großen Teich
Seltene Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akte.
Billets 4 Wochen im voraus.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr.
Kabale u. Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel von Fr. v. Schiller.
Donnerstag: Rind und Soldat.
Freitag zum erstenmal: Einer von unsere Teufel. (Gesangs-Pöste von D. Stalisch.
Sonntag: Das neue Gebot.
Sonntagabend 3 Uhr: Kabale und Liebe.
Abd. 8 Uhr: Einer von unsere Teufel.

Residenz-Theater
Direktion S. Rautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das beste Mittel.
Schwan in 3 Akten von H. Dönn.
Bearbeitet von H. Jacobsohn.
Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.
Sonntagabend 3 Uhr: Winterschlaf.

Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Wiederauftreten
Emil Thomas a. G.
Josef Josephl. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marten.
Grete Meyer. Müller Linke.
Zum 248. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
- Bauchen überall gestattet.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Die zusammengewachsenen **Schwwestern!**
20 Jahre alt, spielen Violine!

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 8 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
5 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. - Vorstellungen:
Wochentags 4-5, 6-7 Uhr.
Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrsitze 1 M., Stehplätze 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Man muss sie wiedersehen
haben, die **LONA**
in ihrer Originalszenen
Im Boudoir.
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.

Apollo-Theater.
Zum **Die Liebes-Jusel**
133. Male mit dem grandiosen Post-Ballett.
Miss Mildred de Grey
Original-Barfuss-Tänzerin.
Montrel. - Clermonts Circus.
Pötlingers Schwed. Damen-Quintett.
Neu! Messers Biophon. leb. u. sprach.
Neu! Messtrophon. Photographie.
In Vorbereitung: Frühlingsluft.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Die größte Aufführung: Operette
Berlins in 7 Bildern:
Amor in Wachs.
200 Mitwirkende. Glänzend. Ballett.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Diei. Forti.
Sonntagabend 3 Uhr: Wilhelm Tell.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Das Forsthaus.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Donnerstag:
Extra-Vorstellung.
Maria Stuart.

Bernhard Rose-Theater
Gleichenstrasse, Badstraße 58.
Mittwoch, den 16. September cr.:
Eröffnung der Wintersaison
Einmalige Aufführung:
Der Millionenbauer.
Vollständigt in 4 Akte v. Max Freyer.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag:
Mensch ärgere Dich nicht!

Diez' Specialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich konkurrenzlos
vollständig neues Konkurrenz-
loses Riesen-Programm.
Die Robert u. Vertram sind
wieder da. Orig. Glorion Fredoff.
Orig. Tom Bryarly. Fred u. Little
Alfons. Eugénie Freiberg. Claire
Wegener. Mlle. Friedrich.
Grosser Ringkampf.
Parade von der Tournee aus
Kuhland. fordert in Ringkampf
und harter Leute auf, sich mit mir
im Ringkampf zu messen und zahle
50 M. Prämie, wer im Stande ist,
mich in 30 Minuten zu besiegen.
Nachmittags 3 Uhr.
Emil Nitschke.
Sonntag, Montag, Tanz.
ein. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Aufspiel in 5 Akten v. B. Schaferspeare.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Fleck auf der Ehr.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwan in 4 Akten von G. v. Moser.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Tallisman.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Circus Busch.
Mittwoch, 16. September cr.,
abends 7 1/2 Uhr:
Soirée Equestre.
Miss Claire Heliot,
genannt die **Löwenbraut,** mit
Riesen-Löwengruppe
Sämtliche Löwen sind direkt aus
Deutsch-Ost-Afrika importiert.
Herr Paul Mändner, der vollständigste Verkäufer Radfahrer
mit seinen noch nie in Berlin gesehenen tollkühnen Produktionen, u. a. der
Todesprüfung über eine ca. 30 Fuß breite Kluft mit dem Rad.
Exotisches Tableau mit 12 Elefanten, 3 Zebus und 50 Pferden, der
Elefant als Chauffeur. × Eine Strohjungf., gefüllt mit ca. 50 Zoll- und
Dauhhühnern. Direktor Busch mit seinen Neudressuren. × Aufstufen
sämtlicher neuen Rühler.

Palast-Theater früher Feen-Palast.
Burgstr. 22.
8 1/2 **Großer Lächerfolg!** 8 1/2
Geniehet das Leben.
Lebensbild in 2 Akten in Gef.
Alfons Gettke. Dir. Rich. Winkler.
2 Spezialitäten-Teile.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Freitag, den 18. September cr.:
Extra-Elite-Vorstellung:
Die goldene Spinne.
Schwan in 4 Akten von Schönhan.
Exeodir. Dir. Rich. Winkler.
Ehrenarten und Vorzugsbillets
gültig.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.
Zuscher: **Wilhelm Fröbel.**
Mittwoch, den 16. September cr.:
Abschieds-Elite-Vorstellung
des gesamten
Schauspiel- u. Künstlerpersonals.
Im Saal:
Großer Ball.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag, den 20. September cr.:
Aufstufen der beliebtesten
Norddeutschen Sänger
und darauffolgend:
Extra-Ball.

Sansouci.
Sollbuscherthor - Stat. der Hochbahn.
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag nach der
Sollre:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theaterabend.
Sonntagabend, den 18. September:
Die Fieber des Musikanten.
Vollständigt mit Gesang in 5 Akten
von Rudolf Knefel.
Nach der Vorstellung:
Extra-Tanzkränzchen.
An diesem Abend kommen Gesell-
schaftsleute für die Winterferien zur
Ausgabe.

Reichshallen
Stettiner Sänger
(Knefel, Dietrich, Drifan,
Steidl, Böhm, Böd-
mann, Wiltner,
Schradern, Ederino jr.)
Anfang 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

WINTER GARTEN
Das
Sensations-Programm
Florence u. Lillia, musik Nummer
Anne Danorey, Pariser Soubrette
Die drei Macagnos, Szenen im Café
Florence Moore, amerik. Sängerin
Mlle. Marguerite, Löwen-Dressouso-
Das Motogirl, die lebende Puppe
Lionel Strongfort, Kraftproduktion
Alexia, Bravontänzerin
Die Ten Jchi Truppe, japan. Zauberk.
Hickey u. Nelson, amerik. Excentrics.
Paul Coste, Bariton von der Gr.
Oper in Paris.
Die Jahrmärkingsprinzess, Ballett-Div.
Biograph. Bilder des Papstes.
Von der Reise zurück
Dr. Swarsensky, prakt. Arzt,
Kinderarzt,
Wrangeistrasse 49.

Germania-Prachtsäle.
Mittwoch, 16. September:
Hamburger Sänger
(Steidl, Boff).
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
8 große und kleinere Säle stehen
unter coulantem Bedingungen zur
Verfügung.
Etablissement
Buggenhagen
am Horitzplatz.
Täglich:
Streichkonzert.
Dienst- und Donnerstag:
Hamburger Sänger.
Nach d. Vorst.: Tanzkränzchen,
Baranzengel! Kom 1. Oktober ab
jeden Dienstag, Donnerstag,
Sonntag, Sonntag:
Schauss' Künstler-Ensemble
„Nordsterne“.
Nach jed. Vorst.: Tanzkränzchen.

Königstadt-Casino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstrasse.
Täglich! Um 9 Uhr: Täglich!
Die auserwähltesten Novitäten
Die weiße Dame.
Nach nie dagewesener Erfolg!
Franz Zebanski. Real
Misteri-Gruppe. Real
Bernhard und Clarissa. Das reich-
haltige Spezialitäten-Programm. Anf.
d. Vorstellung 8 Uhr, Sonnt. 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung Mittwoch, Sonn-
abend, Sonntag: Tanz.

2000L*
Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Erweitert bis Prinzessinnenstr.
Höchste Leistungsfähigkeit
durch **Riesen-Lager**
und **Riesen-Umsatz!**
Extra! Zurückgesetzte
Teppiche. Pracht-Exemplare!
M. 3,75, 6, 10, 20-100 etc.
Gardinen, Portieren, Möbel-
stoffe, Steppdecken etc.
Sehr beachtenswert!
Meine ständige
Ausstellung
von Teppichen etc. etc.
in **Linden-Galerie**
(zwischen Unter den Linden
und Behrenstrasse).
Pracht-Katalog
mit etwa 600 Abbildungen
in künstlerischer Ausstattung
auf Wunsch gratis u. franco.

Cirkus Schumann
Heute Mittwoch, 16. September cr.,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Das
Tagesgespräch von Berlin:
Herr Julius Seeth mit seinen
nicht im Zoologischen Garten
gejagten
25 männlichen Löwen
Geschenkt Sr. Majestät des Kaisers
von Abyssinien.
Frühling, Sommer, Herbst u. Winter!
Großes Ballett-Divertissement in
pomposen Kostümen.
in spanischer Schule
geritten von
Andalusia, Fr. Dora Schumann.
Zum Schluss: Spanischer Stierkampf.
6 ungarische Jucker
in einem ganz neuen Genre dressiert
vom Dir. Alb. Schumann.

Steidl-Theater.
Oranienbr. Th. Lindenstr. 132.
Täglich 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr:
Soirée der beliebten FRITZ
Steidl-Sänger
Entree 50 Pf. (Vorverkauf 40 Pf.) Loge 1 A.
Sonntag u. Donnerstag n. d. Soirée:
TANZKRÄNZCHEN im Festsaal

Arnold Scholz, Chausseestr. 103a.
Germania-Prachtsäle.
Mittwoch, 16. September:
Hamburger Sänger
(Steidl, Boff).
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
8 große und kleinere Säle stehen
unter coulantem Bedingungen zur
Verfügung.

Wurm's
MAGENDOCTOR
ist das
Beste für den Magen
Stenographie
Stolze-Schrey.
Neue Unterrichtskurse in der vereinfachten Stenographie beginnen im Arbeiter-Stenographenverein:
Dienstag, 22. September,
bei Lehmann, Schulstr. 29.
Freitag, 25. September, bei
Grups, Annenstr. 16.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Unterrichtsgeld 4 Mark.
Die erste Stunde ist kostenfrei!

Dur Probe! Beste Kastrmesser
der Welt!
empf. gegen Radfahrer od. verb. Radfahrer
Fritz Hammerfabrik, Gehr, Södingen,
Waldenstraße 11 und 12.
Diamantstahl-Kastrmesser 2.-
best. Silberstahl
2.- mit Ein-
streichen mit
Vollst. 1.50, Stahl
u. Stahl 0.50, Stahl
0.25, Wappstein 2.
2.50. Kompl. Kastr-
messer in feinem
Geh. 2.-.
Katalog mit über
2000 Gegenständen, wie: Kastrer, Scher-
ren, Senen, Messer, Messer, Gold- u.
Silberwaren, erhält jeder frei, un-
sonst. Bitte zu verlangen für Wieder-
verkauf beste Bezugskunde.
Radfahrer beachten.

Stepdecken
kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik, 72 Wall-
straße 72, wo auch alle
Stepdecken aufgegeben werden.
B. Strohmayer, Berlin 14.
Musterkatalog gratis.

Kronleuchter-Fabrik
für Gas, Petro-
leum u. elektrisch
Licht 18/18*
Siegel & Co.,
Berlin, Prinzenstr. 33.
Grösste
Auswahl.
Verkauf zu Fabrikpreis.
an Private. Musterbuch franko.

Anzüge nach Maß für
Herren u. Knaben
größte Auswahl in in- u. aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Anzüge, Reithosen etc., werden
unter Garantie des guten Sitzes
zu überaus billigen Preisen
schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft
bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Reinhold Sprung
am 13. d. M. gestorben ist. 121/13
Jahre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September cr.,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Kaiserlich-
Kirchhofes in Weihensee aus, statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Be-
kannnten die traurige Nachricht,
daß meine liebe Frau
Emilie Schablin
durch den Tod erlöst ist.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag nachmittags 3 Uhr von der
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-
hofes aus statt.
Um stillen Beileid bitte!
Albert Schablin
nebst Kindern.
Waldemarstr. 74.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, des Baumeisters
Samuel Karge
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten meinen tiefgefühlten
Dank.
16758
Hinna Karge nebst Kindern.
Von der Reise zurück
Dr. Großjahn, Arzt
1699b Alexandrinenstr. 90.

Charlottenburg
Krummestrasse 5
Herren Garderoben nach Maß
von Karl Ehring, Schneidermeister.
Stofflager, englische u. deutsche Stoffe.
Solide Preise. 26282*

Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
recht zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister,
Rixdorf, **Richardstrasse 116,**
am Denkmahl.

Credit. Monallich
- 10 Mark -
Hefere Anzüge,
Paletots
nach Maß.
Der Kasse allerbilligste Preise.
Wer selbst Stoff hat, 20 M. an.
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Prinzenstr. 55.

Vorwärts - Buchhandlung
SW., Lindenstrasse 69.
Für Radfahrer!
Radfahrplan von Berlin mit
Angabe der Art des Straßen-
pflasters, der für Radfahrer ver-
botenen Straßen etc. . . 50 Pf.
Radfahrerkarten von Berlin
und weiterer Umgebung (von
Nachmittags bis Jüterbog, von
Wentrich bis Frankfurt a. O.) auf
Leinwand ausgegeben, in Karton
1,75 M.
Radfahrerkarten von Deutschland
und angrenzenden Ländern,
mit Angabe der Beschaffenheit der
Wege, Entfernungen der ein-
zelnen Orte unter sich, Höhe
über dem Meer, Steigungen etc.,
kleinem Führer, ausgegeben, in
Karton, jede Sektion 1,50 M.

Bruch - Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Lieferant: Orth- u. Hiltz-Grantenoffen.
Berlin C., 20052*
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
Pelotten, angenehm und weich
am Körper.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer**,
nur **Mariannen-Strasse 2.**
Bereits-Kranze, Gärten u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Guirlandes
etc. werden fein u. preiswert geliefert.
Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald**,
Alexandrinenstrasse 1a.
Kranze mit Bildmotive, Blumen-
Arrangements zu Festlichkeiten, Bou-
quets, Topfgewächse jeder Art etc.
preiswert.

Ehrenpreis: Goldene Medaille Berlin 1903.

Trinkt Bilz Brause.

Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk.

General-Vertrieb: Überall zu haben!

Otto Starick, NO, Landsberger Allee 7.

Tel. VII, 1666.

Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten Façons
in blau und schwarz Kammgarn
und Cheviot.

Julius Lindenbaum,

Grosse Frankfurterstrasse 141,
Ecke Fruchtstrasse. 23997.

Grösstes Etablissement
des Ostens, Nordostens und Südostens.

× Anerkant realiste und billigste Bezugsquelle. ×

Costüm-roecke

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
Amerikan. fussfreie Strassenröcke jetzt 5,75, 9, 10 Mk.
Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel 10, 12, 15 Mk.
Neuheiten i. Herbstblusen 3, 5, 7, 50 Mk.
Einsegnungskleider in schwarz und weiss 15, 18 u. 20 Mk.
Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch nach Maass in 24 St. 18, 20, 25 Mk.
Elegant garnierte Kleider in Zibeline, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
Herbst-Paletots, Winter-Paletots in den neuesten Modellen und Stoffen in vollendetster Ausführung, in jeder Preislage.
Jacken u. Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen, neuen Modellen 15, 20 Mk.
Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Maassanfertigung.

Ein Urteil

über unsre Firma kann sich jeder unbefangene und vorurteilsfreie Käufer von selbst bilden, der einmal unser Special-Geschäft in Herren- und Knaben-Garderoben, Drantenstr. 40/41, besucht hat. Jeder, der unser Etablissement in der letzten Zeit besucht hat, wird ohne weiteres zugeben müssen, dass wir uns nicht nur rühmend vergrößert haben, sondern auch auf dem Gebiete der Fabrikation geradezu Hervorragendes leisten. Der Bedeutung unsrer Firma und den Anforderungen unsrer verehrten Kundenschaft Rechnung tragend, halten wir Herren- wie Knaben-Bekleidung in jedem nur möglichen Genre auf Lager.

So offerieren wir zur Einsegnung, so lange der Vorrat reicht:

2000 Einsegnungs-Anzüge

die durch hervorragend gute Qualität wie auch durch elegante Herstellung und Ausstattung jedermanns Anerkennung finden dürften.

Besonders empfehlen wir:

- 1. Einsegnungs-Anzug** aus mittelstärker, fleischwarmer fein gestrippter Kammgarn-Ware, sehr solide, haltbare Qualität in ein- und zweifacher Façon, mit eleganter Serge gefüttert, prachtvoll gearbeitet, auch für Nichtkäufermanden als Sommeranzug geeignet. **12,75 Mark.**
- 2. Einsegnungs-Anzug** aus Kachener Tuch-Kammgarn-Ware, fleischwarmer, f. i. geldwert, edles Fabrikat, einreihig, teilweise Handarbeit, Jackett mit prima Serge gefüttert, auf gebiegene ausgestaltet, Schlaf für Rob. **18 Mark.**

Diese Preise halten wir, so lange unsre Vorräte reichen, aufrecht. Die Preise sind auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich aufgedruckt und streng fest.

Um eine leichtere Bewältigung der Bestellungen nach Rohermöglichen zu können, bitten wir unsre verehrte Kundenschaft, den Winter-Bedarf in Herren-Bekleidung recht zeitig zu bedenken. Dem Besteller ersucht hierdurch kein Risiko, da wir für tadellose Ausführung aufkommen.

Bei dem in unsrem Etablissement herrschenden regen Verkehr kann jedermann, auch Nichtkäufer, unsre Ergänzungen ungenügend in Bezug auf Güte und Preiswürdigkeit prüfen, ohne den Unannehmlichkeiten ausgesetzt zu sein, von den Angestellten zum Kauf anhalten zu werden.

Heitinger & Co. Deutsche Compagnie
Berlin, Oranienstr. 40/41.

„Volkswille“

Beste deutsche 2 Pf.-Cigarette.

Heller türk. Tabak! Hochfeines Aroma!
Leichte Mischung! Feinste Handarbeit!

Cigarettenfabrik „Alexandria“ Dresden.

Vertreter: Hugo Sprödowsky, Berlin N., Brunnenstr. 159.

Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln, zu den billigsten Preisen, in guter, gediegener Arbeit empfiehlt.

Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simonstrasse 19, a. b. Witten-Salofstr.

Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Möbel

einzelne, wie ganze Wohnungs-Einrichtungen schon von 200 Mark an, gebrauchte spottbillig, kaufen Sie am vortheilhaftesten gegen Kasse wie auf Teilzahlung bei der gutrenommirten Firma

Berliner Möbel-Halle „Norden“
Häckerstrasse 120, am Gartenplatz.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Ziehung: 28. Sept. - 2. Okt.

18 970 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

575000

Hauptgewinn: Mark

100 000

50 000

25 000

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
O. m. b. H., Bank-Geschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 101

Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 46a.
SO. Oranienstr. 177.

Stempel, 20022
Chür-Schilder,
Schablonen,
Gravierungen.
Abzeichen,
Typen-Druckereien,
Dektographen,
Stahlschneidwerk,
Pettschafte u. dgl.

H. Guttman,
Brunnenstr. 9.
Fernspr. N. III 6442

Herren-Moden

elegante Ausführung
geringe Teilszahlung

J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für 23/30
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Blattentisch verkauft wegen andauernder Krankheit Rastigerstr. 23.

Gordinenband Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37*

Herrenanzüge und Paletots, extra gute und hiesige Arbeit, Modell-sachen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr. 1854R*

Gedächtnis Herrenanzüge, Herrenpaletots, feinsten Stoffen herrlich, 20-38, Herrenhosen 8 bis 12 Mark. Deutsches Versandhaus, Näglerstr. 63, 1 Treppe. 1628B*

Raffen Sie einen Sohn einlegen, so kaufen Sie den Anzug bei Herrmann Schöfner, Turmstr. 85, Sie haben dadurch die Sicherheit, daß Sie 1. unter großer Auswahl bequeme wählen können, 2. neue, feine und haltbare Qualität bekommen, 3. guten Sitz und beste Stoffe erhalten, 4. zu unbedingten festen Preisen kaufen. Jedes dort gekaufte Stück ist den dafür gezahlten Preis auch wert. Niemand zahlt mehr, niemand weniger. Kein Vorschlagen, kein Diktieren, Handeln oder Nachfragen, aber Billige Preise. 1874R

Geliebte Paletots, Anzüge, Hosen, Westen, Koffer, Operngläser, Kessel, Kenderer, Teelöffel, Goldschalen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reihzeuge, Harmonika, Geigen, Silberne Postkassen, Lade, Drantenstr. 131. 16296*

Krawattenkoffer, große Auswahl, Wallnertheaterstr. 30. 1467B*

Achtung! Handwerker, Arbeiter empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Wollsteigerung meine Kammgarn-Sweater, plattiert Kammgarn a 3,25 und 3,50, reinwollener Kammgarn a 4,80 und 5,20, doppeltfarbte reinwollene Kammgarn 5,80 bis 6,30. Theodor Rieck, 1. Gehöft Drantenstr. 174, 2. Gehöft Drantenstr. 198. 1822R*

Stoppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstr. 20. +98*

Teppiche (sehr haltbar) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Gieselerstr. 4, Bahnhof Dörje. 93/2*

Teppiche, Vorhänge, Tischdecken, spottbillig, Leihhaus Reanderstr. 6.

Reiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gutsfabrik, Comptoir Kaiserstr. 25A, früher Bornstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Beuten, Steppdecken, Wäsche, spottbillig Leihhaus, Reanderstr. 6.

Remonteur, Ketten, Regulatoren, spottbillig Leihhaus, Reanderstr. 6. 22/15*

Gordinen, Stores, Kleidungsstücke, spottbillig Leihhaus, Reanderstr. 6. 22/15*

Möbel, Spiegel, Bilder, spottbillig Leihhaus, Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 22/15*

Möbelmagazin Meyer, Invalidenstr. 33, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen, Große Auswahl, Billige Preise. Beste Ausführung. Teilzahlung gestattet. 1897R*

Möbel, Spiegel, Bilder, spottbillig Leihhaus, Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 22/15*

Möbelmagazin Meyer, Invalidenstr. 33, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen, Große Auswahl, Billige Preise. Beste Ausführung. Teilzahlung gestattet. 1897R*

Wäschefabrik Drantenstr. 173, am Oranienplatz, liefert geschmackvolle Einrichtungen von 285,00, 428,00, elegante 660,00-1000,00. Englische Schlafzimmer 290,00, Tischsessel 65,00, Kleiderbügel, Bettl. 45,00, geschlitzte Bettl. 125,00, Wäschebrette mit Matratze 45,00, Schreibstisch 52,00, Spiegel 15,00, Spiegelst. 25,00, Tischgarnituren, allen Farben, 100,00, Küchenschemel, auch Teilzahlung. 1826R*

Kranenfabrik für Zimmer und Straße kauslich und leistungsfähig in allen Preislagen. Repp, Wäckerstr. 65. 22/15*

Teppiche mit farbentrichenen Fadenniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37*

Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof, Nähmaschinen (ämtlicher Systeme, ohne Ausnahme, Woche 1,00, Postkarte genügt. 4129*

Nähmaschinen, Fabrik bis zehn Mark, wer Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Alle Systeme, Woche 1,00, Postkarte genügt. Borsdorf, Hornbacherstr. 50. 53/12*

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark an und Langschläger von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstr. 20 nahe der Landsbergerstr. 1723R*

Gedächtnis Herrenhosen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 11. 8*

Stoppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37*

Fahrräder, Teilszahlungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Stillerstr. 40. 1830R*

Bobbin-Näher, Schnellnäher auch ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Stralauer Allee 26. 1987R*

Umständelhalter verkaufe billig zwei neue Federbetten, Stores, Gardinen, zwei Steppdecken, Wäschebette, Teppich, Vandaende, Raumstr. 82, I. Unt. 1678B

Verstellbar, Tischgarnitur, Spinde, Innebett, Tischs. 48, wenig gebraucht, dringend. Friedländerstr. 136a III. 53/15

Restaurant zu verkaufen, 600 erforderlich, Ban und Jagdgebiet, Rorden, Vossamt 65. +90

Gediegene Tischgarnitur, Kuchenschalen umständelhalter billig, Brautleuten passend, Garnitur, Trumeau, Paneele, auch einzeln, Invalidenstr. 107/108, I. Unt. 24/14

Wäschefabrik, Wäsche, Tischdecken, Betten, 16555*

Anzugerei, 8,00, Kletterhandlung, Invalidenstr. 9. 16605*

Wäschefabrik, spottbillig, gut, schnell, geübt, Reparaturen, Reparaturen, Gardinenreinigung, auch Kundsch. Ober, Fruchtstr. 45.

Ein Posten billige Kleiderkränze, 22 bis 28 Mark, nur heute und morgen, Zeitstelle mit Matratze 28 Mark, Reichenbergerstr. 37, 16650

Ringschiffchen, wie neu, zu verkaufen, Reparaturen billig, Sachler, Hildorf, Reuterstr. 27. +133*

Wäsche, Gardinen, 0,50 Abzahlung, Mariannenstr. 24, Wäsche, (Postkarte). +26

Wohlfühlerei, Schod 10 Pfennig, Kinnstr. 50 vom IV. 1671B

Kleiderkränze 16,00, Matratze mit Keilissen 6,00 unangeseher, Krümpfer, Reuterstr. 4. 1674B

Nieder-Schönhausen, Fortzug Ausland, Zeitstelle, rote Wäsche, 14 Mark, Schlagregulator, Stand neuer Betten 30 Mark, Kinderbettstelle, verschiedene, Kaiser Wilhelmstr. 21, Hof I. 1672B

Wäschefabrik, passend für Arbeiter, Prosch halber billig zu verkaufen. Gernahl, Gieselerstr. 7 II. 1674B

Reparatur, Kette, Woche an Halle, Miete 1800, billiger Kaufpreis, muß sofort verkaufen. Dars, Ebingerstr. 33. 24/13

Wingischiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Reimderstr. 60/61, Penzlanerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. +98*

Reparatur mit Verne und Nähmaschinen für 2500 Mark zu verkaufen. Miete 1500, Bierbrauerei monatlich 25 Halbe, Brauerei bill. Näheres Compagnienstr. 31 im Lokal. +20

Die Ursachen, weshalb die Arbeiter krankheit, speziell die Metallarbeiter, ihre Arbeitsfähigkeit bei Schieferer laufen, liegen in der außerordentlichen Leistungsfähigkeit dieser Firma.

Vermietungen.

Wohnungen.

Rechtsbureau! (Alexanderplatz), Kurzstr. 48/49, Gerichtsbescheid, Eingabengeld, 53/14*

Rechtsbureau, Prosch, Reichenbergerstr. 72a, 1658B*

Rechtsbureau, Gerichtsbescheid, Eingabengeld, 53/14*

Rechtsbureau, Gerichtsbescheid, Eingabengeld, 53/14*

Rechtsbureau, Gerichtsbescheid, Eingabengeld, 53/14*

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle, 2 Herren, Friedrichsdenkstr. 35, Nähe Schillerstr. 14, II. +145*

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren Reichenbergerstr. 72a, vom 2. Treppen, Dyt. +20

Schlafstelle für Herrn bei Schmitt, Annenstr. 39, vom 4. Treppen.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volksfänger-Gesellschaft Leowan-dowstr., Deusselstr. 28. +91*

Stellenangebote.

Klavierpieler wird für Sonntag verlangt Hofenheide 11. +121*

Haus Handwerker zum 1. Oktober verlangt H. Zopf, Gieselerstr. 24.

Wieder, Gürtler am Uffelsold sucht H. Bendi, Reimderstr. 66.

Tüchtige Einballeter verlangt Berg, Wäckerstr. 82. 1668B

Grundbesitzer verlangt Goldblech-fabrik Deutsch u. Rothmann, Wäckerstr. 4. 1662B

Steinmehlen und Karmaschleifer werden per sofort gesucht bei Ballenstedt, Koppel-Gaulstr. 13. 1664B

Schneider, Lehrling verlangt Alexandrinenstr. 47a, III. +57*

Härter, Bäcker gesucht, Gehr. Alenbergerstr. 4. +118

Schneider, Lehrling verlangt Eiferstr. Neue Hofstr. 9. 1680B

Lehrjunge, die das Malerhandwerk gründlich erlernen wollen, verlangen Gehr. Bendlisch, Neue Ansbacherstr. 7. 1677B

Almosensammler verlangt Klingenberg, Poststr. 7, vom V. 1671B

Knabenbinder, Knaben-, Weibchen-Arbeiterinnen verlangt Stachelsch, Doppel-Allee 14, II. +71

Arbeiterin auf feste Blusen verlangt Ding, Mariannenstr. 31, IV rechts. 1673B

Tüchtige Blätterin verlangt Wilhelm Stolzstr. 43. 1642B*

Gedächtnis Kartonsarbeiterin verlangt J. Gänther, Reuterstr. 2. 1611B*

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck herabgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. des Zeile.

Motorwagenführer,

der zugleich tüchtiger Reparatör ist, für Benz.-Wagen gesucht. Vorstellung mit Zeugnis mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. 26302

A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestr. 1-2.

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Piano-fabrik von Nieder & Co., Alexanderstr. 22 und Wallner-Theaterstr. 26/27, ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen gesperrt. 14272*

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Gärtler hat einen über Erwartungen großen Umfang angenommen. Die Gärtlerversammlung, die Montagabend im Gewerkschaftshause stattfand, war so zahlreich besucht, daß der große Saal bereits um 8 Uhr überfüllt war und polizeilich abgesperrt wurde. Nachdem dann die Gärtler derjenigen Betriebe, wo die Forderungen schon bewilligt sind, aufgefordert wurden, sich nach dem Saal I zu begeben, war auch dieser samt dem Saal III bald überfüllt. Dem Verichte, den Cohen über den Stand der Bewegung gab, ist zu entnehmen, daß bereits 40 Firmen, die 240 Gärtler beschäftigen, die Forderungen durch ihre Unterschrift bedingungslos anerkannt haben. In den Streik getreten sind bei 183 Firmen 1540 Kollegen, jedenfalls wird noch eine große Anzahl hinzukommen, so daß die Zahl der Streikenden auf circa 2000 wächst. Die Situation wurde als sehr günstig für die Streikenden bezeichnet. Viele Firmen mögten gern alles, ja noch mehr als verlangt wird, bewilligen, scheuen sich aber, ihre Unterschrift zu geben. — Einmütig wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung beschließt, daß unter allen Umständen überall da, wo die Forderungen nicht schriftlich anerkannt sind, die Arbeit am 16. September früh nicht wieder aufgenommen werden darf.“

Diejenigen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, werden verpflichtet, zur besseren Unterstüzung der noch nicht vollberechtigten Streikenden wöchentlich 1 M. Extrafreie zu zahlen. In der Versammlung am Dienstagvormittag wurde berichtet, daß bis dahin 48 Firmen, die 281 Kollegen beschäftigen, bewilligt haben. Eine große Anzahl anderer Firmen verlangt dringend, mit einem Vertreter der Organisation zu verhandeln. Auch der Hirsch-Dundersche Gewerksverein hat sich mit den Forderungen der Streikenden einverstanden erklärt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dementsprechend gehandelt wird. — In den Berichten der Vertrauensleute der verschiedenen Bezirke wurde wiederholt verlangt, daß auch die Schleifer, Dreher und Schlosser der in Betracht kommenden Bezirke die Arbeit niederlegen. Nach einem Vorschlage Cohens, der von der Versammlung gutgeheißen wurde, soll das jedoch nur in dem Umfange, wie es zur Durchführung der Forderungen notwendig erscheint, geschehen. — Die nächste Streikerversammlung wird Donnerstagvormittag 9 Uhr stattfinden.

Der Streik der Metallarbeiter. In der Versammlung der Streikenden, die Montagvormittag im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte, waren, wie die Auszählung ergab, 608 Streikende von 121 Firmen anwesend. Die wirklich in Betracht kommenden Zahlen werden noch etwas höher sein, da zur selben Zeit bei einigen Firmen mit den Streikenden verhandelt wurde. Wie Cohen berichtete, hat seit Sonnabend noch eine Firma bewilligt. Im Verlauf der Versammlung kamen jedoch noch außerdem 2 Bewilligungen hinzu, so daß jetzt 22 Firmen die Forderungen unter schriftlich anerkannt haben. 8 Firmen, die unter allerlei Vorbehalten bewilligen wollten, mußten zurückgewiesen werden, weil von den Streikenden grundsätzliche unbedingte Anerkennung der Forderungen verlangt wird. Die Situation wurde vom Referenten als äußerst günstig für die Streikenden bezeichnet. Ein nennenswerter Zugang von Streikbrechern sei wegen der Eigenart der in Betracht kommenden Arbeiten ausgeschlossen. Die Streikenden könnten mit Fug und Recht die weitere Entwicklung der Dinge abwarten. — Die gleiche Ansicht trat in der Diskussion hervor. Die nächste Versammlung der streikenden Metallarbeiter soll am Mittwochvormittag stattfinden. Die Agitationskommission wurde beauftragt, als Lohnkommission zu fungieren.

Die Vaterträger hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung in Bernauß-Besselen ab, um zur diesjährigen Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Nach dem einleitenden Referat Wendes wurden folgende Forderungen aufgestellt: Einen Tagelohn von 8 Mark. In der dritten und vierten Etage Stellung eines Wasserträgers seitens des Unternehmers. Keunfünftige Arbeitszeit und Zahlung des Lohnes vom Unternehmer. Die Diskussion, an der sich u. a. auch Neumann als Vertreter der centralorganisierten Vater in zustimmendem Sinne beteiligte, war eine äußerst lebhaft und wurde beschlossen, am Dienstag, den 16. d. Mts. vorstehende Forderungen auf sämtlichen Bauten zu stellen und dort, wo dieselben nicht bewilligt werden, sofort die Arbeit niederzulegen.

Lohnbewegung in der Kartonindustrie. Am Montag besuchte eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Kartonarbeiter und Arbeiterinnen mit der Antwort der Prinzipale auf die vor ungefähr acht Tagen eingereichten Forderungen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Festsetzung der neunstündigen Arbeitszeit, eines Minimallohnes von 24 M. pro Woche, Zuschläge für Ueberstunden von 25 und 33 1/2 Prozent und um Einführung eines Tarifs für Accorarbeit. Zwei Firmen haben bewilligt, mehrere andre wünschen zu verhandeln. Vom Vorsitzenden der Vereinigung der Berliner Kartonfabrikanten lag ein Schreiben vor, worin er mitteilt, daß wegen der Kürze der Zeit noch nicht alle Mitglieder der Vereinigung sich über die Forderungen äußern konnten. Die Versammlung beschloß, daß bis zum Mittwoch, den 16. September, eine bindende Erklärung von den Fabrikanten verlangt werden soll. Am Abend desselben Tages wird wiederum im Englischen Garten eine öffentliche Kartonarbeiter-Versammlung stattfinden, wo weitere Beschlüsse gefaßt werden.

Achtung, Buchbinder und Buchbinder-Arbeiterinnen! In Reu-Auppin bei der Firma Lange befinden sich unsere Kollegen und Kolleginnen noch im Auslande. Die Firma versucht jetzt die Arbeiten in Berlin herzustellen zu lassen. Es handelt sich um Schleichbücher für das Militär. Die Formulare tragen die Firma Gustav Kühn. Wir ersuchen dringend, alle Arbeiten aus Reu-Auppin streng zurückzuweisen, andernfalls Nachricht an unser Bureau, Engel-Ufer 15 gelangen zu lassen.

Ortsverwaltung des Buchbinder-Verbandes. Mit dem Anschluß der Bauanschläger an den Metallarbeiter-Verband besetzte sich am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung sämtlicher Ortsgruppen des Verbandes der Bauanschläger Deutschlands. Wie der Vorsitzende Kasube berichtete, haben sich bei der Urabstimmung 99 Mitglieder für und nur 7 gegen den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband erklärt. Im Verein der Bauanschläger, der lokalen Organisation, stimmten 162 für und 80 gegen den Anschluß. Zwischen den Vorständen beider Organisationen haben Verhandlungen stattgefunden, um den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband gemeinsam zu vollziehen; der Verein hat trotzdem schließlich allein gehandelt. Bei den Versammlungen, die in der vorigen Woche mit dem Bevollmächtigten Cohen vom Metallarbeiter-Verband gepflogen wurden, waren jedoch Vertreter beider Bauanschläger-Organisationen anwesend. Für den Anschluß wurden sehr günstige Bedingungen gestellt. Die Bauanschläger werden eine eigene Branche im Metallarbeiter-Verband bilden. Die Mitgliedschaft in ihrer früheren Organisation soll den Bauanschlägern beim Uebertritt voll angedreht werden. Die Zahlstellen und Arbeitsnachweise des Verbandes der Bau-Anschläger bleiben bis auf weiteres bestehen.

In der Diskussion sprachen mehrere Redner den Wunsch aus, daß der Anschluß wenn möglich bis zum 1. Oktober vollzogen wird, und daß Differenzen, die jetzt zwischen dem Verband und dem Verein der Bauanschläger obwalten, dann aus der Welt geschafft werden. — Von einer Neuwahl des Vorstandes wurde aus Rücksicht auf den bevorstehenden Anschluß an den Metallarbeiter-Verband Abstand genommen. Für die Crimmitschauer Textilarbeiter bewilligte die Generalversammlung 50 M.

Die Badeanstalt von Fenster, Chausseestraße 81, über welche die gewerkschaftliche Organisation des Badeanstaltspersonals die Sperre verhängt hat, erregt seit ihrer besonderen Aufmerksamkeit der Polizei. Ein Schuttmannsposten scheint eigens zu dem Zweck aufgestellt zu sein, um jedem, in dem man einen Streikposten vermutet, den Aufenthalt vor dem Hause Chausseestraße 81, ja sogar das wiederholte Vorübergehen an dem Hause zu untersagen. Die Sperre ist bekanntlich verhängt worden wegen Maßregelung zweier Bademeister. Ueber die Ursachen der Maßregelung wird uns berichtet: Am Sonnabend verlangte der Besitzer der Badeanstalt, daß die beiden im Dampfbad beschäftigten Bademeister ein auf dem Boden befindliches Wasserreservoir reinigen sollten. Diese Arbeit, für die es keine Entschädigung geben sollte, hätte am Sonntagvormittag verrichtet werden müssen. Unter diesen Umständen lehnten natürlich die beiden Bademeister die Arbeit ab. Sie nahmen übrigens an, daß sie durch die Sonntagnachmittagsarbeit am Besuch einer von ihrer Organisation veranstalteten Versammlung gehindert werden sollten. Am Montagabend, als die betreffenden ihre Tagesarbeit beendet hatten, erklärte ihnen Herr Fenster unter nichtigen Gründen, daß sie entlassen seien. Am Mittwoch erklärten sich der noch dort arbeitende sowie ein als Ersatz eingestellter Bademeister mit den Entlassenen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Inzwischen hatte auch eine weibliche Angestellte die Arbeit niedergelegt. Als Ersatz für die Gemahregelten bzw. Streikenden ist ein Friseur und Koffer, der noch nie in einem Dampfbad gearbeitet hat, eingestellt worden. — Diese Differenzen zwischen dem Badeanstaltsbesitzer und den Angestellten sind es, welche die Polizei veranlassen, einen Schuttmannsposten mit der Beobachtung des betreffenden Hauses zu beauftragen, der jedem mit Sistierung droht, welcher als Streikposten auf der Wildfläche erscheint.

Deutsches Reich.

Zum Ausstand in Crimmitschau. Kürzlich haben die Ausgesperrten wieder einmal ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen und zur Beilegung des Konfliktes unter annehmbaren Bedingungen bekundet. Das Antwortschreiben, welches die Fabrikanten darauf erteilten, stellt an die Arbeiter Anforderungen, welche einer bedingungslosen Unterwerfung gleichkommen. Eine Beendigung des Kampfes unter solchen Bedingungen lehnten die Ausgesperrten natürlich ab. Für große Versammlungen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigten, nahmen nachstehende Resolution an:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Zuschrift des Fabrikantenvereins, die derselbe als Antwort auf das Ersuchen der Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes um Einleitung gemeinsamer Verhandlungen an diesen gerichtet hat. Die Arbeiter protestieren gegen die Zustimmung, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Sie protestieren weiter gegen die Annahme der Fabrikanten, bei eventueller Beendigung der Aussperrung unter der Arbeiterschaft eine Auslese halten zu wollen. Die Versammlung erklart in dem Antwortschreiben des Fabrikantenvereins eine dreifache Verhöhnung der Arbeiterforderungen, die sie nicht anders als durch unentwegtes Ausharren in dem den Arbeitern aufgezogenen Kampfe beantworten können. Gleichzeitig protestiert die Versammlung dagegen, daß den Arbeitern das Recht des Streikpostensiehens durch die Maßnahmen der Behörden illusorisch gemacht wird.“

Ausland.

Der Streik der Kärntner Wiens hat an Ausdehnung gewonnen. Am Sonnabend war die Kündigungsfrist abgelaufen, die Arbeiter und Arbeiterinnen traten in den Ausstand.

Eisenbahnerausstand. Aus Mailand wird gemeldet: Das Personal der Südbahn-Gesellschaft ist in den Ausstand getreten.

Der Lagererstreik in Stockholm ist nach achtstägiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Die Stundenlöhne sowie die Akkordlöhne wurden um ca. 10 Proz. erhöht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Morgen, Donnerstag, den 17. September, 8 1/2 Uhr, in den bekannten Lokalen Zahlabend und Vespereung über die Landtagswahlen. Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Charlottenburg. Die Parteigenossen des 7. Bezirks halten Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Grassunder, Wielandstr. 4, eine Bezirks-Vespereung ab, in der die Wahlmänner zur Landtagswahl nominiert werden.

Lokales.

Vor 25 Jahren.

In diesen Tagen sind es 25 Jahre her, daß auf dem St. Nikolai- und Marien-Kirchhofe in der Prenzlauer Allee 7 ein Mann begraben wurde, dessen wahrhaftige That der bismarckischen Reaktion für ein ungeheures Verbrechen gegen die deutschen Volksrechte zum Vorwand dienen mußte. Wir reden von dem Sozialistengegner Dr. Robiling, der am 2. Juni 1878 aus Gründen, die wohl wenig ein Geheimnis bleiben, auf Wilhelm I. seine Schrotflinte absenkte und dann nach Verübung dieses Verbrechens sich selber eine Kugel in den Kopf schoß. In dieser Wunde starb Robiling am 10. September; die Wunde aber, die mittelbar durch das Attentat den an sich schon spärlichen Volksrechten beigebracht wurde, sollte zwölf lange Jahre offen stehen.

In den 25 Jahren, die seitdem verfloßen sind, hat sich die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler in Deutschland verdreifacht. Damals galt es als ein gewaltiger Erfolg, daß Friedrich im vierten Berliner Reichstags-Wahlkreise mit 29000 Stimmen zum Abgeordneten gewählt wurde; am 16. Juni ds. Js. erhielt Genosse Singer in diesem Wahlkreise 68788 Stimmen!

Eine andre Erinnerung. Heute vor 25 Jahren, am 16. September, begann der Reichstag die Verhandlungen über das Sozialistengesetz, das zwölf Jahre lang den deutschen Namen mit Schimpf und Schande bedecken sollte und das der Partei, zu deren Vernichtung es erlassen war, zum höchsten Ruhm gereichte, das die Sozialdemokratie unter unerhörten Opfern einzelner zur stärksten, angesehensten Partei Deutschlands machte.

Manches hat sich seitdem geändert in deutschen Landen. Die verhasste, mit allen Mitteln der Verleumdung bekämpfte Partei hält zur Stunde in Dresden Rat, wie sie das Vertrauen, das ihr drei Millionen Männer in diesem Jahre entgegenbrachten, von neuem rechtfertigen, wie sie zum Besten des deutschen Volkes hinfort ihre Kraft nütze. Und die einsichtigsten unter unsren Gegnern gestehen offen, daß angeichts der Verurteilung des Bürgerturns ohne die Sozialdemokratie ein politisches Leben in Deutschland gar nicht möglich sei. Die Gruppe unserer Freunde aber, die damals als Fortschrittspartei am gehässigsten die Sozialdemokratie bekämpfte, die in Verleumdungen allen andren Parteien den Rang ablies und an die Spitze ihres Wahlaufsatzes das dreiste Wort stellte „fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstag“, diese Partei ist dank der selbstmörderischen Taktik ihrer Führer fast zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt und von der Gnade ihres verhassten Gegners abhängig.

Dieser Wandel der Dinge darf uns aber nicht über die Thatsache hinwegtäuschen, daß unsere Feinde in ihres Wesens Kern dieselben geblieben sind; und die Parallele zwischen damals und heute

wird offenbar, wenn wir uns das Wirken der Scharfmacher, den Staat eingeschlossen, und der Gerichte von damals betrachten. Auch heute noch glaubt der Staat als Arbeitgeber wunder was zu thun, wenn er in Dekreten, deren Ausführung schon infolge der Thatsache, daß mindestens der dritte Teil des deutschen Volkes socialdemokratisch ist, zur Unmöglichkeit wird — wenn er in solchen Anordnungen socialdemokratische Arbeiter in seinen Betrieben ihrer Bestimmung wegen dem Verhungern überantworten will. Vor 25 Jahren begann eigentlich diese Verfolgungs-Politik, deren Ergebnis im besten Falle ist, daß die Werkstätten von den intelligentesten Arbeitern entblüht werden. Der damalige Minister Rathenau boykottierte nicht allein selbst in den staatlichen Betrieben die socialdemokratischen Arbeiter, sondern empfahl auch den Unternehmern, die bekannnten Socialdemokraten aus der Arbeit zu jagen! Bürgerliche Blätter aber veröffentlichten Aufrufe an die Arbeitgeber, alle als Socialdemokraten bekannten Arbeiter zu entlassen und von den in Arbeit verbleibenden eine Erklärung zu verlangen, daß sie nicht zur socialdemokratischen Partei gehörten, keine Bestreuer zu socialdemokratischen Zwecken leisteten und socialdemokratischen Kandidaten keine Stimmen gäben. Die fortschrittlichen Blätter waren nicht die letzten, die sich durch solche Schimpflichkeiten besetzten. Es fand sich denn auch eine große Anzahl von Arbeitgebern, die dieser Aufforderung zur Terrorisierung ihrer Arbeiter nachkamen und bald konnten die Blätter lange Listen von Firmen veröffentlichen, welche erklärten, in Zukunft keine Socialdemokraten mehr beschäftigen zu wollen. An gutem Willen hierzu gebricht es auch heute dem Unternehmertum nicht, nur die Kraft fehlt ihm.

Und die erwähnte Parallele in der Praxis der Gerichte? Wie damals so leben wir auch heute in einer Periode der Majestätsbeleidigungsdraza. Der preussische Justizminister hatte bald nach den Attentaten ein Circular an die Gerichte und Staatsanwälte erlassen, worin das schärfste Vorgehen gegen die Majestätsbeleidiger empfohlen wurde, und die Richter ließen sich das nicht zweimal sagen. Die bekannte siebente Deputation in Berlin erkannte an einem Tage gegen sieben Personen, welche der Majestätsbeleidigung angeklagt waren, auf 22 Jahre und 8 Monate Gefängnis; gegen zwei der Angeklagten war das höchste Strafmaß, fünf Jahre Gefängnis, ausgesprochen worden. Und warum wurden solche entsetzliche Strafen erlassen? Gegen einen Schneider Bod verhängte der Gerichtshof zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, weil er in angetrunkenem Zustande auf der Straße die Worte vor sich hingebrochelt hatte: Wilhelm ist tot, er lebt nicht mehr. Eine Frau in Brandenburg a. H. wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie nach dem Bekanntwerden des Attentats sich äußerte: Nun, der Kaiser ist wenigstens nicht arm, er kann sich pflegen!

Man vergleiche mit diesen Fällen die Majestätsbeleidigungs-Aktionen von heute, und man wird finden, daß in der Züchtigkeit die damalige Zeit uns nicht besonders über war.

Und wenn die Thaten der Gegner, so sehr sie den Einzelnen trafen, an der socialdemokratischen Partei als solcher zu Schanden wurden, so konnte dies nur geschehen, weil wir in festgeschlossener Phalanx kämpften und so an der siegreichen Macht unserer Ideen sich die Gewalt brechen mußte. Nur in der Einigkeit werden wir zu weiteren Siegen gelangen und der uns von der Gerechtigkeit gestellten Aufgabe gerecht werden!

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft schreibt uns:

Die Obmänner des Vereins der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn sind bei uns wegen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bediensteten vorstellig geworden. Nach gemeinsamer mündlicher Erörterung der gestellten Anträge haben wir uns entschlossen, vom 1. Oktober d. Js. ab Gehaltsaufbesserungen in der Weise zu gewähren, daß die einzelnen z. B. bestehenden Gehaltsstufen schon in wesentlich kürzerer Zeit, das Höchstgehalt nach 15 Jahren — statt wie bisher nach 20 Jahren — erreicht und den über 20 Jahre im Dienste befindlichen Schaffnern und Fahrern besondere Alterszulagen gewährt werden. Außerdem haben wir die Zustimmung erteilt, für den Fall der in Aussicht genommenen Gründung einer Hinterbliebenenkasse des Vereins der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn einen jährlichen Beitrag in voller Höhe der gesamten Kassenbeiträge der Mitglieder zu zahlen.

Die Direktion der Großen Berliner handelt sich um eigenen Interesse, wenn sie die Verbindungen früherer Jahre wieder gut zu machen sucht und ihren Angestellten den schwereren Dienst besser als bisher entlohnt. Bedenklich will es uns jedoch erscheinen, daß die Gesellschaft ihre besonderen Zuwendungen einzig den Angehörigen des Arbeitervereins zu teil werden läßt und diejenigen Beamten, die an dieser Organisation keinen Geschmack finden, ohne Unterstüzung läßt.

Aus der städtischen Armenpflege wird uns ein Vorkommnis mitgeteilt, das wir der Armenverwaltung zur Beachtung empfehlen. Im Hause Wilschstraße 1 wohnte bisher ein jetzt im 47. Lebensjahre stehender Herr Eugen von Perbandt, der sich als Schreiber bezeichnete, ein Verwandter des Generalleutnants von Perbandt zu sein behauptete und in der Hauptsache von Unterstützungen sein Leben fristete. Obwohl er von verschiedenen Seiten, von der städtischen Armenverwaltung und von Privatpersonen, regelmäßig und gelegentlich sogar recht erhebliche Geldbeträge erhielt, soll er doch zeitweilig bittere Not gelitten haben. In der letzten Zeit war er krank und wohl auch durch Entbehrungen geschwächt. In der vorigen Woche nun entzündete dieser Mann, anscheinend in einem Anfall von Geistesstörung, in seiner dürftigen Wohnung, in der er allein wohnte, einen Haufen Papier, so daß ein Brandstiftungsversuch angenommen werden mußte. Die Vicevirin des Hauses, Frau Gutschow, die dem v. P. mehrfach und besonders in seiner Krankheit mit Nahrungsmitteln unterstüht hatte, lief nach dem Polizeibureau und bat um Hilfe. Aber hier wurde ihr geantwortet, so lange v. P. sich nicht gemeingefährlich zeige, könne die Polizei nicht eingreifen. Das gefährliche Verhalten des Kranken erschien dem betreffenden Beamten offenbar noch nicht als gemeingefährlich. Es blieb also nur noch übrig, die Organe der städtischen Armenpflege um Hilfe und Beistand anzugehen. Der zuständige Armenkommissions-Vorsitzer, Herr Gottschall, konnte allerdings nichts anderes thun, als Frau Gutschow an den Armenarzt des Bezirks, Herrn Sanitätsrat Dr. Peitert, Neue Schönhauserstraße 16, zu weisen. Frau G. begab sich mit dem ihr angestellten Schein sofort zu Herrn Dr. Peitert und trug ihm den Fall vor. Dr. P. forderte zunächst, der Kranke solle zu ihm kommen. Als ihm Frau G. bemerkte, das sei unmöglich, der Mann sei hilflos und müsse in ein Krankenhaus gebracht werden, erwiderte der Arzt: „Nun, das werden wir schon sehen, wenn ich komme.“ Und der Arzt kam und sah — aber nicht etwa an demselben Tage, sondern erst am nächsten! Bis zum Mittag dieses nächsten Tages mußte der Kranke auf Dr. P. warten, nachdem er inzwischen so schwach geworden war, daß er wiederholt aus dem Bette fiel und von Frau G. schließlich auf den Boden gebettet werden mußte. Frau G., die noch einmal beim Armenkommissions-Vorsitzer und auf der Polizei gewesen war, ohne Hilfe zu finden, hatte es abgelehnt, den Armenarzt erneut um seinen Besuch zu bitten, weil dieser ihr zu groß sei. Als Herr Dr. Peitert endlich eintraf, entschuldigte er seine Verspätung mit den Worten: „Ja, ich wollte schon gestern kommen, aber ich habe es vergessen.“ Er trat dann an das Lager des v. P. heran, hob mit seinem Schirm die Decke auf, richtete ein paar Fragen an den Kranken und bestimmte darauf, daß dieser in ein Krankenhaus gebracht werde. Das ist

ingwischen auch gesehen. Von der Verpätung des Arztes wurde nachher dem Armenkommissions-Vorsteher berichtet, aber sie setzte diesen Herrn gar nicht in Erstaunen. Herr Gottschalk gab eine Antwort, aus der hervorging, daß das nicht das erste Mal war. Trifft das zu, dann muß man sich freilich wundern, daß die Armen-direktion nicht schon längst von der Langsamkeit des Arztes Dr. Peiser in Kenntnis gesetzt worden ist.

Der Kommerzienrat Louis Simon, der Chef der Weltfirma Gebrüder Simon, ist gestern beinahe 75 Jahre alt in Bad Wildungen gestorben. Vor einem Jahre feierte Simon das 50 jährige Jubiläum seines Manufakturwarenhauses.

In der neuerrichteten staatlichen Desinfektorenschule zu Potsdam wurden bisher 30 Schüler ausgebildet. Von Mitte Oktober ab beginnen neue Kurse, zu denen die Stadt- und Landgemeinden aus der Provinz Brandenburg geeignete Personen entsenden können. Die Schüler rekrutieren sich meistens aus Barbieren, Heilgehülfen, Feuerwehrlenten, Lazarettwärtern, Bauhandwerkern, kleinen Beamten usw. und werden durch den eine Woche dauernden Unterricht so weit gebracht, daß sie eine Prüfung ablegen können, um später als Desinfektoren angestellt zu werden. Bisher bestanden in Preußen nur in Breslau, Danzig und Posen Desinfektorenschulen, zu welchen sich nun Potsdam gesellt. Es soll aber von Staats wegen für jede Provinz eine derartige Schule eingerichtet werden. In Potsdam ist dies in Verbindung mit der städtischen Dampf-Desinfektionsanstalt, welche von dem Ober-Desinfektor Passcheit geleitet wird, gesehen. Letzterer erlitt den Schülern, die eine vollständige Ausrüstung, bestehend aus grauen Leinwandhosen und Mützen, welche nur die Augen sichtbar lassen, erhalten, den praktischen Unterricht, während der theoretische Unterricht in einem Saale der königlichen Regierung von dem Medizinalrat Dr. Wehla und dem Kreis-Assistenzarzt Dr. Schichold erteilt wird, und zwar unter Vorführung von bakteriologischen Wandtafeln und Präparaten.

Die Vorgänge in der Bäckerei Germania, die zur Zeit die Gewerbe-Deputation beschäftigen, kamen in einer außerordentlichen Innungsversammlung am Montag zur Erörterung. Bei der Aufsichtsbekörde sind Beschwerden eingegangen, die sich auf die Geschäftsführung des Vorstandes beziehen, es sollen bei der Zeitungs-lasse Unterschlagungen vorgenommen sein, die der Vorstand gedeckt habe, das gleiche Verfahren soll er bei Verfehlungen von Innungsmitgliedern in früherer Zeit schon beobachtet haben. In der mehrstündigen, zum Teil erregten Debatte wurde festgestellt, daß gewisse Unregelmäßigkeiten seitens des früheren Meisters P., dem die Zeitung unterstellt war, erfolgten. Die Gelder sind von anderer Seite gedeckt, der genannte Meister ist seiner Ämter enthoben worden. Obermeister Bernard betonte demgegenüber, daß eine Schädigung der Innung in allen genannten Fällen nicht vorgekommen sei, bei Verfehlungen dieser Art habe er es stets für seine Pflicht gehalten, die schuldigen Beamten zu entfernen und die Innungsmitglieder vor Verlusten zu bewahren. Die meisten Redner stimmten dem Obermeister zu und sprachen ihm ihr Vertrauen aus. Der Hauptgegner des Vorstandes, Bäckmeister Habild, wurde von verschiedenen Seiten aufs heftigste angegriffen, weil er den Gesellen-Rachblättern Material gegen die Innung geliefert haben soll, ebenso wurde ihm vorgeworfen, daß er von Innungsführern sich habe Protekte geben lassen. Diesen Anschuldigungen gegenüber will Habild nun den Weg der Klage beschreiten, die ganze Sache wird deshalb noch vor Gericht erörtert werden.

Festgenommen wurde gestern die Mietschwindlerin, die wie wir kürzlich mitteilen, unter dem Vorwande, sich demnächst mit einem Post- oder Bahnbeamten verheiraten zu wollen, zum Vermieten ausge-schriebene Wohnungen besichtigte und dann aus den noch bewohnten Räumen stahl, was ihr in die Finger fiel. Gestern hatte die Schwindlerin und Diebin in der Tilsiterstraße Rech, als sie eine Frau Tiel heimzuziehen wollte. Dieser hatte nämlich eine ihr befreundete Frau Fehner erst vor einigen Tagen ihr Leid geklagt, wie sie beschwindelt und bestohlen worden sei. Bei der Frau Fehner war die „Mieterin“ mehr als dreifach gewesen und hatte das Glück gehabt, nachdem sie ein Pfünzmar-kstück, das auf dem Tische lag, eingesteckt hatte, wundert sie sich zu Frau Fehner, daß sie so viele Rode habe, und schlug ihr vor, ihr einen zu verkaufen. Dieser Vorschlag fand Anklang. Nachdem man sich auf eines der vielen Exemplare, das 3 M. kosten sollte, geeinigt hatte, nahm die Käuferin, weil sie kein kleines Geld hatte, Frau Fehner mit in den nächsten Grüntramladen, ließ das gestohlene Pfünzmarstück wechseln, zahlte der Verkäuferin den Thaler und ging mit dem Rest und dem Rode von dannen. Gestern aber ließ Frau Tiel ihre Freundin rasch holen und nun sah die Schwindlerin in der Falle. Die Verhaftete ist bereits in sechs Fällen überführt und gefänglich.

Unter den Krankenkassen, denen im laufenden Monat die ministerielle Genehmigung erteilt worden ist, daß sie den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen, gehört auch die Kranken- und Sterbekasse des Berliner Kellnervereins (E. S.)

Mehrere zum Teil schwere Straßen-Unfälle werden gemeldet: Gestern nachmittag versuchte eine etwa 40 jährige Dame vor dem Hause Gerichtstr. 23 am Rettelbedplatz den Fahrdamm zu überschreiten, und zwar vor dem Straßenbahnwagen Nr. 1908 der Linie 90, der in ziemlich schneller Fahrt herannah. Sie rannte hastig dem Straßenbahngeleise zu und ließ blindlings gegen die rechte Ecke der Vorderplattform des Waggons, stürzte zu Boden und blieb neben den Schienen liegen. Mit einem komplizierten Schädelbruch und schwerer Gehirnerschütterung wurde die Verunglückte nach der Charité gebracht, wo sie in völlig hoffnungslosem Zustande daniiederliegt. Die Verunglückte wurde als die berechnete, von ihrem Mann getrennt lebende Beetha Pietzsch, Liebenwalderstr. 41, festgestellt.

Ein zweiter ähnlicher Unfall ereignete sich in der Widnersdorferstraße in Charlottenburg, wobei der 12jährige Schüler Hemmig unter den Straßenbahnwagen Nr. 231 der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft geriet. Der Knabe kam mit einer Verletzung am Hinterkopf davon; er wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht. — Beim Ueberschreiten des Fahrdammes an der Ecke der Dranien- und Alexandrinenstraße wurde der in der Mariannenstraße wohnende Kaufmann Max Jacoby, als er im Begriff war, den Bürgersteig zu betreten, von der vorbeifahrenden Droschke I. Klasse Nr. 9421 erfasst und niedergedrückt. Er erlitt eine Quetschung des Unterschenkels und anschließend innere Verletzungen und wurde nach der Unfallstation in der Alexandrinenstraße gebracht.

Das Schicksal des Kirchendieners Mathes von der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche, welcher kürzlich wegen wissentlich falscher Anschuldigung und Verleumdung des Predigers Hagenu zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, erregt in der betreffenden Gemeinde wie auch in außerhalb derselben stehenden Kreisen Mißgefallen. Es hat sich eine Gruppe angesehener Herren zusammen-gesetzt, welche die Rechtsanwalte Morris und Wolfgang Heime beauftragt haben, gegen das Urteil Revision einzulegen, eventuell das Wiederaufnahme-Verfahren zu bewirken und in erster Linie die Gast-entlassung des Verurteilten zu beantragen.

Die Schuldeputation macht im „Gemeindeblatt“ bekannt, daß die Aufnahme in der städtischen Taubstummen-Schule anfangs April und Oktober stattfindet, und Eltern und Vormünder taubstummer, schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder die Anmeldung zum bevorstehenden Winter-Gemeiner bei Herrn Direktor Guggmann, Marktstraße 49, anzubringen haben. — Laut Magistratsbeschluss wird die unterste Klasse am 1. Oktober d. J. geteilt, so daß dann im ganzen 17 Klassen vorhanden sein werden. Dadurch wird eine Klassenorganisation erhalten, welche nicht allein die auf die spätere selbständige Erwerbsfähigkeit gerichtete Ausbildung der Taubstummen, besonders in der Lautsprache, vorzieht, sondern auch für die Kinder mit H ö r- und S p r a c h e s e n e, wie auch für die schwachbegabten Kinder die erforderlichen Verhältnisse zu ihrer speziellen Bild-

schulung sichert. — In die Taubstummenschule schießt sich die städtische Fortbildungsschule für Taubstumme, welche 2. V. 8 Kurse, 4 für Jünglinge und 2 für junge Mädchen, zählt. Der Unterricht ist unentgeltlich.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Montag beinahe 1 1/2 Stunden mit den bereits von uns mit- geteilten Anträgen von Verlängerung des Wahlaktes bis 8 Uhr zu den Stadtverordneten-Wahlen. Wie immer, wenn von der äußersten Linken Forderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ge- stellt werden, konnte es sich auch diesmal der Stadt v. F r a n k e n - b e r g nicht verlagern, berechnete Wünsche mit Gründen zu be- kämpfen, die so recht den Gedankengang eines wackelnden Kon- servativen, wie er sich nennt, offenbaren. Nachdem Genosse Banter die Notwendigkeit der Verlängerung der Wahlzeit in überzeugender Weise dargelegt hatte und die für die meisten Wähler der dritten Abteilung verbundenen Nachteile und Ungerechtigkeiten schilderte, die mit der Ausübung dieses Klassenwahlrechts verbunden sind, warnte Stadtv. v. Frankeberg vor den Konsequenzen. „Es könnte die Zeit kommen, wo wir (damit meinte er jedenfalls die bürgerliche Mehrheit) das Entgegenkommen bedauern würden.“ rief er pathetisch aus. „Wir würden der sozialdemokratischen Partei noch mehr Macht geben. Auch er hätte (als Geometer a. D. I. D. V.) wenig Zeit, die er bei der Wahl auch sparen müßte!“ usw. — Eine eigenartige Gegnerschaft begründete der Stadtv. Hecht, welcher befürchtete, die Wahlvorstände müßten hierbei zu lange „arbeiten“ und durch die Verlängerung der Wahlzeit um eine Stunde könnte seine Radtrabe geschnitten werden. — Trotzdem verschiedene Redner, z. B. die Stadtv. Reinbacher, Richter, Gremser — letzterer in Rücksicht auf den Friedenauer Ortsteil, wo für den 10. Bezirk an Stelle Nauener- brechers eine Nachwahl stattzufinden habe — der Verlängerung sympathisch gegenüberstanden, wurde ein Abänderungsantrag v. Gordon angenommen: „Den Magistrat zu ersuchen, bei Festsetzung der Wahl- zeit für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen thunlichst auf die Verhältnisse der Wähler der einzelnen Abteilungen Bedacht nehmen zu wollen.“ Nicht Fleisch, nicht Fisch. — Hatte sich nun bei der Gelegenheit eine oft erregte Debatte gezeigt, so war hierüber über unsern Antrag betreffend die Landtagswahlen kein Laut zu vernehmen. Nach eingehender Begründung durch Genossen Ritter und Bestirmtung seitens des Stadtv. v. Gordon stimmte die Ver- sammlung der Auslegung der Wählerlisten bis 9 Uhr abends und der Zustellung der Benachrichtigung der eingetragenen Wähler über Zeit, Bezirk und Ort der Wahlhandlung einstimmig zu. Mit 29 gegen 14 Stimmen wurde dagegen der zugleich gestellte Antrag, die Ur- wahlen abends 6 Uhr beginnen zu lassen, abgelehnt. — Ferner gab die Versammlung einem wichtigen Antrage statt, wonach in Er- gänzung der Ausführungsbestimmungen über die Organisation der Armenkommissionen Frauen als Armenpfleger in allen Armen- bezirken thätig sein sollen. — Wie in verschiedenen Nachbarstädten, so hatte auch für Schöneberg der „Verein zur Förderung der Kunst“ zur Veranstaltung von Volks-Unterhaltungsabenden die lohnfreie Herabgabe der Anla der Hohenzollernschule und eine eventuelle Sub- vention in Höhe von 200 M. beantragt. Hoffmann (Soc.) be- gründete unsere Zustimmung zu diesen Veranstaltungen, die nur zu begrüßen seien, sofern ein gleichmäßiger geringer Eintrittspreis fest- gesetzt werde. Der Antrag wurde jedoch einem Ausschuss über- wiesen.

Fortgesetzte gemeine Betrügereien gegen die Stadtgemeinde Rathenow hat ein Angestellter derselben, der Installationsmeister der städtischen Gasanstalt, Namens Rauenborck, verübt. Außer seinem Gehalt von 1800 M. pro Jahr bezog er noch Tantiemen, konnte aber trotzdem nicht mit seinem Gelde auskommen und suchte nun aus den ihm unterstellten Arbeitern Kapital herauszuschlagen. Er hatte für diese allwöchentlich die Lohnliste auf Grund der ihm von den Arbeitern überreichten Arbeitszettel anzufertigen, welche er als- dann an den Direktor abgab, der sie unterschrieb und dem Buch- halter zur Berechnung und Auszahlung der Lohnbeträge überwies. Rauenborck hat nun seit Jahresfrist die Lohnlisten gefälscht, indem er in dieselben höhere Beträge, als die Arbeiter zu fordern hatten, eintrug. Den Ueberschuss steckte er dann in seine Tasche, was ihm dadurch erleichtert wurde, daß der Buchhalter jeden einzelnen Lohn- betrag in eine Kiste that, auf welcher er die Summe vermerkte. Rauenborck hatte diese Kisten dann den Arbeitern zu übergeben, entnahm denselben aber zuvor den erhöhten Betrag und steckte die geringere Summe in eine neue, von ihm mit dem richtigen Betrag bezeichnete Kiste, die er sich gleich in großer Anzahl extra für seine Betrügereien beschaffte. Auf diese Weise hat Rauenborck die Stadt Rathenow um ca. 1000 M. betrogen. Er wurde sofort ent- lassen und wird wegen Betruges und Urkundenfälschung zur Ver- antwortung gezogen werden.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin. Mittwoch, den 16. September, abends 10 Uhr bei Pfister, Rosen- thalerstraße 57: Versammlung. Vortrag.

Vermischtes.

Nachrichten über Sturm und Hochwasser laufen beinahe von allen Enden der Welt ein. Eine Hochwasser-Katastrophe hat die östreich- ischen Alpenländer heimgesucht und ungeheure Verwüstungen sowie große Verkehrsstörungen angerichtet. Die Wiener und hiesigen Blätter bringen Meldungen, die ein erschütterndes Bild von diesem neuen elementaren Unglück geben.

Zell am Ailler steht unter Wasser; der Wasser- stand ist seit 1838 nicht so hoch gewesen. Der Bahn- körper ist an vielen Stellen durchgriffen, oft bis 50 Meter. Der Bahnverkehr ist eingestellt und der Wagenverkehr un- möglich. Zwischen Zandgstein und Larenbach erfolgte ein 60 Meter langer Dammbrech. Für die Wiederherstellung sind acht Tage nötig. Auch bei Sankt Veit und Bischofshofen entstanen Verkehrsstörungen; die Wiener Schnellzüge werden über Rosenheim-Auffein geleitet. Auf der Pulvertalbahn fand ein großer Dammbrech bei Kilosdorf statt, sowie Erdstöße bei Pienz; der Bahnverkehr ist eingestellt, die telegraphische Verbindung ist vielfach unterbrochen. Bei Pügen im Jülicherthal ist fast die ganze Thalsole überschwemmt und der Bahnverkehr unterbrochen. Die Strecke zwischen Oblarn und Gröb- ming auf der Linie Selthal-Bischofshofen ist gestört, ebenso ist Pontafel, Tarvis, das Gailthal, Kanaltal und Drautal über- schwemmt; Feistritz, Rößsch und Rattenorf sind in Gefahr.

Aus Salzburg wird weiter gemeldet: Das Gasteiner Thal und das Bockfeyner Thal stehen unter Wasser. Die Kammstein- brücke über die Gasteiner Ache ist weggerissen, der Bahnverkehr bei Zand unterbrochen. Große Strecken der Giselabahn und sämtliche Telegraphenleitungen sind zerstört. Der Parc von Mittersill ist innerhalb sieben Wochen zum zweitenmal überschwemmt. Die Rot ist gegenlos, der Schaden ist groß. Die Neubauten der Tauern- bahn im Gasteiner Thale sind teilweise vernichtet. Die Gasteiner Ache hat sich teilweise ein neues Bett geschaffen und alle Kulturen im Thale vernichtet. Der Ort, in dem noch viele Kurgäste weilen, ist von jeder Verbindung, selbst mit der nächsten Umgebung, ab- geschnitten. Militär ist zur Hilfeleistung abgegangen.

Und aus Mailand wird gemeldet: In ganz Ober-Italien hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Der Telegraphen- und Telephon-Verkehr ist teilweise gestört. Auch die Ostseeufer sind vom Sturm heimgesucht. So wird aus S t u n e m ü n d e gemeldet: Seit gestern abend wüthet hier ein heftiger Nordostwind mit schwerem Unwetter. Der Sturm hat die Holzstege der Bade-Anstalten fortgerissen, Bäume entwurzelt und auch sonst großen Schaden angerichtet. Wegen Hochwasser konnten die Gäfte des Restaurant Seebrücke daselbst am Abend nicht ver- lassen. An der Ostmole ist die Schaluppe „Wilhelmine“ aus Wolgast gestrandet und zertrümmert. Der Kapitän des Schiffes, Schröder, konnte gerettet werden; der Postmann Krüger dagegen ist er- trunken.

Ueber einen Orkan, der kürzlich in Süd-Florida große Verheerungen angerichtet hat, sind erst jetzt, da der Telegraphen- verkehr dorthin unterbrochen ist, Nachrichten nach Jacksonville (Florida) gelangt. Die Eisenbahnzüge treffen mit großer Ver- spätungen aus dem betreffenden Gebiet ein; die Passagiere erzählen, daß viele Menschen bei dem Orkan umgekommen und bei Miami sieben Schiffe gescheitert sind. Der Schaden an Eigentum, der in Tampa angerichtet ist, belaufe sich auf eine Million Dollar. Der Sturm wüthet jetzt in Alabama und Louisiana.

Marktpreise von Berlin am 14. September 1903 nach Ermittlungen des Hgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Str.	15,00	15,90	Kartoffeln, neue D.-Str.	7,00	4,00
mittel	15,22	15,88	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
gering	15,84	15,80	do. Bauch	1,50	1,10
*Roggen, gut	13,00	12,98	Schweinefleisch	1,60	1,20
mittel	12,96	12,94	Raltfleisch	1,80	1,20
gering	12,92	12,90	Hammelfleisch	1,80	1,20
†Gerste, gut	14,50	13,60	Butter	2,60	2,00
mittel	13,50	12,70	Eier	60 Stück	4,50
gering	12,60	11,80	Kartoffeln	1 kg	2,40
†Hafer, gut	16,00	15,00	Wale	2,60	1,60
mittel	14,90	13,90	Hammer	3,00	1,20
gering	13,80	12,50	Seife	2,40	1,20
Richtstroh	4,00	3,66	Baumöl	1,80	1,00
Heu	7,00	4,80	Salz	3,00	1,40
Erbsen	40,00	25,00	Nie	1,60	80
Spelshohnen	50,00	25,00	Äpfel	18,00	3,00
Linzen	60,00	20,00			

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 15. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- art	Wetter	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- art	Wetter		
Swinemünde	765	SW	7	bedeckt	11	Saparanda	771	R	2	Wolken	5
Hamburg	769	R	3	bedeckt	10	Petersburg	766	ND	1	bedeckt	10
Berlin	768	SW	3	bedeckt	10	Sofia	777	SW	1	heiter	9
Kranz a. R.	768	R	1	bedeckt	9	Udarn	—	—	—	—	—
München	765	SW	2	bedeckt	5	Paris	772	ND	2	bedeckt	9
Wien	768	SW	3	bedeckt	10						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 16. September 1903. Kühl und vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte

Berlins und Umgegend.

Freitag, den 18. September, beim Kollegen Meier, Wilmersdorf, Wilhelmstraße 112:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereins- angelegenheiten, u. a. Agitation für eine einheitliche Volksgesunde. 6/18

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 358.

Donnerstag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße Nr. 3:

Bezirksversammlung für Charlottenburg.

Tages-Ordnung: 1. Christliche und moderne Weltanschauung. Referent: Herr Dr. Albraty. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 12/12

Mittwoch, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr: Öffentl. Versammlung

bei Wernau, Schwedterstraße 23. Tages-Ordnung: Die Konsum-Genossenschaften und deren Nutzen für die arbeitende Be- völkerung. Referent: Genosse Heitzschold. Um zahlreiches Erscheinen, namentlich der Frauen, ersucht 132/2 Der Einberafer.

Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin 1.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II. Zimmer 16.

Achtung! Schaffner, Kutscher, Achtung! Stallente u. Hofarbeiter

von allen Depots der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft. Mittwoch, den 16. September 1903, abends 11 Uhr:

Grosse Versammlung

im großen Saale von Buggenhagen, am Rortplatz. Tages-Ordnung: 1. Welche Schritte haben die Omnibus-Ange- stellten zu unternehmen, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu ver- bessern? Referent: Kollege H. Werner. 2. Diskussion. 3. Bericht der Lohnkommission und Vorlegung eines von derselben ausgearbeiteten Lohn- tarifs. Bei der wichtigsten und für einen jeden Kollegen hochinteressanten Tages- ordnung ist es Ehrensache eines jeden Einzelnen, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Dies um so mehr, als in derselben Beschlüsse gefaßt werden, die für alle Kollegen von weitgehendster Bedeutung sind. NB. Beiträge können in dieser Versammlung entrichtet werden und sind zu diesem Zweck auch die Mitgliedsbücher mitzubringen. Letztere dienen gleichzeitig als Legitimation. Diejenigen Kollegen, welche noch nicht Mitglied unseres Verbandes sind, können ihre Eintragung beim Eintritt bewirken. 68/13 Die Ortsverwaltung I.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Gene, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner - Versammlung

sämtlicher Bezirke und Branchen. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme einer Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse untes Gewerbes in Berlin. 2. Reichstagswahl und Differenzen. Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Delegierte zu entsenden. Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmänner-Karte legitimiert. Die Ortsverwaltung.